EU will 1000 Mrd. S. 6

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

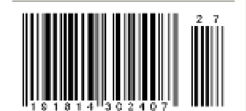
Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 27 – 9. Juli 2011

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Andere Völker rebellieren bereits gegen ihre Entmachtung: Nicht nur in Athen halten die Proteste an

Bild: K. Tsironis / dapd

Euro-Putschisten

Der »Gouverneursrat« des ESM soll über das Geld der Deutschen bestimmen

Euro-Politiker wollen das Budgetrecht der Parlamente zwecks EU-Transferunion aushebeln. Die Verfassung ist in Gefahr.

Vergangenen Dienstag hat eine Gruppe von vier „Euro-Skeptikern" um den Ökonomen Joachim Starbatty Klage gegen den Rettungsschirm für Griechenland beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Der CSU-Politiker Peter Gauweiler klagt ebenfalls. Die Kläger monieren, mit den Hilfen würden europäische Verträge gebrochen, die es untersagten, dass ein Land für die Finanzprobleme eines anderen aufkäme.

Zudem beklagen die vier, dass mit den automatischen Zahlungsverpflichtungen im Zuge der Rettungsschirme das Haushaltsrecht des Bundestages gebrochen werde. Hier haben die Kläger einen Punkt berührt, der weit über reine Finanzfragen hinausgeht: Das „Budgetrecht", also das Recht, über das Geld der Steuerzahler zu bestimmen, gilt als das Königsrecht eines demokratischen Parlaments, das selbst im deutschen Kaiserreich unangefochten war.

Der „Europäische Stabilitätsmechanismus" (ESM), der die bislang von Fall zu Fall gewährten Hilfen ab 2013 in ein dauerhaftes System gießen soll, wirft dieses Recht über Bord. Der ESM soll 700 Milliarden Euro umfassen, von denen zunächst „nur" 80 Milliarden von allen Staaten anteilig zu zahlen sind. Dem „Gouverneursrat" genannten Leitungsgremium des ESM soll es gestattet sein, den Staaten die Zahlung weiterer Milliarden zu befehlen, weil diese per ESM-Vertrag (Artikel 8, Absatz 4) „bedingungslos und unwiderruflich" dazu verpflichtet haben werden, ihre Einlagen bis zum Betrag von insgesamt 700 Milliarden Euro „binnen sieben Tagen nach Erhalt dieser Anforderung" (durch den ESM-Gouverneursrat) zu leisten.

Demokratie und Gewaltenteilung verkommen zur Hülle

Und bei 700 Milliarden ist nicht einmal Schluss: Sollte durch Zahlungsunfähigkeit eines Schuldners das Grundkapital des ESM absinken, kann der Gouverneursrat Nachzahlungen eintreiben. Sein Zugriffsrecht auf das Geld der Deutschen ist damit quasi unbegrenzt. Wenn der Bundestag den ESM-Vertrag im Herbst ratifiziert, hat er durch einen einmaligen Beschluss sein Haushaltsrecht dauerhaft abgegeben.

Die Befürworter des ESM räumen die verfassungsrechtlichen Probleme zwar ein. Um die Unterhöhlung des Budgetrechts jedoch zu rechtfertigen, argumentieren sie bezeichnenderweise wie klassische Putschisten: Die Schwierigkeiten seien zu ernst und zu komplex, die Herausforderung zu historisch, um sie dem Parteienzank der Parlamente oder gar den schwankenden Stimmungen der europäischen Völker auszusetzen. Daher bedürfe es jenes „Gouverneursrats", der ohne Einmischung von Volksvertretern die richtigen Entscheidungen schnell und entschlossen treffen könne.

Am Vorabend des Ersten Weltkriegs, als es wirklich um alles oder nichts ging, dachte man noch anders. Über die Kriegskredite hatte allein der Reichstag zu befinden, kein Kaiser, kein Kanzler und kein „Gouverneur". *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Verdummung

Nehmen wir an, jemand hätte sich vor zwei Jahren in einen Tiefschlaf versetzen lassen und würde erst heute wieder aufwachen. Ungläubig würde er hören, was sich zwischenzeitlich so alles ereignet hat: Die Wehrpflicht wurde ohne lange Diskussion abgeschafft. Die Bundeswehr dramatisch verkleinert, der Wehretat mit harten Sparvorgaben belegt. Atomkraftwerke werden demnächst abgeschaltet, Autos zwangsweise mit Biosprit betankt und landauf landab wird das hohe Lied von den erneuerbaren Energien gesungen. In Hamburg ist die Einführung der Primarschule nur am Bürgerwillen gescheitert und demnächst soll es den Hauptschulen an den Kragen gehen. Na klar, dämmert es dem Langschläfer: Es waren Wahlen und nun herrscht Rot-Rot-Grün. Weit gefehlt. Es regiert eine christliberale Koalition, und im Kanzleramt sitzt die CDU-Vorsitzende. Die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems ist der nächste Geniestreich, den sich die „moderne Großstadtpartei" CDU hat einfallen lassen, um den ideologischen Unterschied zum „Linksblock" weiter zu verwässern. Haupt- und Realschulen sollen zu einer „Oberschule" zusammengefasst werden. Damit ist der Weg zur Einheitsschule beschritten, obwohl es erwiesen ist, dass ein differenziertes Bildungssystem die besten Fördermöglichkeiten bietet. Gleichmacherei also statt echter Chancengleichheit. Da trifft es sich gut. dass die SPD-Kultusbürokratie in Hamburg nun die Schreibschrift an Grundschulen abschafft. Die Kinder dürfen jetzt kritzeln, wie sie wollen. Das bedeutet die Aufgabe eines qualitativen Schriftstandards und einer elementaren Kulturtechnik. Das Land der Dichter und Denker bald das Land der Nicht-mehr-ganz-Dichten und Blender?

Verständnisvoller Mittler

Österreichischer Kaisersohn Otto von Habsburg gestorben

Er war einer der letzten großen Baumeister der europäischen Einigung, unerschrockener Gegner jeder Form von Diktatur und Unterdrückung und ein in jeder Hinsicht brillanter Kopf. Am Montag ist Otto von Habsburg, ältester Sohn von Kaiser Karl I., dem letzten Monarchen der Donau-Monarchie, in Pöcking am Starnbergersee im Kreise seiner Familie friedlich entschlafen. Der 98-Jährige war bis zuletzt im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte, zeigte sich aber seit einem Unfall vor zwei Jahren und dem Ableben seiner 2010 verstorbenen Gattin Regina von Sachsen-Meiningen nicht mehr in der Öffentlichkeit.

Otto von Habsburg war nicht nur ein hochgebildeter Mann, der mehrere Sprachen beherrschte, zahlreiche Bücher verfasste und beeindruckend zu diskutieren verstand, er war vor allem ein Vorbild für alle, die Glaube, Familie, Heimatliebe und

Er kämpfte gegen jede Form von Unrecht

Grundsatztreue hochhalten. Sein weniger glückliches politisches Leben – Restaurationsversuche scheiterten – zwang den erklärten Gegner von Kommunismus und Nationalsozialismus mehrmals ins Exil. Die uneingeschränkte Heimkehr nach Österreich war erst nach Unterzeichnung einer Verzichtserklärung 1961 möglich. Er leistete wertvolle Beiträge zur europäischen Einigung und nicht zuletzt auch zum Fall des Eisernen Vorhangs. Von 1979 bis 1999 war er CSU-Abgeordneter im Europa-Parlament. Hier wandte er sich energisch gegen Vertreibung und Kollektivschulddenken und setzte sich für Minderheiten und das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein. Die Heimatvertriebenen, denen er sich besonders verbunden fühlte, schätzten ihn als Freund und Stütze ihrer Anliegen.

Seine letzte Ruhestätte wird Otto von Habsburg in der Habsburgergruft unter dem Kapuzinerkloster finden. Die Herzurne wird im ungarischen Kloster Pannonhalma beigesetzt. *R. G. Kerschhofer*

Auf holprigen Pfaden

Sanierungsstau an Straßen gefährdet Wirtschaftsentwicklung

Eine moderne, intakte Infrastruktur war jahrzehntelang einer der Standortvorteile, denen die deutsche Wirtschaft ihren Erfolg verdankt. Dass es damit nicht mehr weit her ist, kann im wahrsten Sinne des Wortes jeder erfahren, der auf Deutschlands Straßen unterwegs ist. Nach Erkenntnissen des TÜV Rheinland sind 40 Prozent aller Straßen „stark geschädigt". Bei der Sanierung tut sich jedoch nur wenig, denn große Löcher klaffen nicht nur in den Fahrbahnen, sondern auch in den Haushalten der Kommunen. Die Gemeinden müssten zur Beseitigung der Schäden mehr als 25 Milliarden Euro aufwenden, doch bislang haben sie lediglich acht Milliarden dafür verplant. Das Gefährliche daran ist, dass sich die Schäden mit der Zeit potenzieren, wenn nicht rechtzeitig saniert wird. Auf den Autobahnen sieht es nicht besser aus. Pfusch durch Baufirmen, Sparen am Mate-

Staus kosten im Jahr 100 Millionen Euro

rial und der zunehmende Lkw-Verkehr setzten den Fernstraßen zu. Die 290 Dauerbaustellen, die Hälfte davon an maroden Autobahnbrücken, verursachen ungezählte Staukilometer und Kosten in Höhe von knapp 100 Millionen Euro jährlich. Flickwerk statt Erneuerung heißt auch hier die Devise. Das könnte schon bald Nachteile für die Wirtschaftsentwicklung bringen, denn die Straßen tragen die Hauptlast des Güter- und Personenverkehrs und sind damit die Schlagadern der deutschen Wirtschaft.

Die Alternative Bahn leidet an Unterfinanzierung. Lediglich 53 Euro pro Einwohner gibt der Bund jährlich für die Schieneninfrastruktur aus. Zum Vergleich: In der Schweiz sind es 308 Euro. Deutschland ist in Sachen Schieneninfrastruktur Schlusslicht in Europa. Statt Ausbau erfolgt Rückbau. In den letzten zehn Jahren schrumpfte das Netz um acht Prozent. Damit schwindet die Möglichkeit, in Zukunft einen Großteil des Güterverkehrs auf die Schiene zu bringen. *Jan Heitmann*

MELDUNGEN

Furcht vor Palästinenserstaat

Amman – Nach Erkenntnissen von „El Bayan“, der Zeitung der Vereinigten Arabischen Emirate, wird Jordanien gegen die Etablierung eines eigenen Palästinenser-Staates votieren. Beim Thema Wasser, Flüchtlinge, Jerusalem und Grenzfestlegung ist die Regierung in Amman ohnehin schon sensibilisiert. Sie fürchtet eine starke Einflussnahme der Palästinenser auf das eigene Königreich. In ihm gehören rund 60 bis 80 Prozent der Bevölkerung ethnisch zu den Palästinensern, werden aber durch eine Minderheit von Beduinen geführt. Einige hochrangige Regierungsvertreter äußerten intern sogar die Befürchtung, die palästinensischen Araber könnten später versuchen, auch die Führung über Jordanien an sich zu reißen. *J.F.*

Haftstrafen für Klatschen

Minsk – Im autoritär regierten EU-Nachbarstaat Weissrussland sind in den vergangenen Tagen bei friedlichen Protesten mehrere Hundert Regimegegner festgenommen und in Schnellverfahren zu Haftstrafen verurteilt worden. Bei einer Waffenparade am Nationalfeiertag in Minsk ging die Miliz mit großer Härte gegen Demonstranten vor, die während einer Rede von Präsident Alexander Lukaschenko eigenmächtig klatschten. Die Sicherheitskräfte hätten auch Tränengas eingesetzt, berichtet die belarussische Menschenrechtsorganisation „Viasna“ (Frühling) auf ihrer Netzseite. Erstmals gingen auch in den Gebietshauptstädten Brest, Grodno, Gomel und Mogilew meist junge Erwachsene zu Schweigemärschen auf die Straße. Laut „Viasna“ sind allein am 3. Juli landesweit 310 Personen verhaftet worden, allein 160 davon in Minsk. Bereits am Tag danach wurden fast 100 Festgehaltene zu Haftstrafen von neun bis 15 Tagen verurteilt. Nach arabischem Vorbild nutzt die Opposition die sozialen Netzwerke, um ihre Anhänger zu mobilisieren. *CR*

Minimale Entlastung statt Reform

Politischer Streit beherrscht die Debatte um Steuervereinfachung und Entlastung

Eine große Steuerreform liegt anscheinend in weiter Ferne. Mit einem Gegacker wie auf dem Hühnerhof reagierten Politiker aller Couleur auf das vorgestellte Steuermodell von Professor Paul Kirchhof. Uneinig präsentierte sich mal wieder die schwarz-gelbe Regierungskoalition. Nun soll vielleicht eine Mini-Reform am 1. Januar 2013 in Kraft treten.



Paul Kirchhof: Im Gespräch mit Journalisten in der Bibliothek des Hotels Fürstenhof in Celle

Kalt erwischt wurde die Merkel-Regierung offenbar von den Vorschlägen des Heidelberger Verfassungsrechtlers und Steuerexperten Paul Kirchhof. Angesichts sprudelnder Steuereinnahmen hatte die FDP- und CDU-Spitze gerade eine minimale Steuerentlastung von acht bis zehn Milliarden Euro angedacht, als die Vorschläge Kirchhofs zu einer radikalen Steuervereinfachung bekannt wurden. Mit seinem Heidelberger Institut hatte Kirchhof acht Jahre lang sein Konzept ausgearbeitet. Das unter Mitwirkung maßgeblicher Fachleute und von fünf Landesregierungen voll durchgerechnete und ausformulierte „Bundessteuergesetzbuch“ besitzt statt 33 000 nur noch 146 Paragraphen.

Die Freien Demokraten und die Wirtschaft reagierten grundsätzlich positiv auf die mögliche starke Vereinfachung des Steuerrechts bei prognostizierten gleichbleibenden Einnahmen des Staates. Die Opposition und Gewerkschaftsvertreter dagegen zeigten reflexartige Abwehr. SPD-Chef Sigmar Gabriel wollte gleich die „Abschaffung des Sozialstaates“ gesehen haben, obwohl die Sozialgesetzgebung bei Kirchhofs Modell gar nicht direkt tangiert ist.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble verteidigte den jetzigen Steuerdschungel, weil er vermeintlich die „Komplexität des Lebens“ abbilde.

Das können Bürger, die mit der Flut von Steuern im Alltag leben müssen, nur als Hohn empfinden. Wie ein ständiger böser Begleiter entpuppen sich die Steuergesetze im Alltag. Nicht nur bei der jährlichen Steuererklärung, die jetzt wieder viele Bürger quält, sondern nahezu bei jedem Schritt werden Steuern fällig: Beim Gang zum Friseur, bei jedem Einkauf und natürlich beim Tanken an der Zapfsäule kassiert „Vater Staat“ gleich doppelt: die Benzinsteuer und die

Opposition und Gewerkschaften zeigen reflexhaftes Abwehrverhalten

Mehrwertsteuer. Wer eine Wohnung oder ein Grundstück erwirbt, zahlt Grunderwerbssteuer; gibt es etwas zu feiern, muss der Bürger seit Kaisers Zeiten die „Sektsteuer“ berappen. Und dann gibt es seit nunmehr 20 Jahren den „Soli“. Selbst Steuerberater geben zu, dass sie das Wirr-warr der Steuergesetze nicht mehr durchschauen.

Familien würden von Kirchhofs Steuermodell besonders profitieren, rechnete der Heidelberger Professor vor. Jede vierköpfige Familie hätte ein steuerfreies Einkommen von 36 000 Euro, erst dann greife die Pauschalsteuer von 25 Prozent. Das sei höchst sozial, argumentiert Kirchhof, während die diskutierte Steuerentlastung von Firmen und Bürgern zu Lasten der nächsten Generation ginge, falls sie auf Pump finanziert würde.

Das familienfreundliche Modell Kirchhofs scheint die Politik wenig zu interessieren. Nur noch zaghaft stellte sich die FDP, die vor zwei Jahren mit einem ähnlichen Konzept und dem Motto „Mehr Netto vom Brutto“ ein beachtliches Wahlergebnis einfuhr, hinter die Vorschläge. Christdemokratische Ministerpräsidenten, die im Bundesrat einer großen Reform zustimmen müssten, signalisierten vielfach Ablehnung. Sogar eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes brachte der designierte Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Christian von Bötticher (CDU), ins Spiel. Thüringens Regierungschefin Christine Lieberknecht, ebenfalls CDU, forderte zumindest, sich Kirchhofs Konzept erst einmal gründlich anzusehen, bevor man es kritisiere.

Paul Kirchhof verglich die derzeitige Diskussion um minimale Steuerentlastungen mit der Reparatur einer Stoßstange an einem ansonsten schrottreifen Auto. Das System sei nicht mehr reformierbar. An der Unternehmenssteuer oder an der Steuerprogression herumzudoktern, nütze nichts. Dieser „Mittelstandsbauch“ führt dazu, dass Arbeitnehmer oft genug nach einer Lohnerhöhung sogar weniger Netto in der Tasche haben als vorher.

Besonders scharf kritisierte die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) das Reformkonzept. Die Vorschläge seien „absolut unbezahlbar“ und sozial ungerecht. Dem Vorsitzenden Thomas Eigenthaler ist die mögliche Entlastung von Gutverdienenden, die heute bis zu 50 Prozent ihres Einkommens abgeben müssen, ein Dorn im Auge. Hier hatte Friedrich der Große im alten Preußen noch ganz andere Vorstellungen von Gerechtigkeit. In seinem politischen Testament von 1768 schrieb er: „Wer ein Einkommen von 100 Talern hat, soll nur 2 Taler zahlen, während der, der 1000 Taler hat, ohne Mühe 100 Taler entrichten kann.“ Es sei recht und billig, dass jeder Privatmann zu den Staatskosten beitrage, aber er solle nicht sein „halbes Einkommen“ mit dem Staat teilen, sondern den Hauptteil seiner Einkünfte „selbst genießen“. *Hinrich E. Bues*

Kirchhofs Flat-Tax-Modell

Der Professor aus Heidelberg ist wieder da. Und was er mitbringt, hat das Zeug zum großen Wurf. Der wohl prominenteste Steuerjurist der Bundesrepublik hat eine Reform des gesamten deutschen Steuerrechts ausgearbeitet. Vergangene Woche stellte er das Modell der Öffentlichkeit vor.

Die visionären Vorschläge des einstigen Verfassungsrichters, der im Bundestagswahlkampf 2005 zum Schattenkabinett der damaligen Kanzlerkandidatin Angela Merkel gehörte, lassen sich in der Hauptthese zusammenfassen: 25 Prozent auf alle Einkommen. Die gegenwärtig mehr als 30 Bundessteuern würden auf nur noch vier Steuerarten zurückgestutzt: außer der Einkommensteuer eine kommunale Zuschlagsteuer, die Verbrauchsteuer sowie die Erbschaftsteuer. Damit ist die Bierdeckel-Steuererklärung von Friedrich Merz wieder aktuell. Sämtliche mittlerweile 534 Steuervorteile und -privilegien im Einkommensteuerrecht wie die Pendlerpauschale, die Kinderfreibeträge oder die Steuerfreiheit von Zuschlägen bei Sonntags- und Nachtarbeit fallen ersatzlos weg. Maximal die Hälfte des Einkommens eines Bürgers nimmt der Staat sich selbst.

Nur ein einfaches, einsichtiges Steuersystem ist gerecht

Kirchhofs Reformentwurf, der den Paragrafendschungel der 200 Steuergesetze zum gepflegten Hain eines einzigen „Bundessteuergesetzbuches“ lichtet, steht der Leitgedanke vor: Nur ein einfaches, einsichtiges Steuersystem ist ein gerechtes Steuersystem. Es langt bei solventen Bürgern konsequent und ohne Ausnahme zu und belastet diejenigen nur wenig, die ohnehin zu knapsen haben. Die Steuerprogression verschwindet also nicht völlig: Einkommen bis 10 000 Euro bleiben steuerfrei; mit 60 Prozent des Einheitssatzes von 25 Prozent werden weitere 5000 Euro belastet, mit 80 Prozent die nächsten 5000. Erst ab 20 000 Euro Jahreseinkommen greift die volle Besteuerung. Das Ehegattensplitting bleibt erhalten und wird auf eingetragene Lebenspartnerschaften ausgedehnt. Bei bisher bestehenden Abschreibungsmöglichkeiten für Großverdiener mit findigem Steuerberater legt der Staatsrechtsprofessor hingegen die Axt an, dass es nur so kracht. Keine Ausnahmen mehr. Jeder, der in Deutschland lebt, arbeitet und folglich die Infrastruktur nutzt, muss auch hier seine Einkünfte versteuern. Da das radikal vereinfachte Steuerrecht auch die Möglichkeiten des Fiskus verbessert, allfällige Steuern tatsächlich einzuziehen, wäre das Flat-Tax-Modell laut Kirchhof für den Staat aufkommensneutral.

Als zweite Einnahmequelle sieht der Entwurf eine kommunale Zuschlagsteuer vor. Im Gegensatz zur bisherigen Gewerbesteuer, die Betriebe zur Kasse bat, erstreckt sich diese mit Freiberuflern auf alle Steuerpflichtigen, und die Kommunen können die Höhe der Steuer selbst bestimmen.

Für die Erbschaft- und Schenkungsteuer soll ein einheitlicher Steuersatz von zehn Prozent gelten bei einem Freibetrag von 50 000 Euro. Ehegatten sowie eingetragene Lebenspartner schröpft die Steuer überhaupt nicht und Kinder können 400 000 Euro steuerfrei erben.

Die letzte der vier Steuerarten fasst alle Verbrauchssteuern zu einer Umsatzsteuer zusammen, welche nur noch die Verbraucher bezahlen. Der bisherige Vorsteuerabzug der Unternehmen entfällt. *Christian Rudolf*

Die Schulden-Uhr:

Kalte Progression

Allein der automatische Aufstieg vieler Steuerzahler in jeweils höhere Progressionsstufen dürfte den Leuten 2011 und 2012 netto heimlich 14,2 Milliarden Euro wegnehmen, sagt Alfred Boss vom Kieler Institut für Weltwirtschaft. Einer der verlässlichsten Steuerschätzer im Land spricht damit das Problem der sogenannten kalten Progression an. Diese Steuermehrbelastung tritt ein, wenn Lohnsteigerungen lediglich einen Inflationsausgleich bewirken und die Einkommensteuersätze nicht der Inflationsrate angepasst werden. Durch den progressiven Einkommenstarif wird für jeden über dem Grundfreibetrag verdienten Euro ein höherer Steuersatz fällig – das Realeinkommen sinkt. *M.R.*

1.962.542.464.747 €

Vorwoche: 1.961.122.107.628 €
Verschuldung pro Kopf: 24.021 €
Vorwoche: 24.004 €

(Dienstag, 5. Juli 2011, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Festhalten am »Status Quo«

Wiederaufnahme der Gespräche zur Beilegung des Transnistrienkonflikts gescheitert

Russlands Präsident Dmitrij Medwedew hatte die Außenminister Moldaus und Transnistriens zu Sondierungsgesprächen nach Moskau eingeladen. Ziel der Gespräche vom 21. Juni war die Wiederaufnahme der seit 2006 unterbrochenen Verhandlungen im „Fünf-plus-Zwei“-Format – unter Beteiligung Moldaus, Transnistriens, Russlands, der Ukraine sowie von Vertretern der OSZE, der EU und der USA –, zur Rückkehr des separatistischen Transnistrien zur Republik Moldau. Allerdings endete das Vorhaben, ehe es richtig begann, weil beide Seiten auf ihren Positionen beharrten. Der transnistrische Vertreter Wladimir Jastrebtschak forderte, dass zunächst alle Wirtschaftsblockaden aufgehoben werden müssten. Die Unterhändler verständigten sich aber lediglich darauf, „zusätzliche Beratungen“ mit den Behörden ihrer Länder vorzunehmen und dann an den Verhandlungstisch zurückzukehren.

Die internationale Gemeinschaft versucht seit langem, die sogenannten Fünf-plus-Zwei-Verhandlungen wieder in Gang zu bringen. Russland, das Transnistrien kontrolliert, kommt das Scheitern der Verhandlungen aufgrund der geostrategischen Lage entgegen: Eine Wiedervereinigung Transnistriens mit Moldau könnte den russischen Einfluss in der Region gefährden. Zur Zeit sind in dem schmalen Landstrich östlich des Flusses Dnjepr, in dem der Anteil der Russen an den zirka 555 000 Einwohnern 30 Prozent beträgt, russische Militäreinheiten stationiert.

USA und Russland behaupten ihren Einfluss in der Region

Moldau blickt auf eine bewegte Geschichte zurück, in deren Verlauf das kleine Land immer wieder unter den Einfluss widerstreitender Mächte geriet, die es unter sich aufteilten. Transnistrien lag im Einflussbereich des Osmanischen und später des Russischen Reichs, das Gebiet Bessarabien und die westliche Moldau gerieten unter rumänischen Einfluss. Der Transnistrienkonflikt hat auch heute eine geostrategische Dimension: Die Großmächte USA und Russland wollen ihren Einfluss in Südosteuropa geltend machen, indem sie je eine Seite unterstützen.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion wurde Moldau 1991 unabhängig und führte Rumänisch als Amtssprache ein. Die bis dahin vorherrschende russische Sprache diente nur noch der interethnischen Kommunikation. Aufgrund der Zerstrittenheit der moldauischen Führung gipfelte der Transnistrienkonflikt 1992 in einem Krieg, der durch das Eingreifen der auf transnistrischem Gebiet stationierten 14. Armee unter der Leitung von General Alexander Lebed beendet wurde. Seitdem herrscht in der transnistrischen Hauptstadt Tiraspol ein De-facto-Regime, das die Stationierung der russischen Streitkräfte auf seinem Territorium duldet.

Die souveräne Republik Moldawien mit der Haupstadt Chisinau (Kischinjow) strebt dagegen Richtung Westen. Anfang der 90er Jahre dachte man in Moldau sogar an eine Wiedervereinigung mit Rumänien, doch davon rückte Moldawien bald wieder ab. 1998 trat ein Kooperationsabkommen mit der EU in Kraft, seit 2009 trat Moldau gemeinsam mit fünf weiteren GUS-Staaten der von der EU initiierten östlichen Partnerschaft bei. Die EU unterstützt Moldau beim Aufbau einer Marktwirtschaft und der Demokratie im Land.

Die USA haben Moldau im vergangenen Jahr Hilfen für Landwirtschaft und Infrastruktur in Millionenhöhe zugesagt. Sie unterstützen die Souveränität des Landes und erkennen Transnistrien nicht als separaten Staat an. Chisinau hofft, dass mit Hilfe der USA und Rumäniens, wo Militärbasen für den Raketenschutzschild stationiert werden sollen, die russischen Truppen östlich des Dnjepr verschwinden, was beim gegenwärtigen Stand der Dinge eher unwahrscheinlich ist. Russland strebt eine Lösung des Konflikts an, in der Transnistrien ähnlich wie Abchasien und Südossetien staatliche Souveränität erhält, obwohl es völkerrechtlich zu Moldau gehört. Für dieses Modell hatte Medwedew im Vorfeld des 21. Juni bei Bundeskanzlerin Angela Merkel geworben. Eine solche Lösung wiesen der moldauische Außenminister Jurie Leanca und sein rumänischer Amtskollege Teodor Bakonski als unannehmbar zurück. Der Status Quo verschafft den russischen Diplomaten Spielraum, ihr weiteres Vorgehen zur Sicherung der Interessen ihres Landes zu planen. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Antikommunistisches Kino in Berlin

Von Vera Lengsfeld

Liegt es am 50. Jahrestag des Mauerbaus oder daran, dass Filmemacher und Verleiher die Verbrechen des Kommunismus endlich als Filmstoff entdecken? In Berlin wurden innerhalb einer Woche vier antikommunistische Filme gezeigt. Wer die langen Wege zwischen Pankow und Friedrichshagen nicht scheute, konnte sich alle vier anschauen.

Im Union-Filmtheater in der Bölschestraße gab es zu unterschiedlichen Tageszeiten „Mitten im Sturm“ zu sehen, die Verfilmung der Lebensgeschichte von Jewgenia Ginsburg, die als Universitätsprofessorin 1937 während des Stalinschen Terrors verhaftet und als angebliches Mitglied einer trotzkistischen Vereinigung zu zehn Jahren Straflager verurteilt wurde. Insgesamt verbrachte Ginsburg 18 Jahre in Lagern und in der Verbannung. Ihre Autobiografie wurde in den Westen geschmuggelt und war eines der ersten Bücher, die ausführlich über die Schrecken des Gulag berichteten. Obwohl der Film des Regisseurs Marleen Gorris ein Meisterwerk ist, mit einer wunderbaren Emily Watson als Hauptdarstellerin und einem nicht minder beeindruckenden Ulrich Tukur als Lagerarzt, ist der Film in Deutschland kaum zu sehen.

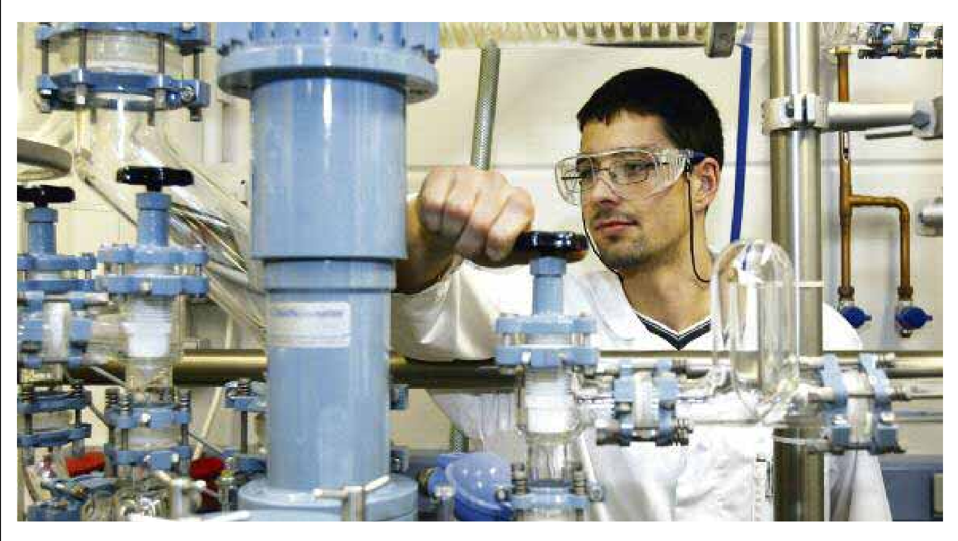
Etwas mehr Aufmerksamkeit wird „The way back – Der lange Weg“ zuteil, die Geschichte der Flucht einer Häftlingsgruppe aus dem Gulag. Zum einen liegt das sicher daran, dass der größte Teil des Films den abenteuerlichen Weg durch die sibirische Tundra und Taiga zeigt. Immerhin gibt es am Anfang eindrucksvolle Bilder von den Verhören, den Prozessen und den Zuständen im Gulag. Zum anderen ist der Streifen hochkarätig besetzt, mit Collin Farrell, Ed Harris und Jim Sturgess, und in Hollywood produziert. Leider schleichen sich die typischen Hollywoodschen Ungenauigkeiten ein, wenn der lettische Flüchtling verkündet, er wolle nach Lettland zurück, um dort gegen die Deutschen zu kämpfen. Allerdings ist Lettland 1940 von den Sowjets besetzt.

Wie es in Lettland während der sowjetischen Besatzung zuging, zeigt der Film „Das Blaue vom Himmel“, eine anrührende, tragische Liebesgeschichte in blutiger Zeit. Anfang der 90er-Jahre, während der Loslösung Lettlands aus der UdSSR, erfährt eine Journalistin durch Zufall, dass sie nicht die Tochter ihrer vermeintlichen Mutter (hervorragend gespielt von Hannelore Elsner) ist, sondern Kind der großen Liebe ihres Vaters, einer in den Gulag deportierten Lettin.

Außerdem gab es in der „Brotfabrik“ noch eine Rarität zu sehen: „Das Geständnis“, ein Film, den Jorge Semprun 1970 mit Yves Montand in der Hauptrolle drehte. Semprun, geschockt durch den Einmarsch der Sowjets in die CSSR 1968, zeigt die Absurdität der Schauprozesse. Solche Filme braucht nicht nur Berlin öfter.

Brandenburg ist Nummer eins

Die Mark führt im Ranking der dynamischsten Wirtschaftsregionen Deutschlands



Im Biotechnologiepark Luckenwalde: Ein junger Mann arbeitet an einem Doppelmantelreaktor. Seine Firma stellt Wirkstoffe für die pharmazeutische Industrie her. Mit hochtechnologischen Produkten punkten brandenburgische Betriebe auf dem Weltmarkt

Bild: pa

Berlin und sein Umland haben sich überraschend gut in der bisherigen Wirtschaftskrise behaupten können. Brandenburg hat sich sogar in den letzten drei Jahren bundesweit mit der größten Wirtschaftsdynamik entwickelt: Zu einem erstaunlichen Ergebnis kommt das zum neunten Mal veröffentlichte „Länderranking“ des Magazins „Wirtschaftswoche“, der arbeitgebernahen „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) und des Wirtschaftsforschungsunternehmens IW Consult.

Das industriestarke Baden-Württemberg war im Zeitraum 2007 bis 2010 Verlierer in Bezug auf die Dynamik der Wirtschaftsentwicklung. Die Produktivität sank in dem erfolgsverwöhnten Land so stark wie in keinem anderen Bundesland (minus 3,3 Prozent). Die größte Dynamik konnte hingegen ein Bundesland entfalten, das in der Vergangenheit eher mit gescheiterten Großprojekten für negative Schlagzeilen sorgte: Brandenburg.

Überhaupt hat sich die gesamte Hauptstadtregion bisher gut in den wirtschaftlichen Turbulenzen der weltweiten Finanzkrise behaupten können. Während Deutschland insgesamt 0,3 Prozent des realen Bruttoinlandsproduktes einbüßte, konnte Berlin immerhin mit einem Plus von sechs Prozent beim Wirtschaftswachstum in den Jahren von 2007 bis 2010 aufwarten. Die Zahl der Erwerbstätigen legte im untersuchten Zeitraum um 5,1 Prozent zu.

Großer Pluspunkt der Stadt aus Sicht vieler Unternehmer: die hohe Zahl von Beschäftigten, die einen höheren Bildungsabschluss vorweisen können. Immerhin 14,8 Prozent aller regulär Beschäftigten verfügen über ein Hochschul- oder Fachhochschulexamen. Noch dynamischer als Berlin ist nur das die Stadt umgebende Brandenburg gewachsen. Sowohl bei der Entwicklung der Steuerkraft als auch bei den Zunahmen von Arbeitsplätzen führt Brandenburg bundesweit mit großem Vorsprung. Der Geschäftsführer der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“, Hubertus Pellengahr, spricht sogar von einem „Aufbruch der Region Berlin-Brandenburg“.

Die Gründe für diese Entwicklung in Brandenburg sind vielfältig: Bei der Förderpolitik wurde vom anfangs praktizierten „Gießkannenprinzip“ Abschied genommen. Statt der wahllosen Förderung in den 90er-Jahren konzentriert man sich inzwischen darauf, einzelne Leistungszentren gezielt voranzutreiben. Insbesondere in der Biotechnologiebranche hat dies zu sichtbaren Erfolgen bei der Ansiedlungspolitik geführt und das Land sogar europaweit in diesem zukunftsträchtigen Bereich an die Spitze gebracht.

> Abschied vom »Gießkannenprinzip« zahlt sich aus

Allein 2010 sind zwölf Biotechnikfirmen neu gegründet worden – die Zahl der Unternehmen auf diesem Gebiet stieg damit auf 200. Insgesamt sind über 25 000 Menschen auf den Gebieten Biotechnologie, Medizintechnik oder in Pharma-Unternehmen beschäftigt. Auch hier sind die in der Region vorhandenen Fachkräfte für Unternehmen immer öfter ein Argument zur Ansiedlung.

Zur zweiten Triebkraft des Brandenburger Wirtschaftsaufschwungs hat sich die Luftfahrtbranche entwickelt. Die beiden Hersteller von Triebwerken Rolls-Royce und MTU, die sich bereits in den 90er-Jahren ansiedelten, haben einen hohen Anteil an den Exporten Brandenburgs. Weiteren Schwung bringt der im Bau befindliche Großflughafen Berlin-Brandenburg, der sich immer mehr zu einem Jobmotor entwickelt. Das Zwei-Milliarden-Projekt, das ziemlich genau in einem Jahr eröffnet werden soll, hat nicht nur der regionalen Bauindustrie Aufträge im dreistelligen Millionenbereich beschert, sondern zieht auch zahlreiche dauerhafte Arbeitsplätze nach sich.

Erst dieser Tage hat die Lufthansa den Grundstein für ein neues Wartungszentrum auf dem neuen Großflughafen mit einem Investitionsvolumen von 16 Millionen Euro gelegt. Schon jetzt hat sich „Berlin-Brandenburg International“ zu einem Magnet für Firmenansiedlungen aus zahlreichen Branchen entwickelt.

Die Verantwortlichen hoffen, dass sich eine Entwicklung ähnlich wie in der Region um München-Freising nach dem Bau des dortigen Flughafens wiederholen wird. Das vor 30 Jahren überwiegend von Landwirtschaft geprägte Gebiet zählt inzwischen bundesweit zu den führenden Wirtschaftsregionen.

Dass auch noch ein nennenswertes Wachstum möglich ist, wenn bereits ein hohes Niveau erreicht ist, beweist Hamburg. Der Stadtstaat ist unter den alten Bundesländern nicht nur am dynamischsten gewachsen – fast so stark wie Berlin –, sondern auch bei der Wirtschaftsleistung pro Kopf liegt die Hansestadt in Deutschland vorn. Allerdings rührt der gute statistische Wert auch daher, dass Hamburg im Unterschied zu Flächenländern wie Bayern oder Baden-Württemberg keine ländlichen Räume umfasst.

Bis Berlin die in Hamburg bereits erreichte wirtschaftliche Stärke vorweisen kann, ist es noch ein weiter Weg. Beim Vergleich der aktuellen Wirtschaftskraft pro Kopf landete die Hauptstadt noch auf den hinteren Plätzen. Nur Sachsen-Anhalt schnitt bei diesem Kriterium noch schlechter ab. Ähnlich deprimierend ist die Lage bei der hohen Zahl von Hartz-IV-Empfängern. Mit 12,8 Prozent liegt sie doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Auch der Blick auf die Arbeitslosenquote von 13,6 Prozent (Bundesschnitt 7,7) macht deutlich, dass, bei aller wirtschaftlichen Dynamik und guten Zukunftsaussichten, der Aufschwung bei vielen Berlinern noch nicht angekommen ist. *Norman Hanert*

Künast schweigt beklommen

Sauffahrt und dubiose Hotel-Geschäfte werfen Zwielicht auf Grüne

Berlins Grüne kommen aus den Skandalen nicht heraus: Erst sieht sich ihr Wahlkampfmanager und Landesgeschäftsführer André Stephan (31) dem Vorwurf einer wüsten Trunkenheitsfahrt mit überaus peinlichen Begleiterscheinungen ausgesetzt. Nun soll Öcan Mutlu, bildungspolitischer Sprecher der Partei, in dubiose Hotelgeschäfte verwickelt sein.

Renate Künast, Grünen-Bundesfraktionschefin und Kandidatin zum Berliner Bürgermeisteramt, schweigt. Sie hat Heiko Thomas kommentarlos zu Stephans Nachfolger gemacht. Den Grund dieses Wechsels kannte zu dem Zeitpunkt noch allein die Polizei: Stephan muss sich in Kürze wegen Alkohol am Steuer, Körperverletzung, Beleidigung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte vor Gericht verantworten. „Der Mann hatte offenbar sehr viel Alkohol getrunken“, so ein Polizeisprecher. Der Politiker wurde demnach an einer Ampel früh morgens hinterm Steuer seines Wagens schlafend von Beamten aufgefunden. Stephan widersetzte sich der Blutentnahme, trat die Beamten, sagte seinen Parteifreunden aber nichts davon.

> Hat Mutlu den Erhalt einer Provision verschwiegen?

Genau eine Woche später sah sich das Präsidium des Abgeordnetenhauses genötigt, über Öcan Mutlu zu beraten. Der Bildungs- und Integrationspolitiker der Grünen soll im Eigeninteresse zwischen den Besitzern der Kempinski-Hotelkette und dem türkischen Milliardär Aydin Dogan vermittelt haben. Der Handel, der Mutlus langjährigem Bekannten Dogan offenbar den Kauf des Kempinski-Hotels ermöglichen sollte, ist inzwischen geplatzt. Doch Mutlus Rolle dabei rückt nun in den Mittelpunkt parlamentarischen Interesses. Der räumt ein, den Kontakt zwischen den Maklern des Kempinski-Hotels Bristol und Dogan hergestellt zu haben. Er bestreitet aber, dafür Geld genommen zu haben. Als Berliner Abgeordneter müsste er solche Zahlungen anmelden.

Laut Präsidium des Berliner Abgeordnetenhauses gibt es in dem Fall weitere offene Fragen. Im August soll Mutlu wegen dieser Art „Nebentätigkeit“ vor dem Gremium aussagen. Der Berliner Wahlkampf bleibt somit für die Grünen unberechenbar, denn der Beschuldigte hat es bisher versäumt, sich weitergehend zu den Vorwürfen zu äußern. Die Stimmung bei den anderen Parteien ist bei aller offiziellen Zurückhaltung eindeutig: Jetzt müsse ausgerechnet die Partei mit Skandalen umgehen, die sich anderen stets moralisch überlegen fühle. *SV*

Ringen um Kuppel

Berliner Schloss: Boddien zuversichtlich

Das Berliner Schloss, auch Humboldtforum genannt, soll beim Wiederaufbau seine Kuppel zurückerhalten. Das sehen die Pläne des Architekten Franco Stella vor. Die Politik tut sich indes schwer mit der Bewilligung der nötigen Gelder.

Das allgemeine Interesse am Schloss ist sehr groß. Das zeigen die Besucherströme zur neuen Info-Box. Dort stellt der Förderverein „Berliner Schloss“ Bilder und Modelle rund um die einstige Residenz aus. In den ersten drei Tagen nach Eröffnung haben schon rund 8000 Besucher das Ausstellungsgebäude besucht. Die Mehrheit von ihnen stellt, anders als die Politik, kaum die originalgetreuen Elemente der Rekonstruktion infrage. Gerade die Touristen freuen sich auf die zurückkehrende Attraktion.

Im Haushaltsausschuss des Bundestages herrschte indes in den vergangenen Wochen eine andere Stimmung: Bundesbauminister Peter Ramsauer (CSU) ist gegen zusätzliche Mittel für die Kuppel. Der beim Aufbau federführende Stiftungsrat will die „Option“ dagegen offenhalten. Vorschläge, die Kuppel durch den Verzicht auf Straßenneubauten gegenzufinanzieren, lehnt der Minister ab.

Parteiübergreifend mehren sich dagegen die Stimmen für eine Lösung zugunsten der Kuppel. Zur Eröffnung der Info-Box zeichnete sich bereits eine Wende ab: Selbst Ramsauers Staatssekretär Rainer Bomba lässt nun durchblicken, dass Stella doch ein „Schloss mit der barocken Kuppel“ bauen kann.

Auch Wilhelm von Boddien, Geschäftsführer des Fördervereins, gab sich gegenüber der *Preußischen Allgemeinen* zuversichtlich, dass die fehlenden 28 Millionen Euro für drei Portale und die Kuppel aufgebracht werden, „entweder über den Haushalt oder Spenden“. *SV*

Linke gibt klein bei

Udo Hansen wird nach einem Beschluss des Berliner Senats auf Vorschlag von Innensenator Erhart Körting (SPD) neuer Polizeipräsident von Berlin werden. SPD-Mitglied und Ex-Bundespolizist Hansen soll sein Amt gegen den Willen der Opposition (Grüne, CDU, FDP) und der mitregierenden Linkspartei antreten. Während Grüne und Linke Hansen vorwerfen, in der Vergangenheit zu hart mit Asylbewerbern und Abschiebehäftlingen umgegangen zu sein, erscheint die Abneigung der CDU gegen den Kandidaten inhaltlich kaum erklärbar. Die Linke will trotz der öffentlichen Demütigung keinen Koalitionsbruch riskieren. Fraktionschef Udo Wolf nannte den Beschluss kleinlaut „bedauerlich“. Entgegen seiner koalitionstaktischen Zustimmung bleibt Wolf aber bei seiner Ablehnung des neuen Polizeichefs: „Nach allem, was wir wissen, ist Hansen nicht mit dem Leitbild einer modernen und bürgernahen Großstadtpolizei vereinbar.“ *H.L.*

Zeitzeugen



Balduin I. – Balduin und seine nicht weniger religiöse Ehefrau galten in Belgien als moralische Autoritäten, was man vom aktuellen Herrscherpaar nicht unbedingt behaupten kann. Das ist insoweit von politischer Bedeutung, als dem König eine wichtige Integrationsfunktion in dem kleinen Vielvölkerstaat zukommt.

Bart De Wever – Der 1970 in Mortsel geborene Bewunderer des Konservativen Edmund Burke ist seit 2004 Vorsitzender der Neu-Flämischen Allianz (N-VA). Seine Partei erhielt bei den letzten Wahlen zur belgischen Abgeordnetenkammer mit 17,4 Prozent die meisten Stimmen. Im Europäischen Parlament arbeitet sie mit den deutschen Grünen in der Fraktion Die Grünen/Europäische Freie Allianz (Grüne/EFA) zusammen.



Willem I. – Der erste König der Vereinigten Niederlande bezeichnete seinen Staat treffend als „Schildwacht Englands auf dem Kontinent". Großbritannien hatte die Vereinigung der Niederlande unter einem ihr sympathischen Fürsten durchgesetzt, um zu verhindern, dass die der Themsemündung gegenüberliegende Kontinentalküste in die Hand einer seefahrenden Großmacht gelangte, denn die Themsemündung betrachtete London als seine Achillesferse.

Leopold III. – Während die Monarchen anderer von der Wehrmacht besetzten Länder sich abgesetzt hatten, blieb der Belgier bei seiner Bevölkerung und teilte deren Schicksal. Die Belgier honorierten dies, indem sie nach Kriegsende in einem Referendum sich zu 58 Prozent für seinen Verbleib aussprachen. Die Wallonen waren jedoch mehrheitlich gegen ihn, und 1951 dankte der König ab.



Leopold I. – Da London Belgien nicht in der Hand einer seefahrenden Großmacht sehen wollte, setzte es durch, dass die belgische Neutralität und territoriale Integrität international anerkannt wurde und das Königreich statt dem französischen Herzog Ludwig von Orléans mit dem deutschen Prinzen Leopold von Sachsen-Coburg und Gotha einen Onkel, väterlichen Freund und Berater der späteren britischen Königin Victoria zum König erhielt.

Auf das Ende gefasst sein

Seit Juni 2010 ist Belgien ohne reguläre Regierung – Mehrere Szenarien für Teilung

1992 beschlossen die Slowaken, nicht mehr zusammen mit den Tschechen in einem Staat leben zu wollen. Obwohl die Völker nah verwandt sind und beinahe die gleiche Sprache sprechen. Am 1. Januar 1993 war die Tschechoslowakei Geschichte. In einem Krieg ging der Vielvölkerstaat Jugoslawien unter – weil Slowenen und Kroaten es satt hatten, ihre hart erarbeiteten Dinare in Serbien und Mazedonien versickern zu sehen und sich von Belgrad gängeln zu lassen.

In Italien tritt die Regierungspartei Lega Nord für eine Föderalisierung des Landes ein und für den Verbleib von mehr Steuergeldern im Norden. Spanien kennt mit den kleinen Völkern der Basken und Katalanen die Macht der Nationen und deren Kampf um Selbstbestimmung und Identitätserhalt. In Polen hat die „Bewegung für Autonomie Schlesiens" Zulauf.

Seit bald 13 Monaten steht der europäische Kunststaat Belgien nunmehr ohne Regierung da. Viele Regierungsbildner haben sich versucht und sind gescheitert, ohne am politischen Stillstand etwas geändert zu haben. Flämische Parteien aus dem wohlhabenderen Norden, allen voran die auf Abspaltung Flanderns eingestellte Wahlsiegerin Neue Flämische Allianz (N-VA) unter Bart De Wever, streiten mit wallonischen Parteien aus dem wirtschaftlich schwächeren Süden um Vorbedingungen einer gemeinsamen Regierung.

Derweil schwelt der Sprachen- und Regionenstreit zwischen Flamen und Wallonen weiter und scheint politisch unlösbar. Am Zankapfel der Sprachenrechte im Wahlkreis Brüssel-Halle-Vilvoorde zerbrach im April 2010 die Regierung unter Premier Yves Leterme.

Vor allem im niederländischsprachigen Flandern, wo 60 Prozent der Belgier leben, herrscht die Stimmung vor, den politischen Schwebezustand zu nutzen, um das schwierige Verhältnis zwischen den Volksgruppen endlich durch Sezession zu lösen.

In Deutschland völliges Desinteresse an Eupen

Für eine eventuelle Auflösung des EU-Kernlandes Belgiens werden seit Monaten mögliche Szenarien durchgespielt. Bereits im September letzten Jahres sah Vizepremierministerin Laurette Onkelinx von der frankophonen Sozialistischen Partei (PS) das Königreich dem Zerfall geweiht. Es gelte, „auf das Ende Belgiens gefasst zu sein", sagte Onkelinx, die 2007 Flamen als „Hausschwämme" beschimpft hatte, die das belgische Haus zersetzten.

Bei dem Modell zweier unabhängiger (National-) Staaten Flandern und Wallonie würde das seit jeher zu Flandern gehörende Brüssel einem der beiden Staaten zugeteilt – derweil leben heute in Brüssel mehr Türken und Marokkaner als Flamen. Das Drei-Staaten-Modell sieht zusätzlich einen Stadtstaat Brüssel vor. Die EU-Hauptstadt ginge dann allerdings ihrer eigenen Flughäfen verlustig: Zaventem und Charleroi liegen dann in fremden Staaten.

Bei einer teilweisen Angliederung heute noch belgischer Gebiete würden nur Flandern und Brüssel eigenständig, wohingegen die Wallonie an Frankreich oder sogar Deutschland fiele: Der belgische Energieminister Paul Magnette hatte vorgeschlagen, aus Gründen größerer politischer Gemeinsamkeiten die Wallonie der Bundesrepublik zuzuschlagen. Die Gebiete um Eupen und St. Vith, in denen die Deutschsprachige Gemeinschaft (DG) siedelt, könnten sich, mangels Interesses aus Deutschland, an Luxemburg angliedern. Der sozialistische DG-Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz hat intensiv mit Luxemburg über Anschlussmodalitäten beraten. *Christian Rudolf*




Der Grote Markt von Brügge, Westflandern: Stolz flattert die flämische Flagge im Wind. Bild:mauritius

Wallonen sind Franzosen willkommen

Nicht weniger als 75 Prozent der Bewohner der französischen Departements Nord-Pas-de-Calais, Ardennen und Mosel sind dafür, dass die Wallonen Franzosen werden. Beide sprechen dieselbe Sprache, weil Cäsar sich in die Wälder des Nordens und des Ostens nicht traute und weil die Sümpfe des hohen Fenns die abergläubigen Germanen abschreckten. Aber das Lächerlichmachen des schwerfälligen belgischen Akzents im lockeren Pariser Munde gehört ebenso zum Alltag in Frankreich wie die Witze über die Belgier. Die Wallonen sind den Franzosen das, was den Deutschen die Ostfriesen sind. In Wirklichkeit beneiden die Franzosen die Wallonen um ihre germanisierte Lebensart, ihr besseres Bier, ihre üppigen Gerichte und

Beide eint vor allem die Sprache

vor allem um ihren Fiskus, was viele vermögende Landsleute dazu verleitet, sich in Belgien anzusiedeln. Seit wenigen Tagen informiert Belgien den französischen Fiskus über Steuerflüchtlinge. Ist das ein erster Schritt in Richtung Paris? Die Franzosen sind mehrheitlich dafür, die Wallonen aufzunehmen, falls Belgien auseinander bricht. Die Bereitschaft dazu steigt seit 2007 deutlich. Nach einer aktuellen Ifop-Umfrage wünschen sich 66 Prozent der Franzosen die Aufnahme der Wallonen, am meisten die Männer (70 Prozent), die über Fünfzigjährigen (71), die Handwerker und Händler (74) und die Anhänger der Grünen und der neogaullistischen UMP (je 68 Prozent). Eher gegen die Aufnahme sind Frauen (35 Prozent), leitende Angestellte (42), Anhänger der Nationalen Front (36) und junge Menschen zwischen 18 und 24 (44 Prozent). Der Muttertag fällt in Belgien auf ein anderes Datum als in Frankreich. Das Mittagessen ist in Frankreich heilig, während die Belgier sich mit einer Stulle begnügen. Aber das kann kein Hindernis sein. *Jean-Paul Picaper*

Spaltpilz in der Wiege

Seit seiner Gründung 1830 ist Belgien von innerer Zerrissenheit geprägt

Durch Streit geboren, ist Belgien bis heute von tiefer innerer Zerrissenheit geprägt. Im Zuge der territorialen Neuordnung durch den Wiener Kongress im Jahre 1815 wurden die südlichen Niederlande (Belgien) und Holland im Norden unter König Willem I. zum Königreich der Niederlande vereinigt. Von Beginn an gab es Auseinandersetzungen zwischen den Bevölkerungsteilen, die 1830 zum Aufstand der Belgier führten. Selbst mit militärischen Mitteln gelang es dem König nicht, die Revolution niederzuhalten, so dass die Belgier am 4. Oktober 1830 ihre Unabhängigkeit proklamierten. Auf einer internationalen Konferenz erkannten die Großmächte die Trennung zwischen Belgien und den nördlichen Niederlanden an und akzeptierten den vom belgischen Nationalkongress nominierten Leopold I. aus dem Hause Sachsen-Coburg als Monarchen des neuen Staates.

Diesem gelang es jedoch nicht, sein Volk zu einen. Der Gegensatz zwischen den niederländisch sprechenden Flamen und den frankophonen Wallonen entzündete sich bereits an der Tatsache, dass Französisch als alleinige Amtssprache eingeführt wurde. Daraus entwickelte sich im Laufe der Zeit die Flämische Bewegung, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts aus dem Schatten des reinen Kulturbetriebs heraustrat und weitgehende Rechte der Flamen reklamierte. Auch wenn es vordergründig um sprachliche Selbstbehauptung ging, wurde immer deutlicher, dass es sich tatsächlich um einen politisch-sozialen Konflikt zwischen den eher agrarisch-kleinbürgerlich geprägten Flamen und dem wohlhabenden wallonischen Bildungsbürgertum handelte.

Flämisch-wallonischer Streit unüberwindlich

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Konflikt noch weiter politisiert, und den Flamen ging es nun hauptsächlich um Emanzipation und, als nächsten Schritt, um Sezession.

Nach dem Zweiten Weltkrieg spitzte sich die Lage weiter zu, als viele Flamen wegen angeblicher Kollaboration mit dem Deutschen Reich verfolgt wurden. Selbst König Leopold III. wurde heftig angegriffen, weil er mit den Deutschen über die Zukunft seiner Dynastie verhandelt hatte. Während die Flamen zu ihm hielten, waren die Wallonen mehrheitlich gegen den Monarchen. Das Land drohte wegen der „Königsfrage" in einen Bürgerkrieg zu stürzen, was Leopold nur durch die Abdankung zugunsten seines Sohnes Balduin verhindern konnte.

Diesem gelang es, die Lage zu beruhigen, indem die Gebiete der Flamen und der Wallonen 1962 durch die Festlegung einer „Sprachgrenze" territorial definiert wurden. Seit 1970 wurde Belgien zudem im Zuge von fünf Staatsreformen zu einem föderalen Staat umgewandelt, der in eine Flämische und eine Wallonische Region sowie die Region Brüssel-Hauptstadt gegliedert ist, die über weitreichende Kompetenzen verfügen. Diese administrative Zersplitterung hat indes dazu geführt, dass eine einheitliche und effiziente Verwaltung nicht mehr gegeben ist.

In den vergangenen Jahren haben sich die Spannungen zwischen beiden Volksgruppen so sehr verschärft, dass das Land quasi unregierbar geworden ist und vor dem Zerfall steht. Der König, laut Verfassung der „Hüter der Einheit des Landes", ist bei dieser Entwicklung nur noch Statist. Zerfällt Belgien, wäre er ein Herrscher ohne Reich. *Jan Heitmann*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Konrad Badenheuer (in Elternzeit)

Chef vom Dienst: Dr. Jan Heitmann (kommissarisch); **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Bücher:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Leserbriefe:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **4085**

Kategorien der Rache

Politische Gewalt nimmt zu – Linke Aktionen werden aber überwiegend verharmlost

Politisch motivierte Gewalt war bis 1990 in der Bundesrepublik Deutschland eine Randerscheinung, die zudem fast ausschließlich ihren Ausgangspunkt in linker Gesinnung hatte. Das ist heute anders. Linksradikales Gedankengut hat mit der Linkspartei jetzt einen parlamentarischen Arm erhalten. In dessen Folge hat die links motivierte Straßengewalt zugenommen.

Das Bundeskriminalamt (BKA) meldet allein für April 2011 insgesamt 2029 politisch motivierte Straftaten, darunter 214 Gewaltakte. „Nur“ 54 Gewalttaten gehen auf das Konto Rechtsradikaler, 133 hingegen – somit mehr als doppelt so viele – sind auf der linken Seite zu verbuchen. Der Rest ist Ausländern und anderen Gruppen zuzuordnen.

In der Summe der politisch motivierten Straftaten sind 1171 rechts und nur 633 links zu verorten. Grund hierfür sind sogenannte Propagandadelikte. Vereinfacht ausgedrückt: Wer ein Hakenkreuz an die Wand malt, der macht sich strafbar, wer hingegen seine Nachbarschaft mit Hammer und Sichel verschönert, der begeht bestenfalls eine Sachbeschädigung. Maßgebend hierfür ist die mehrfache Verschärfung des Paragraphen 130 des Strafgesetzbuches, die bereits 1994 unter der Verantwortung von Kanzler Helmut Kohl (CDU) einsetzte. Nun ist nicht nur die Leugnung des Holocausts, sondern auch die Verherrlichung oder Rechtfertigung nationalsozialistischer Willkürherrschaft strafbar. Das sind sehr dehnbare Begriffe. Kritiker beanstanden, dass hiervon die kommunistische Gewaltherrschaft nicht betroffen sei. Im Ergebnis sind nun im April 2011 916 Propagandadelikte in der Kriminalstatistik aufgetaucht. Die „Zunahme rechter Kriminalität“ betrifft vornehmlich die Verbreitung „falscher“ Meinungen sowie politisch zuzuordnende Schmierereien, von denen zumeist niemand weiß, wer sie angebracht hat. Die Bilanz der Gewalttaten fällt genau umgekehrt aus.

Das scheint einigen Presseorganen zu missfallen. So publiziert der Berliner „Tagesspiegel“ immer wieder eine Zahl von 137 Toten in Folge „rechter“ Gewalt. Das Bundesinnenministerium vermeldet hingegen die Zahl 47. Unterstützung finden diese Medien beim parlamentarischen Arm des Linksradikalismus. Vor Jahresfrist produzierte sich Petra Pau (Linkspartei) mit einer Großen Anfrage im Bundestag zu den Fällen rechter Tötungsverbrechen, die von der Bundesregierung angeblich bislang nicht genannt würden. Pau klagte die Regierung an, die offiziellen Angaben seien „immer unglaubwürdig“ gewesen, „egal welche Partei gerade das Sagen hatte“. Dabei wäre Pau beim Thema poli-

Polizeigewerkschaft sieht Mitschuld bei der Politik

tische Gewalt bei ihrer eigenen Partei an der richtigen Adresse gewesen. Ihre Genossin Evrim Baba ist häufig mit dabei, wenn es darum geht, Demonstrationen anzumelden, aus denen heraus linke Gewalt produziert wird. Gegen Baba wird bislang von Seiten der Staatsanwaltschaft nicht ermittelt, gegen ihren Parteigenossen Bodo Ramelow hingegen schon. Anlass waren die Ereignisse am 13. Februar 2010 in Dresden. Kurze Fernsehberichte zeigten dort diszipliniert auftretende Rechtsradikale, die von der Polizei vor linken Übergriffen geschützt wurden. Die Staatsanwaltschaft Dresden ermittelt gegen Ramelow wegen linker Gewaltausbrüche im Zusammenhang mit Blockadeaktionen. Der Justizausschuss des Thüringischen Landtags hat mit den Stimmen der SPD einer Aufhebung von Ramelows Immunität zugestimmt.

Seit einigen Wochen scheint sich aber die Situation der „rechtsradikalen“ Gewaltzurückhaltung zu ändern. In Berlin haben Rechtsextremisten Angriffe gegen sich nun erstmals mit direkt darauf folgenden Gewaltakten beantwortet. Ob dies eine Reaktion darauf ist, dass der Staat unwillens oder gar nicht mehr in der Lage ist, sie zu schützen, ist ungewiss. Andererseits entsteht eine neue Qualität dadurch, dass die Gewalt der Linksextremisten sich nun nicht mehr ausschließlich gegen Rechtsextreme, sondern auch zunehmend gegen bürgerliche Rechte richtet. Berlins Innensenator Körting: „Ich befürchte vor allem, dass bei Extremisten auf jede Aktion eine Gegenaktion folgt.“ Das „primitive Volk der Autonomen und Neonazis“ denke in Kategorien der Rache. Körting wolle mit der Polizei bei gefährdeten Infoständen von Parteien, auch der NPD, mehr Präsenz zeigen. Die Gewaltbereitschaft nehme allerdings nur bei einer Minderheit der linken Szene zu, so Körting.



Die Polizeigewerkschaft sieht eine Mitschuld der Politik an der Entwicklung. Unter dem Deckmantel „Kampf gegen Rechts“ würden linke Straftaten „konsequent verharmlost und ignoriert“. Regelmäßig stünden Tausende Polizisten im Stein- und Flaschenhagel derjenigen, die durch rechtswidrige Blockaden und tätliche Angriffe auf die Einsatzkräfte den Versuch unternähmen, rechtsstaatlich zulässige Versammlungen gewaltsam zu verhindern, erklärte Gewerkschaftschef Rainer Wendt. Vor wenigen Tagen ließ sich der Bezirksbürgermeister von Berlin-Kreuzberg, Franz Schulz (Grüne), dafür feiern, dass er mit rund 200 Antifa-Aktivisten eine genehmigte Veranstaltung der Partei „Pro Deutschland“ in seinem Rathaus verhindert habe. Schulz hatte zuvor der Polizei Hausverbot für das Rathaus erteilt. Aber auch die CDU und die FDP in Berlin haben mit ihrer Erklärung eines „Konsenses gegen Rechts“ mit SPD, Grünen und SED-Erben einer Stimmung der moralischen Berechtigung linker Gewalt Vorschub geleistet.



Hans Lody



Auflösung einer Sitzblockade: Linke protestieren gegen eine angemeldete rechte Demonstration. Bild: J. Schlüter/dapd

MELDUNGEN

Werder schließt Jens Pühse aus

Bremen – Das Präsidium des SV Werder Bremen hat einstimmig den Funktionär der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) Jens Pühse aus dem Verein ausgeschlossen. Wie der Verein mitteilt, hatte er Pühse die Gründe für den Ausschluss bereits Ende Mai mitgeteilt. Gleichzeitig sei Pühse per Einschreiben zur satzungsmäßigen Anhörung eingeladen worden. Da der NPD-Funktionär weder schriftlich reagiert habe noch zur Anhörung erschienen sei, sei der Ausschlussbeschluss einstimmig erfolgt. Als Begründung wird eine völlige Unvereinbarkeit der von Pühse als Spitzenfunktionär der NPD im Wahlkampf- und Parteiprogramm verordneten Ziele mit denen in der Satzung des SV Werder verordneten Werten wie Toleranz und Integration angeführt. *M. R.*

Muslime anfällig

Bonn – Nach Schätzungen des Islam-Experten Johannes Kandel von der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung sind etwa zehn Prozent der deutschen Muslime anfällig für islamistische Werbeattacken. Immerhin betrifft das etwa 400 000 Bürger. Die Behörden gehen gegenwärtig von 36 000 Islamisten in der Bundesrepublik aus, etwa ein Prozent der erfassten vier Millionen Muslime. Es sei einfach, so Kandel, Muslim zu werden, ein Bekenntnis vor Zeugen genüge. Die Lehre gebe sich einfach und werde volkstümlich vorgetragen. Sie werde für viele attraktiv, die in einer unübersichtlichen Welt nach Orientierung, Geborgenheit und Sicherheit suchten. Die am schnellsten wachsende Gruppe sind nach diesen Erkenntnissen die streng orthodoxen Salafisten. Gerade aber bei diesen sind nach den Erkenntnissen der Verfassungsschützer die meisten Werber für den Dschihad, den heiligen Krieg, zu finden. *J. F.*

Urlaub in »Paradiesruinen«

Jugendherberge im »KdF-Seebad« Prora eröffnet

Bunt statt braun“ soll es zukünftig in Prora auf Rügen zugehen. Auf Deutschlands größter Insel betreibt das Deutsche Jugendherbergswerk in der Schmalen Heide an der Prorer Wiek zwischen Sassnitz und Binz in dem Gebäudetorso des ehemaligen „KdF-Seebades“ Prora seit Anfang der Woche eine Herberge mit 402 Betten. Damit kommt wieder Leben in das größte Gebäude in der Bundesrepublik.

Das Mammut-Bauwerk wurde zwischen 1935 und 1939 von der NS-Organisation „Kraft durch Freude“ (KdF) errichtet und sollte nach der Fertigstellung 20000 Urlauber beherbergen. Geplant war die Errichtung von acht jeweils 550 Meter langen, sechsgeschossigen und vollkommen baugleichen Häuserblocks, die sich, miteinander verbunden, über fast fünf Kilometer entlang der Küste erstrecken und jedem Urlauber Meerblick garantieren sollten. Im Rahmen der NS-Sozialpolitik sollte jeder „Volksgenosse“ die Möglichkeit haben, hier günstig in der Gemeinschaft Urlaub zu machen. Der Krieg vereitelte diese Pläne. so dass die Anlage unvollendet blieb. Während des Krieges zog die Luftwaffe in die Gebäude ein, später nutzten sie die Sowjets als Internierungslager, bevor sie zunächst von der Kasernierten Volkspolizei und später von der Nationalen Volksarmee bezogen wurden.

Seit Anfang der 90er-Jahre steht der Komplex überwiegend leer und verfällt zusehends. Über den Umgang mit dem wahlich kolossalen NS-Erbe herrschte lange Uneinigkeit. Die Anlage hat als Zeugnis der deutschen Sozial- und Baugeschichte einen einmaligen Wert. Die

Schatten der Vergangenheit bleibt gegenwärtig

Meinungen reichten von der Forderung, „dieses Stück grässlicher Naziarchitektur“ restlos abzureißen bis zur verklärten Bewunderung für dieses „prima Urlaubsheim“. Am Ende siegte die Vernunft, und die Gebäude des „KdF-Seebades“ Prora wurden unter Denkmalschutz gestellt.

Die Nachnutzung der „Paradiesruinen“ genannten Anlage geht indes nur schleppend voran. Zwischenzeitlich befanden sich in einem Gebäudeteil die „Museumsmeile Prora“ mit einem KdF-Museum, einem Museum der NVA, dem Rügen-Museum und diversen Sonderausstellungen sowie ein Boxsportmuseum. Drei der Häuser sind mittlerweile an private Investoren verkauft, für ein viertes läuft derzeit ein Bieterverfahren. Dennoch tut sich in Prora wenig.

Um vor allem den Jugendtourismus auf der Insel zu fördern, aber auch, um ausländische Urlauber nach Rügen zu locken, hat der Landkreis Rügen einen 152 langen Teilabschnitt der Anlage gekauft und für 16,4 Millionen Euro zu einer Jugendherberge herrichten lassen. Im benachbarten Gebäudeteil soll bis 2013 eine Bildungsstätte entstehen, für deren Realisierung derzeit allerdings noch das Geld fehlt. Für die Sommermonate ist die Herberge bereits komplett ausgebucht und auch für das kommende Jahr liegen bereits zahlreiche Reservierungen vor. Es dürfte jedoch nicht allein die Schönheit der Insel sein, die die Menschen nach Prora lockt, sondern auch die Besonderheit des Objekts.

Wie der Teufel das Weihwasser fürchten die lokalen Politiker die These, damit sei die nationalsozialistische Ursprungsidee, billigen Urlaub für ein Massenpublikum zu bieten, endlich umgesetzt worden. Rügens Landrätin Kerstin Kassner von der Linkspartei beeilte sich dann auch gleich, zu versichern, man werde „alles dafür tun, dass kein braunes Gedankengut hier Fuß fassen“ könne. *Jan Heitmann*

Neuer Bischof für Berlin

Mit dem Tod des früheren Erzbischofs Sterzinsky endet eine Ära

Deus semper major – „Gott ist immer größer“, hieß sein Bischofsmotto. Am letzten Tag im Juni ist der frühere Erzbischof von Berlin, Georg Kardinal Sterzinksy, von diesem Größeren nach langer Krankheit zu sich gerufen worden. Zwei Tage später überraschte Papst Benedikt XVI. die Medienauguren mit der Ernennung des Kölner Weihbischofs Rainer Maria Woelki zum Nachfolger des Verstorbenen. Beide eint der biografische Bezug zu Ostpreußen: Sterzinsky wurde 1936 in Warlack im Kreis Heilsberg geboren. Woelkis Eltern stammen aus Frauenburg im Ermland.

Sterzinsky wurde 1960 zum Priester geweiht und diente als Seelsorger in Erfurt und Heiligenstadt. 15 prägende Jahre war er Pfarrer an der Jenaer Kirche St. Johannes-Baptist, eine der größten Pfarrgemeinden der DDR. Dort habe er sich aufgehoben gefühlt, bekannte er später, er sei angekommen gewesen bei sich und seinem Tun. Nach einem hohen Amt habe er sich nie gesehnt.

Doch im Sommer 1989, der Eiserne Vorhang war schon löchrig geworden, wurde der bodenständig-bescheidene Sterzinsky Bischof der noch geteilten Stadt. Eine Herkulesaufgabe sollte es werden, das getrennte Bistum nach Wende und Wiedervereinigung neu zu ordnen. Mit der chaotisch-pluralistischen und weitgehend atheistischen Metropole fremdelte Sterzinsky noch Jahre lang, mit dem Westen der Stadt wurde er nicht richtig warm. Umso mehr galt Sterzinsky als großer Seelsorger, dessen priesterliche Kraft erst im vertraulichen Gespräch voll zur

Sterzinsky galt als beharrlicher Beter und großer Seelsorger

Geltung kam. Als Mann des Gebetes lag das Stundenbuch immer in seiner Nähe.

Der Name des ersten Erzbischofs von Berlin – 1994 wurde das flächenmäßig zweitgrößte Bistum Deutschlands, das auch Teile von Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern umfasst, zum Erzbistum erhoben – wird wohl noch lange mit dem katastrophalen Management der überkommenen Doppelstrukturen im Bistum aus der Zeit der Teilung verbunden bleiben: Er behielt die kirchlichen Apparate bei, als diese, auch infolge des rasanten Schwunds von Gläubigen, längst nicht mehr zu finanzieren waren. Ein finanzieller Schlamassel ohnegleichen war die Folge: 2003 saß das Erzbistum vor einem Berg von 148 Millionen Euro Schulden. Um mit dem Abtragen auch nur zu beginnen, mussten Kirchengebäude verkauft und Gemeinden zusammengelegt werden. Hunderte Mitarbeiter erhielten die Kündigung. Genau wie in der politischen Bundeshauptstadt auch, geht im kirchlichen Berlin bis heute nichts mehr. Zuletzt war der Erzbischof unter seinen Schäfchen nicht mehr eben beliebt. Kurz nach seinem 75. Geburtstag im Februar hatte der schwer krebs- und zuckerkranke Kardinal sein Amt aufgeben dürfen.

Seinem Nachfolger aus dem fernen Rheinland schlug, kaum dass die Nachricht von seiner Wahl durch das Berliner Metropolitankapitel und der Bestätigung des Heiligen Stuhls in der Welt war, das geballte Ressentiment aus linksgewirkter Medienwelt und Politik entgegen. Prompt wurde ihm seine Haltung zur Homosexualität und eine angebliche Nähe zum vermeintlich erzkonservativen Opus Dei vorgeworfen. Woelki gilt als Vertrauter des Kölner Erzbischofs Kardinal Joachim Meisner, der wiederum von 1980 bis 1989 der Vorgänger des Verstorbenen im Berliner Bischofsamt war. *Christian Rudolf*

MELDUNGEN

Eine Million Flüchtlinge

Genf – Seit Ausbruch der Krise im Februar sind aus Libyen rund 1,2 Millionen Menschen geflohen, über 600000 werden als Migranten gezählt. Dies geht aus einer Erhebung der Internationalen Organisation für Migration (IOM) in Genf hervor, die von 132 UN-Mitgliedstaaten gegründet wurde. Viele seien traumatisiert und auf Betreuung angewiesen. Dies treffe vor allem auf Frauen und Kinder zu, die über Ägypten und Tunesien außer Landes gelangt seien und zum Teil Schreckliches durchlebt hätten. Ein großes Kontingent von etwa 160000 ausländischen Arbeitern kehrte in die Heimatländer Niger und Tschad zurück. *J.F.*

Tote und Kosten in Billionenhöhe

Providence - Die nach dem 11. September 2001 von den Amerikanern initiierten Kriege im Irak und in Afghanistan sowie die Anti-Terrorkampagnen in Pakistan und im Jemen haben bislang bei allen Beteiligten 225000 Tote und 365000 Verletzte gefordert und Kosten von 4,4 Billionen US-Dollar erzeugt. Auf die USA entfallen dabei 6000 Tote, während der Irak 9900, Afghanistan 8800 und Pakistan 3500 Opfer zu beklagen hatten. Dazu addieren sich 172000 getötete Zivilisten, darunter 168 Reporter und 266 humanitär eingesetzte Kräfte. 7,8 Millionen Menschen verloren aufgrund der Kampfhandlungen ihre Bleibe. Die finanziellen Aufwendungen entsprechen einem Viertel des gegenwärtigen Staatsdefizits der USA. Das ist das Ergebnis einer Studie der US-amerikanischen Brown-Universität, einer führenden Forschungsinstitution in den Vereinigten Staaten. Sie kommt damit zu Ergebnissen, die über den bislang vom Pentagon veröffentlichten Zahlen liegen. *J.F.*

Schlacht um EU-Budget eröffnet

Milliardenrettungsschirme verärgern die Bürger, doch Brüssel will jetzt sogar noch eine eigene Steuer

Die EU-Kommission hat ihre Forderungen für die Finanzplanung von 2014 bis 2020 vorgelegt. Während bei den nationalen Haushaltsplanungen der Rotstift regiert, will die EU zukünftig über fünf Prozent mehr Geld verfügen können. Verteilt über sieben Jahre die Summe von 1025 Milliarden Euro – mit dieser Forderung hat Kommissionspräsident José Manuel Barroso die offiziellen Verhandlungen über den Finanzrahmen bis 2020 eröffnet.

Erste Reaktionen auf seine Vorschläge ließen nicht lange auf sich warten. Bereits innerhalb weniger Stunden erklärte ein Sprecher der britischen Regierung zu Barrosos Forderungen: „Inkompatibel mit den harten Entscheidungen, die in zahlreichen europäischen Staaten getroffen werden.“ Ähnliche Reaktionen kamen aus den Niederlanden, Italien, Schweden und Dänemark. Selbst Bundesaußenminister Guido Westerwelle mahnte eine strikte Ausgabenbegrenzung an. Bereits im Vorfeld hatte die EU-Kommission eine Kampagne gestartet, um mit den aus ihrer Sicht ungerechtfertigten „Mythen“, die über den EU-Haushalt verbreitet seien, aufzuräumen. Hauptziel war vor allem die EU-kritische Öffentlichkeit in Großbritannien. Dort hatte die Presse seit Wochen ausgiebig Beispiele des Brüsseler „Dolce Vita“ präsentiert. Der „Daily Telegraph“ brachte genüsslich eine Reportage über Luxus-Stundenhotels in Brüssel, deren Kundschaft zu 80 Prozent aus EU-Beamten bestehe, die dort ihre Mittagspausen verbringen. Die BBC beschäftigte sich mit dem Neubau des EU-Ratsgebäudes in Brüssel. Bis 2014 entsteht ein 240 Millionen Euro teurer Glaspalast neben dem bisher genutzten voll funktionsfähigen Gebäude. Ratspräsident Herman van Rompuy sorgte selbst in eigenen Kreisen für Kopfschütteln, als er während einer Beratung über die griechische Schuldenkrise Hochglanzprospekte des Prestigeobjekts herumreichte.

Inzwischen scheint selbst die EU-Kommission begriffen zu haben, dass die Höhe der „Verwaltungsausgaben“ zu viele Angriffspunkte für Kritiker bietet und kaum zu verteidigen ist. Kommissionspräsident Barroso kündigte an, dass bei den Kosten für die rund 50000 EU-Angestellten gespart werden soll. Die Arbeitszeit soll von 37,5 auf 40 Stunden steigen und das Renteneintrittsalter von 63 Jahren auf 65 Jahre erhöht werden. Auch die Einkommensteuer für das bisher mit allerlei Privilegien versorgte Beamtenheer soll angehoben werden. Außer diesem Zugeständnis präsentierte Barroso noch einen taktisch geschickten Vorschlag: die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Die Forderung nach einer solchen Steuer, die eigentlich helfen soll, Spekulationsgeschäfte an den Finanzmärkten einzudämmen, verhallte bisher immer ungehört. Die Steuer wurde, auch in EU-Kreisen, als kaum umsetzbar abgelehnt. Nun scheint eine derartige Steuer überraschenderweise doch praktikabel zu sein. Allerdings um den Preis, dass die Erlöse nicht in die nationalen Haushalte, sondern direkt in die EU-Kasse fließen. Indem Barroso sich zum Vorreiter der Finanztransaktionssteuer macht, hofft er die bisher nicht durchsetzbare eigene EU-Steuer installieren zu können. Die Mitgliedsländer sollen durch einer Reduzierung der nationalen Beitragszahlungen zur Zustimmung geködert werden.


EU-Parlament Brüssel: Parlamentarier fordern immer mehr Geld für solche gefräßigen Glasmonster. Bild: mauritius

Eigene EU-Steuer gilt plötzlich als praktikabel

Allerdings waren auch zu diesem Vorschlag die ersten Reaktionen ähnlich ablehnend wie die zum erhöhten Finanzrahmen der EU. Vor allem Großbritannien, das nach den Planungen der Kommission seinen, noch von Margret Thatcher ausgehandelten, „Briten-Rabatt“ auf seine Beitragszahlungen verlieren soll, lehnt die neue Steuer energisch ab. London dürfte sich in den anstehenden Verhandlungen über den Finanzrahmen 2014 bis 2020 ohnehin als der hartnäckigste Gegner der EU-Kommission erweisen. Premierminister David Cameron steht unter erheblichen Druck der eigenen Partei. Rund 100 konservative Abgeordnete haben in einem Brief an ihn unlängst einen radikalen Wechsel in der Europapolitik gefordert. Damit nicht genug. Selbst vom Labour-Oppositionsführer Ed Balls wird die Forderung nach Kürzungen im EU-Haushalt unterstützt.

Schattenhaushalte halten auch in Brüssel Einzug

Die Verhandlung über den EU-Haushalt werden sich bis Ende 2012 hinziehen. Die bisher bei nationalen Haushaltsplanungen gängige Praxis von Schattenhaushalten hält auch bei der EU immer stärker Einzug. Was bisher nur beim 30 Milliarden Euro schweren Entwicklungshilfefonds der Fall war – die Bilanzierung außerhalb des eigentlichen Haushalts – soll nun auch beim Globalisierungsfonds, einem neuen Fonds für Krisenhilfen im Agrarsektor, bei den Kosten für die ITER-Kernfusionsforschung und den Kosten für das Erdbeobachtungsvorhaben GMES angewendet werden. Nach Berechnungen der euroskeptischen Organisation „Open Europe“ sollen so insgesamt 58,3 Milliarden Euro versteckt werden. Die von Barroso geforderte Mittelerhöhung würde damit nicht fünf, sondern sogar sieben Prozent betragen.

Norman Hanert

Selbst gestellte Klimafalle

Polen blockiert EU-Pläne zur Kohlendioxid-Begrenzung

Ausgerechnet bei dem mit Inbrunst verfolgten Prestigeprojekt Klimapolitik droht den EU-Offiziellen in den nächsten Monaten ein hausgemachtes Debakel. Nur eine Woche vor der turnusgemäßen Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft sorgte Polen in Brüsseler Kreisen für Verärgerung. Am 21. Juni blokkierte der polnische Umweltminister Andrzej Kraszewski mit seinem Veto den Plan der übrigen 26 EU-Länder zu einer noch stärkeren Begrenzung der Kohlendioxid-Emissionen.

Nur einen Tag später wurden Einzelheiten eines Interviews bekannt, das der polnische EU-Haushaltskommissar Janusz Lewandowski dem Wirtschaftsmagazin „Novy Przemysl“ bereits am 21. Mai gegeben hatte. Die Organisation „Greenpeace“ hatte dafür gesorgt, dass Lewandowskis bis dahin nahezu unbeachtetes Interview mit seinen Ansichten über die Klimapolitik bekannt wurde und in Brüssel für Alarmstimmung sorgte. Der Pole hält demnach nicht nur die EU-Ziele zur Kohlendioxid-Emission für überambitioniert, sondern meldete auch generell Zweifel an den Ursachen des Klimawandels an: „Immer mehr und immer öfter gibt es Fragezeichen im Hinblick auf die gesamte Angelegenheit des Klimawandels als solche.“ Insbesondere die Idee, dass die Energiegewinnung durch Kohle eine der Hauptursachen der globalen Erwärmung sei, hält Lewandowski für fragwürdig. Unklar ist, ob er nun tatsächlich Zweifel daran hat, wie wissenschaftlich fundiert die bisherige Klimapolitik der Europäischen Union ist, oder ob es eher die hohe Abhängigkeit der polnischen Energiegewinnung von der Kohle ist. Deren Anteil an der Stromerzeugung beträgt immerhin 90 Prozent.

Brüssel könnte sich die Zustimmung Warschaus erkaufen

Nach Bekanntwerden des Interviews versuchte sich die EU-Kommission zunächst in Schadensbegrenzung. Die Äußerungen des EU-Haushaltskommissars wären eine Privatangelegenheit, so ein Sprecher der Kommission. Im EU-Parlament wurde dies offenbar anders gesehen und umgehend mobil gemacht. Kommissionspräsident José Manuel Barroso sah sich mit der Forderung von Jo Leinen (Sozialdemokraten), Chris Davies (Liberale) und Bas Eickhout (Grüne) konfrontiert, gegen Lewandowski weitere Schritte zu unternehmen. Dieser scheint die Brisanz seiner Aussagen, die am Dogma der EU-Klimapolitik rühren, unterdessen erkannt zu haben. In einer Pressemitteilung vom 27. Juni klärte er „einige Missverständnisse, die durch unautorisierte und aus dem Zusammenhang gerissene Zitate“ entstanden seien, und widerrief seine im Interview gemachten Aussagen. Ein Schritt, mit dem er sich wahrscheinlich sein Verbleiben im Amt gerettet hat.

Dass damit Polen insgesamt wieder auf die Linie der EU-Klimapolitik gebracht wurde, ist nicht anzunehmen. Zur Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft machte der polnische Außenminister Radoslaw Sikorski in einem Interview mit der „Welt“ deutlich, dass Polen auch zukünftig in der Klimapolitik keine Vorreiterrolle spielen will: „Aber Gott hat uns nun mal die Kohle gegeben. Polen ist ein kaltes, relativ armes Land.“ Damit dürfte von polnischer Seite auch die Marschrichtung vorgegeben sein, wie die Blockadehaltung zukünftig überwunden werden kann, wenn Brüssel seine selbst gesteckten Klimaziele weiterhin verfolgen will: Durch weitere finanzielle Zugeständnisse an Polen (2008: 4,442 Milliarden Euro), den nach Griechenland (2008: 6,280 Milliarden Euro), zweitgrößten Empfänger von EU-Zahlungen. *N.H.*

Schwieriger Auftritt

Ungarns EU-Ratspräsidentschaft war von Vorschusskritik belastet

Zum Ende der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2011 zog Ministerpräsident Viktor Orbán verständlicherweise eine positive Bilanz. Ebenso verständlich ist aber auch, dass die linkslastige Medienlandschaft in der EU die Ergebnisse eher bescheiden einstuft – oder überhaupt schweigt. Schließlich hatte man ja mitgemacht bei der nach dem fulminanten Wahlsieg der nunmehrigen Regierungspartei FIDESZ im Frühjahr 2010 losgetretenen feindseligen Kampagne. Zu „Sanktionen“ wie gegen Österreich 2010 – auch damals mitgetragen von einigen Fraktionskollegen in der Europäischen Volkspartei (EVP) – war es zwar nicht gekommen, doch man geht nicht fehl in der Annahme, dass Orbán und seine Anhänger ihre Energie in beträchtlichem Maß auch für „Image-Pflege“ aufwenden mussten. Damit ist es jetzt vorbei, denn am 1. Juli übernahm Polen den Vorsitz im Ministerrat der Europäischen Union.

Als Kernstück der ungarischen Ratspräsidentschaft wird die „Roma-Initiative“ gesehen. Laut Orbán habe man den EU-Partnern klarmachen können, dass die „Roma-Frage“ nur auf EU-Ebene zu lösen sei. Die FIDESZ-Abgeordnete Livia Jaroka, übrigens die einzige Abgeordnete dieser Minderheit im EU-Parlament, nennt die Initiative einen vollen Erfolg. Was an konkreten Maßnahmen aus der beschlossenen Zehnjahres-Strategie resultiert, wird sich aber erst zeigen müssen.

Ungarn, das wie Österreich den EU-Beitritt Kroatiens massiv unterstützt hat, kann auch verbuchen, dass die Beitrittsverhandlungen jetzt praktisch abgeschlossen sind. Außerdem kam es zur Ausarbeitung einer Donau-Strategie, an der die Anrainerstaaten – EU-Mitglieder wie Nicht-Mitglieder – teilgenommen haben, sowie zu einer Initiative zur Schaffung eines integrierten Energiemarktes bis 2014. Orbán beklagt jedoch, dass es nicht zur Aufnahme Rumäniens und Bulgariens in den Schengen-Raum gekommen sei, was – wohl kaum öffentlich eingestanden – auch mit der Roma-Frage zusammenhängt.

Imagepflege erforderte viel Energie

Unterdessen geht die Kritik an Orbáns Politik aber weiter, die gerne als Bestreben zur Festigung der eigenen Macht interpretiert wird. So etwa die Nachbesetzungen im Höchstgericht mit fünf FIDESZ-nahen Leuten. Auch das neue Mediengesetz und die in der neuen Verfassung enthaltenen Bezüge auf Gott, Christentum, Ehe und das „Menschenrecht auf Leben, welches mit der Empfängnis beginnt“, bleiben Punkte, an denen sich „fortschrittliche“ Europäer mit Hingabe reiben.

Ungarns Wirtschaftslage ist angespannt, aber nicht katastrophal. Böses Blut bei Gewerkschaften machen Regierungsmaßnahmen zu deren schrittweiser Entmachtung. Die nötigen Einsparungen in der Staatsverwaltung haben dort zu tausenden Kündigungen geführt. Auch soll ein Teil der 750000 Invalidenrenten auf Berechtigung überprüft werden, weil der Verdacht besteht, dass sie von bestechlichen Gutachtern zuerkannt wurden. Viel verspricht sich Orbán vom jüngsten Staatsbesuch des chinesischen Premierministers Wen Jiabao, der zusagte, sein Land werde massiv in ungarische Staatspapiere investieren und Ungarn zu seinem Logistikknotenpunkt in Mitteleuropa machen.

R.G. Kerschhofer

Spagat zwischen Alter und Neuer Welt

Die neue Chefin des Internationalen Währungsfonds ist mehr in den USA als in Europa verwurzelt

Christine Lagarde, die Französin, wird das Amt als „Managing Director" des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington nicht so schnell verlassen, obwohl sie es erst am 5. Juli angetreten hat, vier Tage also, nachdem die gegen den französischen Sozialisten Dominique Strauss-Kahn in New York erhobene Anklage sich als eine Seifenblase erwiesen hat.

Die Chefin der französischen Sozialisten, Martine Aubry, hatte ihre Kandidatur bejaht: „Frau Lagarde ist bei allen Differenzen zwischen uns eine beachtenswerte Frau", sagte sie und fügte hinzu: „Falls Europa dieses Amt bekommen kann und wenn eine Französin diese Stelle bekommt, glaube ich, dass es eine gute Sache für unser Land und für Europa wäre." Damit zog sich Aubry die Kritik von Genossen zu. Denn ökonomisch gesehen gehört Lagarde gewissermaßen einer anderen Konfession als die Sozialisten an.

Mag sein, dass die Sozialisten froh sind, dass Christine Lagarde ins „Exil" in die USA geht. Es hieß in Paris, dass sie das Zeug zur Staatspräsidentin hätte, falls Sarkozy die Flinte ins Korn werfen würde. Aber der „Job" im IWF war für sie wie maßgeschneidert. Von vorneherein galt sie als Favoritin. Das begriff Angela Merkel, welche die Stelle für Europa haben wollte. Aber Jens Weidmann hatte sie gerade zum Bundesbankpräsidenten gemacht und an den Privatbanker Josef Ackermann hat keiner gedacht. Also fiel auch ihre Wahl auf Lagarde. Die sogenannten Brics-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) hatten am 24. Mai eine Erklärung veröffentlicht, in welcher sie die Stelle beanspruchten. Aber Lagarde unternahm eine Weltreise und überzeugte alle. Sie hatte im IWF die Voten der Deutschen (5,83 Prozent der Stimmen) sicher, und auch diejenigen der Franzosen (4,83), der Briten (4,30), der Belgier (4,88), der Niederländer (4,53)

> Hillary Clinton gab Christine Lagarde die Weihen

und der Italiener (4,26). Die Afrikaner entschieden sich für sie. Schließlich erhielt sie noch die Stimmen der USA (16,8), nachdem ihr Hillary Clinton Ende Mai die Weihen verliehen hatte, indem sie ihr „persönlich gutes Glück" wünschte und ihr „Bewunderung" zollte.

Lagarde wird auf dem amerikanischen Parkett gut tanzen. Als sie vor zwei Jahren Deutschland vorwarf, dass es eine andere Wirtschaftspolitik als Frankreich und die anderen EU-Partner betreibe und höhere Löhne zahlen und den Binnenkonsum fördern solle, was in Deutschland als „ein bisschen mehr Inflation" verstanden wurde, richtete sie ziemlich frech an Berlin einen Satz aus einem amerikanischen Lied der 70er-Jahre: „Zum Tangotanzen muss man zwei sein." Sie sorgte damit für Wirbel. Aber Wolfgang Schäuble glättete die Wogen und lud sie daraufhin als Gast zu einer Kabinettsitzung in Berlin ein.

Christine Lagarde, geborene Lallouette, kam als ältestes von vier Kindern 1956 in Paris zur Welt und wuchs zusammen mit ihren drei Brüdern in Le Havre in der Normandie auf. Ihr Vater arbeitete als Dozent für Literatur an der Universität Rouen und ihre Mutter war Lehrerin. Als der Vater 1973 starb, war die Familie verarmt. Christine musste die Sportwettbewerbe aufgeben, wo sie immerhin als Mitglied der französischen Nationalmannschaft im Synchronschwimmen eine Bronzemedaille gewonnen hatte. Sie ging 1974 mit einem Stipendium des American Field Service in die USA an die Holton-Arms School, eine Mädchenschule in Bethesda, Maryland. Lagardes Trumpf war, dass sie ein makelloses Englisch

> Ihr Trumpf ist ihr makelloses Englisch

spricht. Die große, schlanke und sportliche Frau wird von den Amerikanern quasi als Landsmännin betrachtet. Sie ist Vegetarierin und trinkt keinen Alkohol. Ihre Hobbies sind Yoga, Tauchen, Schwimmen und Gartenarbeit.



In Siegerpose: Als Chefin des IWF gehört Christine Lagarde zu den mächtigsten Frauen der Welt. Bild: getty images

Nach der Rückkehr aus den USA absolvierte sie ein Studium im Fach Sozialrecht am Institut für Politikwissenschaft in Aix-en-Provence und schloss dort mit einem Master ab. Trotz eines Aufbaustudiums in Paris hat sie die Aufnahmeprüfung in die Verwaltungsakademie ENA nicht geschafft. Dafür hat sie ein Diplom in Arbeitsrecht an der Universität Nanterre erworben. Zwischendurch hospitierte sie beim US-Kongress im Büro eines Abgeordneten. Sie ist keine diplomierte Anwältin, aber sie arbeitete als Rechtsanwältin ab 1981 im Pariser Büro der Kanzlei Baker & McKenzie. Von 1999 bis 2004 war sie Präsidentin der Geschäftsführung dieser Kanzlei in den USA und ab 2004 Vorsitzende von deren „Global Strategy Committee" in Chicago. Von 1995 bis 2002 war sie Mitglied des „Think Tanks" am „Center for Strategic and International Studies" (CSIS), wo sie mit Zbigniew Brzeszinski das Aktionskomitee USA-EU-Polen anführte und Fragen der Liberalisierung des Handels mit Polen behandelte. Im Jahr 2003 war sie in der „Euro-Atlantic Action Commission" in Washington tätig.

Die „Amerikanerin" kam 2005 wieder nach Frankreich, wo sie von 2005 bis 2007 Staatsministerin für Außenhandel war, dann bis Juni 2007 Ministerin für Landwirtschaft und Fischerei. Seit der Regierungsumbildung am 19. Juni 2007 war sie für Wirtschaft und Finanzen zuständig. In Paris wird ihr derzeit Amtsmissbrauch vorgeworfen. Sie soll sich in einem Entschädigungsverfahren vorschnell auf einen Vergleich mit einem Geschäftsmann eingelassen haben, der den Staat Unsummen gekostet hat. Lagarde bestreitet das allerdings.

Hauptopfer der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise sind die zwei wichtigsten Wirtschaftsblöcke USA und EU. Lagarde wird so lange im Amt bleiben, wie die Eurokrise dauert und wie die Amerikaner Schulden machen. Das könnte noch lange dauern.

Jean-Paul Picaper

KURZ NOTIERT

Portugal auf Sparkurs: Die neu gewählte portugiesische Mitte-Rechts-Regierung unter Pedro Passos Coelho hat für das Land ein ehrgeiziges Spar- und Sanierungsprogramm auf den Weg gebracht. Geplant ist der Verkauf des Energiekonzerns EDP, des Betreibers des portugiesischen Stromverteilernetzes REN, der Airline TAP und der Bank BPN, die sich in Staatsbesitz befinden. Weitere beschlossene Maßnahmen betreffen die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und die Kürzung des Arbeitslosengeldes. Ziel des Sparpaketes, das ehrgeiziger ist, als von EU und Internationalem Währungsfonds (IWF) gefordert, ist die Reduzierung des portugiesischen Haushaltsdefizits von 9,1 Prozent im Jahre 2010 auf zunächst 5,9 Prozent. Bis zum Jahr 2013 soll die Neuverschuldung auf nur noch drei Prozent der Wirtschaftsleistung sinken. *N.H.*

„Nord-Euro" statt Euro: Dirk Müller, ein international als „Mister DAX" und „Dirk of the DAX" bekannter deutscher Börsenmakler und Bankkaufmann, hat sich in einem Interview mit „tagesschau.de" für einen Wechsel vom jetzigen Euro zum sogenannten Nord-Euro ausgesprochen. Ihm sollten nur noch „die wirtschaftlich starken Länder der Eurozone, also neben Deutschland Frankreich, Österreich, die Benelux-Staaten und Finnland" angehören. Der Vorteil gegenüber dem Euro wäre, so Müller, dass diese neue Währung für Länder gelten würde, „die halbwegs auf vergleichbarer Leistungsfähigkeit arbeiten und die sich daher auch viel enger abstimmen können. Das wäre eine superstarke Weltwährung. Unterdessen könnten die anderen Länder der bisherigen Eurozone ihre eigenen Währungen wieder einführen und abwerten, sodass sie ihr Geschäftsmodell wieder aufbauen können." Außerdem sprach sich Müller für eine Demokratisierung der Europäischen Union aus. Die momentanen Griechenland-Hilfen bezeichnete er als Fass ohne Boden. Jedem namhaften Experten sei klar, dass Griechenland „diese Kredite niemals zurückzahlen wird". *M.R.*

Zahlen fürs Klima

Geplante Kohlendioxyd-Abgabe lässt Energiepreise steigen

Die Bundesregierung arbeitet an neuen Klima-Abgaben. Laut „Financial Times Deutschland" will die Bundesregierung ab 2015 Kohlendioxid-Zertifikate für alle Brennstoffe vorschreiben. Wer mit Brennstoffen wie Erdgas, Heizöl oder Holz handelt, muss dann Zertifikate erwerben, berichtet die Zeitung unter Berufung auf Regierungskreise. Mit der Maßnahme fördert die Regierung ihre ehrgeizigen Klimaschutzziele. Die Hauptwirkung entfaltet sich aber beim Verbraucher: höhere Energiepreise für alle.

Die Gerüchte um neue Energiesteuern in Form von Zertifikaten sind in der Welt, während die FDP als Teil der Regierung noch Steuererleichterungen verspricht. Dass es sich um mehr als ein Gerücht handelt, zeigt die Reaktion des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder: „Durch die Energiewende wird die Energie ohnehin teurer. Deshalb warne ich die Regierung davor, diesen Weg immer weiter zu gehen." Wohin dieser Weg politischer Steuerung im Namen des Klimaschutzes führen kann, machte eine Studie der spanischen „Universidad Rey Juan Carlos" zu den Auswirkungen öffentlicher Fördermaßnahmen für erneuerbare Energie auf Arbeitsplätze schon 2009 deutlich. Für jedes in Spanien zwischen 2000 und 2008 installierte Megawatt alternativer Energie gingen demnach im Schnitt fünf Arbeitsplätze verloren. Die Hauptkritik der Studie lautete damals bereits, dass für vermeintlich saubere Energien „alles getan" werde,

> Für neue Energien wird viel getan, Folgen bleiben unbedacht

die Folgen jedoch oft unbekannt blieben.

Sprach die Studie von über 100000 vernichteten Arbeitsplätzen durch Ökoprogramme in Spaniens Wirtschaft, so könnte der neuste Plan der Bundesregierung im energieabhängigen Industrieland Deutschland noch größere Verwerfungen auslösen. Auf jeden Fall soll bis zum Jahr 2050 der sogenannte Primärenergiebedarf von Wohngebäuden um 80 Prozent sinken, so will es Berlin. Für dieses Ziel sind massive Anstrengungen nötig: Die Energieeinsparverordnung von 2009 soll diesen Herbst verschärft werden. Um alle Wohngebäude auf den neuesten Stand der Energie- und Dämmtechnik zu bringen, sind indes laut Zahlen des Bundesbauministeriums Investitionen in Höhe von 2400 Milliarden Euro nötig. Selbst wenn diese Sanierungskosten tatsächlich „nur" 640 Milliarden betragen sollten, wie der Umweltverband BUND vorrechnet, handelt es sich um eine Summe, die weder die Regierung noch Privateigentümer ohne weiteres aufbringen können. Verfehlen die Eigentümer aber dieses Investitionsziel, verfehlt die Regierung ihr Klimaschutzziel.

Da Förderanreize zu wenig ausmachen, müssen nun, der Klima-Logik zufolge, die steuerlichen Stellschrauben angezogen werden. Das Bundesfinanzministerium prüft gerade, ob die Lieferung von als klimaschädlich geltenden Brennmitteln wie Öl an Privatkunden von 2015 an davon abhängig gemacht werden kann, dass der Händler über entsprechende Kohlendoxyd-Verschmutzungsrechte verfügt. Die Kosten muss dann der Händler tragen und wird sie an den Endverbraucher weiterreichen. So haben alle etwas vom Klimaschutz. Die Mineralölbranche sucht indes bereits „Möglichkeiten des Kohlendioxyd-freien Brennstoffhandels". *SV*

Sprung ins Ungewisse

Der Begriff »Energiewende« ist nur ein hohles Konstrukt

Das von Umweltminister Norbert Röttgen geschnürte „Energiewendepaket" wurde am 30. Juni dieses Jahres auf den Weg gebracht. Fast 86 Prozent der Bundestagsabgeordneten stimmten zu. Ein wahrhaft historisches Ereignis, oder doch nicht? Historisch war die Rede des US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower 1953 vor den Vereinten Nationen, mit der er unter dem Motto „Atome für den Frieden" die friedliche Nutzung der Kernenergie propagierte. Im Godesberger Programm drückte die SPD 1959 die Hoffnung aus, „dass der Mensch im atomaren Zeitalter sein Leben erleichtern, von Sorgen befreien und Wohlstand für alle schaffen" könne.

Drohen uns nun mit der „Energiewende" der Bundesregierung nach dem Ausstieg aus der Kernenergie harte Zeiten? Dieser Verdacht drängt sich auf, wenn man das Buch von Helmut Schelsky von 1975 zur Hand nimmt: „Die Arbeit tun die anderen – Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen". Der Begriff „Energiewende" ist solch ein hohles intellektuelles Konstrukt. Energie kann weder geschaffen noch zerstört werden. Energie ist für alles irdische Leben unverzichtbar, ja Energie ist Leben. Was besagt also „Energiewende"? Physikalisch sind die Begriffe Arbeit und Energie aufs engste miteinander verbunden. Unter der Energie eines Systems versteht man dessen Fähigkeit zur Verrichtung von Arbeit. Durch Kraftaufwand wird eine Arbeit in Energie, in Arbeitsfähigkeit umgewandelt. Es scheint, als ob die 68er Kulturrevolution bei

> Autarkie in der Stromversorgung ist eine teure Illusion

der bürgerlichen christlich-liberalen Koalition angekommen ist.

Wenn das „Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung" behauptet, „der Atomausstieg ist bezahlbar, die Energiewende aber braucht einen Kraftakt", dann ist Misstrauen angesagt. Schon heute bezahlen wir Stromverbraucher im Jahr gut sieben Milliarden an Zwangsvergütung an die Besitzer von Solaranlagen. Zum Jahresbeginn 2011 erhöhte sich die EEG-Umlage zur Förderung des „Ökostroms" um 70 Prozent auf 3,53 Cent pro Kilowattstunde. In wenigen Jahren soll sich allein der Anteil an Solarstrom verdreifachen. Bis 2020 sollen 35 Prozent und bis 2050 sollen 100 Prozent des Stromes aus „erneuerbaren Energien" kommen. Doch wer erneuert Wind und Sonne? Mit Sicherheit nicht die Kanzlerin und ihr Umweltminister. Der Wind weht, wann er will, und die Sonne scheint zwar immer, doch die Erde dreht sich und bei Nacht ist der Beitrag der Sonne null. Dies gilt praktisch auch im Winter bei am Tage tief stehender Sonne und starker Bewölkung. Solaranlagen erreichen in unseren Breiten nur an maximal 1500 der 8760 Stunden Volllast. Beim Wind ist die Ausbeute auch nicht viel besser. Eine Kommunikationsgesellschaft ohne Strom?

Die Sonne schickt zwar der Erde ein Vielfaches an Energie zum Leben, aber der deutsche Traum, mit der Gewinnung von Strom aus Sonne und Wind Autarkie in der Stromversorgung erringen zu können, ist eine sehr teure Illusion, die die Arbeitsfähigkeit und Existenz der Industrienation Deutschland in Frage stellt. Es scheint, als ob die Kanzlerin wild entschlossen ist, die „Große Transformation" hinein in eine Postwachstumsökonomie voranzutreiben. Das Gehäuse „Treibhaus" haben wir schon akzeptiert!

Wolfgang Thüne

Vorteilsverlust

Von Jan Heitmann

Deutschland spart an seiner Infrastruktur. Straßen vergammeln, Autobahnbrücken sind einsturzgefährdet, und in das Schienennetz wird zu wenig investiert. Keine Frage, der Staat kann nur Geld ausgeben, das er hat. Und er hat Geld, setzt aber die falschen Prioritäten. Natürlich ist es schöner, Kindergärten zu bauen und Schulen zu sanieren. Den Autofahrer kann man schließlich durch ein Verkehrsschild vor Straßenschäden warnen und ihn so zu angepasster Fahrweise anhalten. Tut er das nicht, ist er selber Schuld und die Kommune aus der Haftung raus. Auf den Autobahnen sieht es nicht besser aus. Unter anderem, weil sich die Behörden immer wieder von den Baufirmen über den Tisch ziehen lassen. Es wird Zeit für ein sinnvolles Baumanagement, bevor die Wirtschaft durch das Straßenchaos ernsten Schaden nimmt. Auch die Energieversorgung ist Teil der Infrastruktur. Ob sich die eifrigen „Energiewender“ in Berlin eigentlich darüber im Klaren sind, was der Bau der zukünftig benötigten Stromtrassen kosten und wie lange das dauern wird? Wer schon jetzt nicht überzeugt, kann bei der Bewältigung dieser Herausforderung nur versagen. Die deutsche Infrastruktur könnte vom Vorzum Standortnachteil werden.

Sinneswandel?

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Es erstaunt, wenn man bei RIA Novosti, einer der großen russischen Nachrichtenagenturen, so deutliche Worte über einen offensichtlichen Missstand zu lesen bekommt.

Im Mai beging der deutsche Außenminister Guido Westerwelle in Königsberg den Fauxpas, sich an der Kranzniederlegung am „Mahnmal der 1200 Gardisten“ zu beteiligen, ohne nach den deutschen Opfern des Zweiten Weltkriegs zu fragen. Die Gedenkstätte iin Königsberg wurde am 30. September 1945 für die Soldaten der 11. Gardearmee errichtet, die beim Sturm auf Königsberg gefallen sind. Nun erfährt man, dass es mit der viel zitierten und nach außen gezeigten Heldenverehrung der Russen doch nicht so weit her ist. Auf die in Gräbern des Ersten Weltkrieges ruhenden Soldaten wurde keine Rücksicht genommen, als man die Friedhöfe geschliffen hatte, für Erhalt und Pflege der Grabanlagen aus dem Zweiten Weltkrieg fehlt schlicht das Geld, weil Kommerz wichtiger ist als ehrendes Andenken.

Ähnlich wie Westerwelle gerät Regierungschef Wladimir Putin in die Kritik, der in Frankreich der Einweihung eines Friedhofs – immerhin für russische Soldaten – beiwohnte, aber zu Hause weder Angehörige noch private Organisationen unterstützt, die nach den Gräbern ihrer gefallenen Angehörigen suchen.

Viel erstaunlicher ist der Satz der beiden Autoren Alexander Panfilow und Katerina Borsunowa: „Die Führung in Moskau vertrieb die Ortsansässigen und zerstörte das deutsche kulturelle und geistige Erbe.“ Zeichnet sich hier ein Sinneswandel der geistigen Elite bei der Bewertung der ostpreußischen Geschichte ab?

Die Demokratie soll verlieren

Von Hans Heckel

Die Euro-Skeptiker haben von Anfang an gewarnt: Solange es kein „europäisches Volk“ mit einer starken, gemeinschaftstiftenden Identität gebe, solange könne auch keine europäische Demokratie gedeihen. Die Verfechter von Euro und einer immer stärkeren Machtkonzentration in Brüssel wischten die Warnung vom Tisch: Die europäische Demokratie werde mit fortschreitender Integration von selbst kommen.

Von Letzterem ist keine Rede mehr. Selbst die EU-Euphoriker räumen heute ein, dass die Demokratisierung Europas in einer Sackgasse steckt, und ändern prompt ihre Richtung: Der Berliner Politikwissenschaftler Herfried Münkler empfiehlt, den Gedanken der Demokratisierung Europas erst einmal fahren zu lassen. Stattdessen müsste die Zentralmacht der EU deutlich gestärkt werden. Nur sie könne die Integration retten, mehr Demokratie würde Europa in den Zerfall treiben, weil überall in den Parlamenten die „Populisten“ auf der Lauer lägen.

Die Entscheidung über den ESM wird ein historischer Tag

Münkler rät in einem Beitrag für den „Spiegel“, Europas Demokratisierung auf eine spätere Zeit zu verschieben, „in der Demokratisierung eine wirkliche Option und keine Drohung mit Niedergang und Verfall wäre“.

Die historische Erfahrung zeigt indes, dass ein politisch-bürokratischer Machtapparat seine Macht kaum mit dem Volk, gar mit 27 oder mehr Völkern freiwillig teilt. Die bisherigen Versuche, über das EU-Parlament mehr Bürgerbeteiligung an EU-Entscheidungen durchzusetzen, versandeten denn auch weitgehend im Kosmetischen. Nichts spricht ernsthaft dafür, dass sich daran jemals etwas ändert.

Im Rahmen der Euro-Krise bricht ein Gegensatz auf, den alle verantwortungsbewussten Europäer gefürchtet haben: Wir treiben auf eine Entscheidung zwischen Demokratie und europäischer Einheit zu, ja, befinden uns bereits mitten in der Entscheidungsfindung. Die „Eliten“, von denen Münkler spricht, haben ihre Wahl offenbar getroffen. Die Demokratie hat verloren.

Doch wollen wir so ein Europa? Nein! Es muss darum gehen, den Eingungsprozess notfalls soweit zurückzuschneiden, bis er mit den demokratischen Souveränitätsrechten der Völker wieder kompatibel wird. Der erste Schritt muss das Aufhalten der EU-Transferunion („Europäischer Stabilitätsmechanismus“, ESM) sein, mit welcher das Budgetrecht der demokratischen Parlamente über den Haufen geworfen werden soll. Der Verein „Zivile Koalition e. V.“ betreibt auf der Seite „abgeordnetencheck.de“ einen Sammelaufruf, mit dem jeder Bundesbürger die Abgeordneten seines Wahlkreises auffordern kann, gegen die Transferunion zu stimmen. Im Herbst soll der Bundestag über die Ratifizierung des ESM entscheiden. Es wird ein historischer Tag.



Folgsam bis zur eigenen Entmachtung: Abstimmung im Bundestag

Bild: pa

Gastkommentar

Gender Mainstreaming: Nicht in die Falle tappen



Von Barbara Rosenkranz

Am 7. September 2010 verkündete Viviane Reding, die europäische Kommissarin für Justiz und Menschenrechte, eine vernünftige Idee: Bürokratieabbau durch automatische Anerkennung von Personenstandsurkunden im gesamten EU-Raum. Dass dabei auch die europaweite Gleichstellung homosexueller Partnerschaften mit der Ehe (samt Adoptionsrecht) in allen Staaten eingeführt werden soll – auch in jenen Staaten, die in den nationalen Verfassungen am klassischen Familienbild festhalten –, ist erst auf den zweiten Blick erkennbar. Ein gelungenes Beispiel für „Tarnen und Täuschen“ in der EU, denn Reding scheint mit Widerstand zu rechnen. Sie erklärte: „Was wir nicht wollen, sind Gesellschaften, die gegen die gleichgeschlechtliche Ehe opponieren. Wir müssen Schritt für Schritt vorgehen. Wir müssen alle Mitgliedstaaten auf der Basis unserer Richtlinien dazu bringen, diese Regeln zu akzeptieren. Für viele ist dies sehr neu und ungewöhnlich. Für einige ist es sehr schockierend.“ Später fügte sie an: „Falls kein Verständnis gezeigt wird, müssen schärfere Maßnahmen ergriffen werden.“

Verständlich, dass Reding keine offene demokratische Diskussion führen will, denn sie folgt damit den Maßgaben des sogenannten „Gender Mainstreaming“ (GM). GM steht für die Überzeugung, dass Männer und Frauen sich lediglich deshalb voneinander unterscheiden, weil sie von der Gesellschaft entsprechend erzogen werden. Dabei wird die Geschlechterrolle – „Gender“ – als ein Lernprogramm gesehen, das umprogrammiert werden kann und vor allem umprogrammiert werden muss.

Während der vierten Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen 1995 in Peking wurde erstmals auf internationaler Ebene das Bild eines Menschen gezeichnet, der sein Geschlecht ohne eine biologische Grundlage wählt und unter den vielen Möglichkeiten der sexuellen Orientierung eine Entscheidung trifft. Seit dem 1. Mai 1999, mit Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages, ist GM als rechtlich verbindliches Ziel in der Europäischen Union verankert. Es wird streng als „Top-Down-Prinzip“ durchgesetzt und ist verpflichtende Vorgabe für sämtliche nationalen Politikbereiche und Verwaltungsebenen. In den EU-Mitgliedstaaten finden sich seither unzählige entsprechende Projekte sowohl auf nationaler, föderaler, regionaler und kommunaler Ebene.

Verbindliche Vorgabe für alle Politikbereiche in den EU-Mitgliedstaaten

Mit ihrem Buch „Das andere Geschlecht“ verfasste Simone de Beauvoir, Lebensgefährtin Jean-Paul Sartres, im Jahr 1949 das Standardwerk der Frauenbewegung. Ihre Kernthese „Man wird nicht als Frau geboren, man wird es“ gilt heute als Leitspruch der Gender-Bewegung.

Heutzutage kann Judith Butler, Professorin an der kalifornischen Berkeley-Universität, als GM-Vordenkerin gelten. Sie vertritt die Ansicht, die Geschlechtsidentität der meisten Menschen sei eine „Komödie“, welche diese seit frühester Kindheit gezwungen sind aufzuführen. Eine Einteilung der Menschheit in männlich und weiblich lehnt sie kategorisch ab und ist der Überzeugung: „Es gibt keinen Grund für die Annahme, dass es bei zwei Geschlechtsidentitäten bleiben muss.“ Sie folgert daraus, dass die sexuelle Anziehung zwischen den Geschlechtern keinerlei natürliche Grundlage aufweise. Heterosexualität sieht Butler vielmehr als eine „Zwangsmatrix“, ein perfides Repressionssystem, das überwunden werden müsse. Angestrebt wird die Egalität aller sexuellen Lebensformen. Rollenbilder sollen zunächst „aufgeweicht“ und dann gänzlich eliminiert werden. Ziel der Theorie ist nicht die Gleichstellung der Geschlechter, sondern deren komplette Abschaffung.

Auch wenn diese Ideen jedem gesunden Menschenverstand widerstreben, die Absurdität von Butlers Thesen darf kein Anlass sein, sie als „harmlose Spinnerei“ abzutun. Man würde ihre Wirkung damit gründlich unterschätzen. Die Gender-Vorreiterin rechnet mit einer solchen Reaktion. Je nach Situation und handelnden Personen wird deshalb die Gender-Theorie gebremst und verharmlost oder aber auch in ihrer vollen Radikalität umgesetzt. Nur auf diese Weise konnte aus einer akademischen Nischendisziplin ein bürokratisches Großprojekt werden.

Gender Mainstreaming speist sich ideologisch weitestgehend aus dem Marxismus. Marx, aber insbesondere Engels, erklärten mehrfach die Familie zum Feindbild: „Der Mann ist in der Familie der Bourgeois, die Frau repräsentiert das Proletariat“ (Friedrich Engels: „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“, 1884). De Beauvoir, die Ikone des Feminismus, sah in der Mutterschaft nichts als „Sklaverei“ und bezeichnete die Ehe als „die größte Falle“.

Bemerkenswert ist, dass sich an diesem Punkt der marxistische Materialismus mit Interessen der modernen Wirtschaftslobby deckt. Eine Frau, welche nicht von ihrer Familie „abgelenkt“ wird, ist eine willkommene Arbeitskraft und wird erziehenden Müttern vorgezogen. Die Interessen der globalisierten Wirtschaft nach kurzfristigen Profiten haben, aufgrund der Präferenzen für ungebundene und vollkommen flexible Arbeitskräfte, den modernen Feminismus gesellschaftsfähig gemacht.

Wie bei der 68er-Bewegung kapitulieren auch beim Gender Mainstreaming die bürgerlichen Kräfte. Sie sind nicht in der Lage, und offensichtlich auch nicht willens, einen gesellschaftlichen Gegenentwurf zu präsentieren. Etliche Vertreter etablierter Parteien scheinen zudem schlicht nicht zu verstehen, was GM tatsächlich bedeutet. In diesen Kreisen wird meist argumentiert, es handle sich lediglich um einen modernen Begriff der Gleichberechtigung. Doch hier tappen viele Bürgerliche in die Falle der Gender-Theoretiker. Die Gender-Theorie ist in der Mitte von Politik und Gesellschaft angelangt und hat auch den radikalsten Formen des Feminismus zur Aura einer gut etablierten Richtung verholfen.

Wenn auch die Verwirklichung einer dermaßen lebensfeindlichen, kruden Ideologie letztlich nicht gelingen kann, darf zweierlei nicht unbeachtet bleiben: Zum einen haben sich Interessierte in Wissenschaft, Gesellschaft und Politik gefunden, die den Theorien Butlers ernsthaft und unbedingt anhängen und an ihrer Realisierung arbeiten. Zum anderen sind die Auswirkungen der gender-orientierten Politik vor allem in Kindergärten und Schulen ein Anschlag auf die Jüngsten, der schlimme Folgen für den Einzelnen und die Gesellschaft im Gesamten befürchten lässt.

Es ist kein Widerspruch, sich für den gleichberechtigten Rang der Frau einzusetzen und gegen GM zu sprechen. Die noch immer bestehenden Benachteiligungen müssen ausgeglichen werden. Das geringe Lohnniveau der von Frauen dominierten Tätigkeiten, wie die belastenden und verantwortungsvollen Pflege- und Erziehungsberufe, ist nicht zu rechtfertigen. Doch GM hat darauf keine Antwort. Es sei denn, man gibt sich damit zufrieden, dass eine ungerechte Bezahlung, die zur Hälfte auch Männer trifft, kein Ärgernis mehr darstellt. Hinter dem sperrigen Anglizismus steckt etwas anderes als klassische Frauenförderung, die bestehende Ungerechtigkeiten beseitigen will. Gender Mainstreaming will nicht die Lage des Menschen ändern, sondern den Menschen selbst.

Es liegt auf der Hand, dass die verheerende demografische Entwicklung in Europa durch die Adaptierung einer solch lebensfremden Ideologie nur noch beschleunigt wird. Dem muss entschieden entgegengetreten werden. Wir benötigen eine Kehrtwende in der Politik, wenn die Familie und damit unsere Gesellschaft erhalten werden soll.

Barbara Rosenkranz ist FPÖ-Politikerin und Landesrätin von Niederösterreich. Sie kandidierte im vergangenen Jahr für das Präsidentenamt in Österreich.

»Schöne glänzende Gemälde«

Hannover zeigt eine Ausstellung mit Meisterwerken der Landschaftsmalerei von Brueghel bis Corinth

Die Geschichte der Landschaftsmalerei von den Anfängen im Spätmittelalter über den Barock bis zu den Impressionisten dokumentiert eine Ausstellung im Landesmuseum Hannover und gewährt dabei einen Blick in die herausragende Sammlung.

„Es drängt sich alles zur Landschaft“, mit diesen Worten beschrieb der Pommer Philipp Otto Runge (1777–1810) den hohen Stellenwert, den die Landschaftsmalerei im Laufe der Geschichte erreicht hat. Gut vier Jahrzehnte später sang Gottfried Keller in „Der grüne Heinrich“ ein Loblied auf die Landschaftsmalerei: „... in den Städten, in den Häusern der Vornehmen, da hängen schöne glänzende Gemälde, welche meistens stille grüne Wildnisse vorstellen, so reizend und trefflich gemalt, als sähe man in Gottes freie Natur, und die eingeschlossenen, gefangenen Menschen erfrischen ihre Augen an den unschuldigen Bildern und nähren diejenigen reichlich, welche sie zustande bringen.“

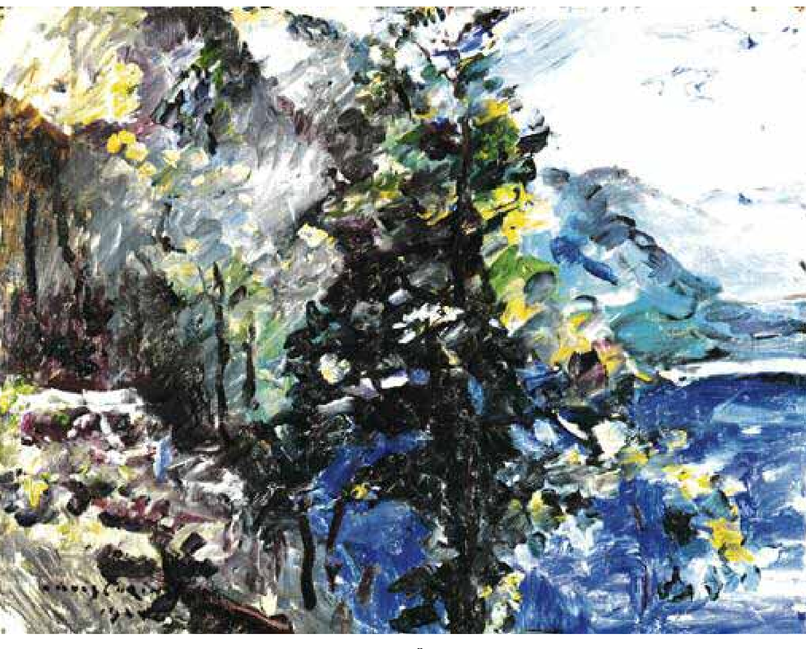
Schätze aus dem Depot und der Schausammlung

Lange Jahre war die Landschaft nur schmückendes Beiwerk in der religiösen und Historienmalerei. Ab dem späten 16. Jahrhundert aber entwickelte sie sich zu einem eigenen Fach. Besonders in der bürgerlichen Schicht war sie gefragt, da sie preisgünstig war.

Der Blick in die Ferne, auf lichtdurchflutete Landschaften fasziniert den Betrachter noch heute. Die Schau in Hannover zeichnet anhand von über 150 Gemälden, Kupferstichen, Zeichnungen und Landkarten die Geschichte der Landschaftsmalerei nach. Zu sehen sind Meisterwerke aus der Sammlung sowie Schätze aus dem Depot und Kupferstichkabinett, aber auch noch nie gezeigte Neuerwerbungen und Leihgaben.

„In neun Ausstellungsbereichen werden Meisterwerke, unter anderem von Hans Cranach, Jan Brueghel dem Älteren, Claude Lorrain, Paul Bril, Jacob van Ruisdael, Caspar David Friedrich, Théodore Rousseau, Auguste Renoir, Max Liebermann, Lovis Corinth, Wilhelm Busch und Otto Modersohn gezeigt“, so die Veranstalter. „Neben der kontextuellen Zusammenstellung sticht vor allem die neue Präsentationsform der Werke, mit farbig passend zum jeweiligen Thema gestalteten Wänden ins Auge.“

In der Abteilung „Die Revolution der Pleinairmalerei – Vom Realismus zum Impressionismus“ ist auch eine Walchensee-Landschaft von Lovis Corinth (1858–1925) zu sehen. Der Maler mit dem ostpreußischen Dickschädel hat es sich nicht nehmen lassen, seine Bilder vom Walchensee unmittelbar vor der Natur zu schaffen, seien es Gemälde oder Kaltnadelradierungen, seien es Aquarelle, ganz gleich welches Wetter herrschte.



Lovis Corinth: Walchensee mit Abhang des Jochberges (Öl, 1924) Bild: Niedersächsisches Landesmuseum Hannover

Das in Hannover gezeigte Bild war einst im Besitz des Staatlichen Museums Schwerin, bis es 1937 während der Aktion „Entartete Kunst“ beschlagnahmt wurde. Heute gehört es zur Sammlung des Niedersächsischen Landesmuseums Hannover. Das Gemälde „Walchensee mit Abhang des Jochberges“ entstand 1924. Im Gegensatz zu den weiten Ausblicken über den See, die der Ostpreuße Corinth in seinen anderen Bildern meisterhaft festhielt, beherrscht hier eine dichte vegetative Fläche den größten Teil der Leinwand. „Bei Bildern wie diesen lässt sich vorzüglich die geniale Synthese von impressionistischen und expressionistischen Formen analysieren“, erläuterte Werner Timm (1927–1999), langjähriger Direktor des Museums Ostdeutsche Galerie Regensburg. „Einerseits die sensible, nuancenreich differenzierte Farbpalette des Impressionismus ... und andererseits die wuchtigen, pastosen Pinselhiebe, expressive Gestik.“

Corinth hatte auch zuvor schon Landschaften mit dem Pinsel festgehalten, doch erst die Begegnung mit dem Walchensee, wo er seit 1918 ein kleines Häuschen in Urfeld besaß, brachte die entscheidende Wende. Die herbe Landschaft zog ihn in seinen Bann. 16-mal hielt er sich dort auf, siebenmal im Sommer, fünfmal im Winter und je zweimal zu Ostern und im Herbst. Er war derart fasziniert von der Landschaft, dass er seiner Frau Charlotte Berend-Corinth, selbst eine namhafte Künstlerin, untersagte, dort zu malen. Er wollte die Motive für sich allein haben. „Voll leidenschaftlicher Hingabe“, so Timm, „vorbehaltlos, wirft Corinth sein innerstes Ich in diese Landschaft, identifiziert sich gefühlsmäßig mit dem großartigen Naturschauspiel der atmosphärischen Erscheinungen, deren wechselnde Stimmungen vom zart Lyrischen bis zum Dramatischen reichen. Wie in der Romantik erfolgt hier eine Projektierung menschlicher Empfindungen und Vorstellungen in Naturerscheinungen. Und es sind wahre Psychogramme, die Corinth wie besessen niederschreibt, wenn er malt, in geheimnisvoller Symbiose der Totalität einer grandiosen Landschaft verbunden.“ *Silke Osman*

Die Ausstellung „Nah und Fern – Landschaftsmalerei von Brueghel bis Corinth im Niedersächsischen Landesmuseum Hannover, Willy-Brandt-Allee 5, ist bis zum 21. August dienstags bis sonntags von 10 bis 17 Uhr, donnerstags bis 19 Uhr zu sehen, Eintritt 4 / 3 Euro.

In Kürze

Romantik und Wirklichkeit

Bunt, wild romantisch oder beides? Was ist der Schwarzwald für die Einheimischen und für die Touristen, die das Gebiet immer wieder gern besuchen? Kuckucksuhr, Bollenhut, Kirschtorte? Das Augustinermuseum in Freiburg widmet sich in einer Sonderausstellung der Geschichte und den Geschichten des Schwarzwalds. Gezeigt wird die umfangreiche Sammlung volkskundlicher Objekte mit einem neuen, frischen und manchmal auch frechen Blick. Die Ausstellung greift Klischees auf, bricht diese und eröffnet eine neue Sicht auf eine Kulturlandschaft, die als Heimat, Reiseziel, Region erfolgreicher Händler und Erfinder, Maler und Poeten international bekannt ist. Kaum eine Landschaft ist heute so fest mit bestimmten Assoziationen verknüpft, wie der Schwarzwald. Wie facettenreich die Kultur der Region tatsächlich ist, zeigt die Ausstellung in sieben Stationen. Wie Glaube und Aberglaube den Alltag bestimmten, die Not erfinderisch machte und sich Wirtschaft und Handel entwickelten, welchen Reiz die Region auf Fremde vom 19. Jahrhundert bis heute ausübt, wie sich die Gesellschaft veränderte, die touristische Erschließung voranschritt und die Umwelt beeinflusste, veranschaulicht ein bunter Reigen originaler Objekte. *PAZ*



Die Ausstellung im Augustinermuseum, Augustinerplatz, Freiburg im Breisgau, ist bis zum 30. Oktober dienstags bis sonntags von 10 bis 17 Uhr zu sehen, Eintritt 6 / 4 Euro, Katalog (Michael Imhof Verlag), 216 Seiten, Klappbroschur, 24,95 Euro

Klägliche Reste gehen auf Tournee

Gerettete Werke aus der Aktion »Entartete Kunst« sollen im Münchner Haus der Kunst an die großen Verluste erinnern

Eigentlich hatte keiner mehr damit gerechnet, sie je wieder zu Gesicht zu bekommen, doch nun gehen sie im nächsten Jahr sogar nach siebeneinhalb Jahrzehnten erneut auf große Tournee durch Deutschland: Im Münchner Haus der Kunst, wo auch 1937 ihre Rundreise startete, beginnt 2012 die Wanderausstellung „75 Jahre Propagandaausstellung ‚Entartete Kunst‘“, bei der sie auch an all jene erinnern, die den Nationalsozialismus und vor allem die Berliner Bombennacht vom 24. Mai 1944 nicht überlebt haben. Insgesamt sind es elf Skulpturen, die man im vergangenen Jahr durch Zufall bei Bauarbeiten für die neue Bahnlinie U5 in der Königstraße 50 fand. Ihre Schöpfer waren zwar nicht die berühmtesten unter den Künstlern, die von den Nationalsozialisten wegen ihrer dem Regime nicht genehmen Kunst diffamiert, mit Berufsverbot belegt und verfolgt wurden – weder ein Werk von Ernst Barlach, Willi Baumeister, Max Beckmann, Otto Dix oder Oskar Kokoschka war unter den Funden –, trotzdem stellen sie eine Sensation dar. Diese war zudem bis vor Kurzem noch mit einem Rätsel verbunden. Das aber wurde schließlich doch noch gelöst, denn natürlich hatte man sich bei den Funden gefragt: Was hatten die Skulpturen überhaupt in der Königstraße 50 zu suchen?

2012 soll eine neue Ausstellung an die Aktion erinnern

Recherchen hatten ergeben, dass das Haus bis 1942 dem vermögenden jüdischen Kaufmann Leopold Gadiel beziehungsweise seiner Tochter Edith gehörte. Der gebürtige Schlesier Gadiel wiederum war eng mit dem jüdischen Breslauer Unternehmer und Kunstliebhaber Max Silberberg befreundet. Zudem hatte der Steuerberater Erhard Oewerdieck in dem Haus seine Kanzlei.

Oewerdieck hat mehreren Juden zur Flucht verholfen und wurde von Israel später deswegen als einer der „Gerechten unter den Völkern“ geehrt. Hatte er auch Werke von als entartete Kunst verfemten Künstlern versteckt oder zusammen mit seinem Vermieter und dessen Freundeskreis an jüdische Kunstinteressenten im Ausland vermittelt?



Emy Roeder: Kopf einer Schwangeren. Unter den Funden in Berlin war auch das Fragment der Terrakottafigur aus dem Jahr 1918. Bild: Archiv

Meike Hoffmann von der Forschungsstelle „Entartete Kunst“ der Freien Universität Berlin musste sich jedoch bei ihren Nachforschungen schnell von jeder Theorie über eine heroische Kunstrettung oder geheime Kunstgeschäfte verabschieden: Über Internet machte sie ein Blogger auf ein bislang unbeachtetes Dokument vom 14. August 1942 im Bundesarchiv aufmerksam. Hierin fragte ein Ausstellungsmacher die Hausverwaltung des Propagandaministers Joseph Goebbels, was er mit den in seinem Bestand verbliebenen Exponaten der Wanderausstellung „Entartete Kunst“ machen sollte.

Goebbels hatte diese 1937 gestartete, mit zwei Millionen Besuchern bestens besuchte und mit 650 konfiszierten Kunstwerken aus 32 deutschen Museen bestückte Wanderausstellung initiiert und entsprechend in Szene gesetzt, um den Deutschen zu zeigen, wie „entartet“ beziehungsweise „krank“ und „behindert“ diese moderne Kunst doch sei. Nun mussten die Exponate der inszenierten „Grusel“-Ausstellung irgendwohin.

Zwei Millionen besuchten die Wanderausstellung

Die Werke von in der internationalen Kunstwelt anerkannten Schöpfern hatten die Nationalsozialisten natürlich längst gegen gutes Geld ins Ausland verkauft, zurück blieben die Produkte eher unbekannterer Künstler und diese wurden laut im Bundesarchiv aufgefundenen Antwortschreiben des Ministeriums im offiziellen Lagerraum in der Königstraße 50 untergebracht.

Da die im Bundesarchiv entdeckte Anfrage des Ausstellungsmachers auch eine Bestandsliste der bei ihm verbliebenen, wenig später nach Berlin gelieferten Exponate enthielt, ist bekannt, welche Werke vermutlich in der Königstraße landeten. Die meisten von ihnen verbrannten jedoch in jener Bombennacht 1944 oder wurden von herunterstürzenden Gebäudetrümmern zerstört.

Und so geht das 2010 bei Bauarbeiten geborgene, inzwischen restaurierte „Stehende Mädchen“ von Otto Baum zusammen mit dem geborgenen Kopfteil der „Schwangeren“ von Emy Roeder im nächsten Jahr erneut auf große Tour durch Deutschland. Sie sind der klägliche Rest von einst 650 Kunstwerken. Doch die Geschichte, die sie verkörpern, ist dafür umso eindrucksvoller. *Rebecca Bellano*

Information: Wer die elf Skulpturen beziehungsweise ihre Überreste schon jetzt sehen will, kann sie im Griechischen Hof des Neuen Museums, Museumsinsel Berlin, besichtigen.

Konservativer Charmeur

Johnny kommt, bitte den großen Aschenbecher auf den Konferenztisch." Es war stets dasselbe Ritual, wenn „Johnny" unsere „Deutschland-Magazin"-Redaktion in Prien am Chiemsee als Freund und Berater besuchte: Die sonst rauchfreien Räume verwandelten sich in eine Räucherhöhle. Denn die ungehemmte Lust am qualmenden Laster verband den Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages Hans „Johnny" Klein mit Altkanzler Helmut Schmidt.

Ansonsten trennte die beiden so ziemlich alles, was Politiker trennen kann: hier der hanseatisch kühle, oft als arrogant empfundene Sozialdemokrat, der Passivrauchen als Naturrecht sieht, da der konservative böhmisch-bayerische Charmeur, der es versteht, nichtrauchenden Mitmenschen das Gefühl zu nehmen, belästigt zu werden.

Geboren wurde Hans Klein vor 80 Jahren, am 11. Juli 1931, im mährischen Schönberg. Als 13-Jähriger erlebte er die Vertreibung aus der Heimat, landete im württembergischen Heidenheim, wo er eine Schriftsetzerlehre und ein Redaktionsvolontariat absolvierte. 1950 ging der Hochbegabte als Stipendiat an die Universität Leicester – so kurz nach Kriegsende alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Von dort brachte er neben fundiertem Wissen in Geschichte und Volkswirtschaftslehre den Beinamen „Johnny" mit.

Bald schon zog es den jungen Journalisten in die Politik. Von 1959 bis 1964 war er als Presseattaché an diversen Botschaften in Nahost und Indonesien tätig. Dann holte ihn Ludwig Erhard als Pressereferenten ins Kanzleramt.

Bewusst pflegte Klein klassisch-konservative Umgangsformen, profilierte sich äußerlich und politisch als Gegenentwurf zu den 68er Tabubrechern. Das kam an: 1968 wurde er zum Pressechef der Münchner Olympischen Spiele berufen – eine Aufgabe, die er mit Bravour bewältigte. Souverän stand er der Weltöffentlichkeit Rede und Antwort, auch als die Heiteren Spiele vom blutigen Terror überschattet wurden.

Nach den Spielen blieb Klein in Bayern, schloss sich der CSU an, kandidierte 1976 erfolgreich für den Bundestag. 1987 berief ihn Kanzler Helmut Kohl zum Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Den Wiedervereinigungsprozess begleitete er als Regierungssprecher im Ministerrang, nach der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 wurde er Bundestagsvizepräsident. Daneben war er stets aktiv in der Sudetendeutschen Landmannschaft. Alten Freunden hielt er die Treue, so auch unserer Redaktion in seiner neuen Heimat im Chiemgau.

Hans „Johnny" Klein Bild: Archiv

Im Spätherbst 1996 – wir wollten gemeinsam die Weihnachtsausgabe vorbereiten – dann der Schock: Herzinfarkt, am 26. November Tod in einer Bonner Klinik. „Johnny" kommt nie mehr, die Republik ist ärmer um einen aufrechten Konservativen.

Hans-Jürgen Mahlitz

Deutschlands erster Linien-Jet

Die VFW-Fokker 614 war vornehmlich für Entwicklungsländer konzipiert – Erstflug vor 40 Jahren

Vor 50 Jahren vereinigten sich die beiden Bremer Flugzeughersteller Focke-Wulf-Flugzeugbau und Weser-Flugzeugbau (Weserflug) zu den Vereinigten Flugtechnischen Werken (VFW). Sie hatten das Ziel, ein Verkehrsflugzeug zu entwickeln, das im Gegensatz zur Baade 152 der DDR auch tatsächlich im Liniendienst eingesetzt wird. Wenigstens dieses Ziel gelang.

Wie nach dem Ersten wurde den Deutschen auch nach dem Zweiten Weltkrieg der Flugzeugbau verboten. Nur langsam fand die in der Zwischenkriegszeit für ihre Flugbegeisterung bekannte Nation in den Kreis der Flugzeugproduzenten zurück. Entsprechend schüchtern waren denn auch die ersten Schritte von VFW auf den Markt für Düsenpassagierflugzeuge. Da die Bremer die direkte Konkurrenz mit den beiden großen US-amerikanischen Passagierflugzeuganbietern Boeing und Douglas scheuten, setzten sie auf ein Nischenprodukt für Entwicklungsländer, das die Vorteile des Düsen- mit denen des Propellerflugzeuges verbindet. So sollte die zweistrahlige Maschine für den Einsatz auf unebenen Pisten ein kurzes, kräftiges Fahrwerk bekommen. Damit die Düsen trotz des sich daraus ergebenden kleineren Abstandes zwischen Piste und Flügeln nicht zu viel Sand oder Steine von der Piste ansaugten, wurden die Triebwerke nicht in die Flügel integriert oder gar darunter angebracht, sondern auf Pylonen über den Tragflächen montiert – was der Maschine ein unverwechselbares Erscheinungsbild verschaffte. Diese charakteristische hohe Triebwerksanordnung verschaffte dem Tiefdecker einige weitere Vorteile. Das Klappensystem wurde durch keine Düse unterbrochen und brauchte daher nicht geteilt zu werden. Im Notfall war bei einem Triebwerksbrand nicht automatisch der entsprechende Flügel betroffen, während andererseits bei einer Notlandung auf Rumpf und Flügeln nicht automatisch die Düsen in Mitleidenschaft gezogen wurden. Schließlich hatte die Triebwerksanordnung den Vorteil, dass die Tragflächen den Lärm der Strahltriebwerke zur Erde hin abschirmten.

Doch auch an anderen Merkmalen erkennt man, dass die Maschine für Entwicklungsländer beziehungsweise primitive Flugplätze konzipiert wurde. So hatte das Flugzeug eine eigene Flugzeugtreppe und eine Hilfsgasturbine für die Stromversorgung. Da die für moderne Düsenflugzeuge typische Schubumkehranlage für die Landung mit viel Wartung und Verschleiß verbunden ist, wurde auf sie verzichtet. Um die Landestrecke mit 1,1 Kilometern dennoch kurz halten zu können, erhielt die Maschine umfangreiche Luftbremsen und Radremsen mit Antiblockiersystem (ABS). Die Startstrecke war mit 1,325 Kilometern nur unwesentlich länger, so dass die Maschine keine hohen Ansprüche an die Größe der angeflogenen Flugplätze stellte.

Um das Flugzeug auch als Lastentransporter einsetzen zu können, war ursprünglich die Möglichkeit geplant, den Flugzeugbug einschließlich des Cockpits abzuklappen. Doch schließlich entschied man sich doch für eine reine Passagiermaschine mit 40 bis 44 Passagiersitzen in Zweierreihen zu beiden Seiten des Ganges. Zu den Passagieren kamen zwei Piloten für das 20,6 Meter lange Flugzeug. Eine verlängerte Version war geplant, wurde aber nicht verwirklicht.

Am 5. April 1971 fand in Bremen der sogenannte Rollout statt, also das Herausrollen des ersten Exemplares aus seiner Fertigungsstätte. Am 14. Juli des Jahres erfolgte dann der Erstflug. Leif Nielsen und Hans Bardill flogen die neue Maschine 32 Minuten.

Ein halbes Jahr später ging der erste Prototyp verloren. Die Maschine stürzte aus einer Höhe von 3000 Metern über dem Flughafen Bremen ab. Der Pilot Nielsen und der Ingenieur Hans Hammer konnten sich mit dem Fallschirm retten, während der Kopilot Bardill das Unglück nicht überlebte. Die Ursache des Absturzes konnte ermittelt werden, entsprechende Konstruktionsänderungen am Höhenleitwerk wurden vorgenommen, und so erhielt die Maschine am 23. August 1974 die Zulassung vom Luftfahrt-Bundesamt. Weitere Zulassungen folgten. Am 28. April 1975 flog die erste Serienmaschine.

Ab dem 175. verkauften Flugzeug rechnete der Hersteller mit Gewinn. Anfänglich schien dieses Ziel erreichbar. Zum Zeitpunkt des Erstfluges lagen bereits 26 Optionen der Münchner Chartergesellschaft Bavaria und der Hamburger Fluggesellschaft General Air vor. Das US-amerikanische Kurier- und Logistikunternehmen FedEx Corporation und die US Coast Guard stellten Großbestellungen in Aussicht.

Trotzdem entpuppte sich das Projekt schließlich als ökonomisches Desaster und Steuergrab. Als Ursache wird neben der Ölkrise von 1973 Fokker genannt. Wegen der fehlenden eigenen Erfahrung im Passagierjetbau hatten die deutschen Flugzeugbauer für das Projekt den niederländischen Flugzeughersteller ins Boot geholt. Aus der VFW 614 wurde die VFW-Fokker 614. Fokker bot allerdings parallel dazu seit 1958 das zweimotorige Propellerflugzeug F-27 mit zwischen 44 und 52 Passagierplätzen und seit 1969 den Kurzstreckenjet F-28 mit 65 Passagierplätzen an. Angesichts dieses eigenen Angebotes stellt sich die Frage, ob die Niederländer überhaupt ein Interesse am Gedeihen ihres gemeinsamen Kindes mit den Deutschen haben konnten.

Jedenfalls gedieh es nicht. Die erhofften Großaufträge aus den USA blieben ebenso aus wie solche aus Osteuropa. Die dänische Cimber Air bestellte zwei Flugzeuge, die französische Touraine Air Transport acht, die ebenfalls in Frankreich beheimatete Air Alsace drei und die Flugbereitschaft der Bundeswehr drei. Ganze 16 Bestellungen, und diese 16 Bestellungen wurden noch nicht einmal abgearbeitet. Statt der georderten acht erhielt Touraine Air Transport nur zwei VFW-Fokker 614. So wurden abgesehen von den drei Prototypen nur zehn Serienmaschinen gefertigt.

Die Bundesregierung, die das Projekt seit 1966 finanziell unterstützt hatte, verlor das Interesse und förderte statt des deutsch-niederländischen Projekts VFW-Fokker 614 lieber das ambitioniertere deutsch-französisch-britische Airbus-Projekt, das statt zu einem einzelnen Produkt gleich zu einer ganzen Produktpalette führte, welche nun auch die Konkurrenz mit den US-amerikanischen Marktführern nicht mehr scheute. Am 31. Dezember 1977 wurde das Projekt VFW-Fokker 614 nach 13 fertiggestellten Maschinen eingestellt.

Manuel Ruoff



VFW-Fokker 614 der Flugbereitschaft des Bundesverteidigungsministeriums: Der Typ hat 20,6 Meter Länge, 7,84 Meter Breite, 21,5 Meter Spannweite, 64 Quadratmeter Flügelfläche, 2,66 Meter Kabinenbreite, 1,92 Meter Kabinenhöhe, 12,18 Tonnen Leergewicht, 19,95 Tonnen Startgewicht, 720 Stundenkilometer Reisegeschwindigkeit, 7600 Meter Dienstgipfelhöhe und 160 Stundenkilometer Landegeschwindigkeit.

Foto: Archiv

Die »Frau mit Pfiff« würde jetzt 90 Jahre alt

Am 11. Juli 1921 kam der musikalische Ufa-Star Ilse Werner im heutigen Djakarta zur Welt

Eine Frau mit Pfiff" – so lautete der Titel ihrer musikalischen Fernsehshow aus dem Jahre 1967 und als solche ist Ilse Werner auch in die deutsche Film- und Musikgeschichte eingegangen. Als Pfeiftalent und Sängerin trat Werner erstmals in „Das Wunschkonzert" hervor. Dieser bis dahin größte deutsche Kinoerfolg machte sie auch als Musikerin bekannt; als Schauspielerin war sie es schon vorher gewesen. Ebenso wie Zarah Leander vereinigte sich auch in Ilse Werner schauspielerisches mit musikalischem Talent. Beide erlebten im Dritten Reich den Höhepunkt ihrer Karriere, beide wurden dafür nach dem Zweiten Weltkrieg mit einem Karriereknick abgestraft, und beide sind weder in Deutschland zur Welt gekommen noch waren sie Staatsangehörige des Deutschen Reiches.

Ilse Werners Mutter Lilli Still war zwar Deutsche, aber ihr Vater O. E. Still Niederländer. In Niederländisch-Indien, in dessen Metropole Batavia, kam Ilse als Ilse Charlotte Still zur Welt. Nach dem Verlust ihrer Plantage zog die einst wohlhabende Familie 1931 in die Heimatstadt von Ilses Mutter, Frankfurt am Main. Drei Jahre später wurde der Vater nach Wien versetzt. Der Umzug der Familie in die österreichische Hauptstadt ermöglichte es Ilse, nach dem Abschluss der Schule eine Schauspielausbildung am Max-Reinhard-Seminar zu absolvieren. Dort wird aus Ilse Charlotte Still die Schauspielerin Ilse Werner.

1937 debütiert sie am Wiener Theater an der Josefstadt und ist ein Jahr später in dem Film „Die unruhigen Mädchen" an der Seite von Theo Lingen und Hans Moser erstmals im Kino zu sehen. Die deutsche Universum-Film AG (Ufa) wird auf sie aufmerksam, nimmt sie unter Vertrag, holt sie nach Berlin und baut sie zum Star auf. In „Bel Ami" aus dem Jahre 1939, einem der wenigen deutschen Filme der NS-Zeit, der auch international Anerkennung fand, spielt sie bereits an der Seite von Willi Forst dessen große Liebe Suzanne, aber dort ist es mit Lizzi Waldmüller noch eine andere, die das Titellied singt.

Nach „Das Wunschkonzert" von 1940 und „Die schwedische Nachtigall" vom Folgejahr, in der Werner die Titelrolle der von Hans Christian Andersen angehimmelten Sängerin Jenny Lind spielte, trug sie mit „Wir machen Musik" in dem gleichnamigen Kinoerfolg aus dem Jahre 1942 ihr bekanntestes Lied vor. Es folgten 1942 und 1943/44 Hauptrollen an der Seite von Hans Albers in den aufwändigen Kostümschinken „Münchhausen" und „Große Freiheit Nr. 7".



Ilse Werner Bild: Archiv

Obwohl letztgenannter Film wegen seiner Melancholie und seines deprimierenden Endes unter die NS-Zensur fiel, erteilten die Sieger Ilse Werner nach dem Krieg Berufsverbot. Dieses war zwar befristet, doch konnte sie anschließend nicht wirklich wieder an ihre früheren Filmerfolge anschließen.

1948 heiratete sie den amerikanischen Journalisten John de Forest und folgte ihm in dessen Heimatland, wo sie in Los Angelos lebten. Die Ehe blieb kinderlos und wurde 1953 geschieden. Werner kehrte nach Deutschland zurück, heiratete 1954 den Orchesterchef des Bayerischen Rundfunks, Josef Niessen, und nahm im folgenden Jahr die deutsche Staatsbürgerschaft an. 1960 gelang es ihr, mit dem Schlager „Baciare" an ihre musikalischen Erfolge aus der NS-Zeit anzuknüpfen. Erfolgserlebnisse waren Werner auch auf der Theaterbühne, im Radio und im Fernsehen vergönnt. Ihr langgehegter Wunsch, wie einst auf der Leinwand nun auf der Bühne schauspielerische und musikalische Tätigkeit miteinander verbinden zu können, ging 1970 in Erfüllung. Damals übernahm sie die weibliche Hauptrolle in der deutschen Bühnenfassung des Musicals „Der König und ich".

1981 veröffentlichte Werner ihre Autobiographie „So wird's nie wieder sein. Ein Leben mit Pfiff". Es ist bereits ihre zweite, denn auf dem Höhepunkt ihrer Kinoerfolge hatte sie bereits im zarten Alter von 20 Jahren „Ich über mich" veröffentlicht.

Dem Vernehmen nach verarmt verstarb Ilse Werner am 8. August 2005 in einem Lübecker Pflegeheim an den Folgen einer Lungenentzündung. Entsprechend seinem Wunsch wurde der einstige Ufa-Star in Potsdam-Babelsberg beigesetzt.

M. R.

»Der einzige Kompass ist das Pflichtgefühl«

Der »Regenmeister« Rudolf Caracciola gilt als der erfolgreichste deutsche Automobilrennfahrer der Zwischenkriegszeit

Vor 80 Jahren, am 19. Juli 1931, gewann Rudolf Caracciola den Großen Preis von Deutschland. Es war bereits das dritte Mal, drei weitere sollten folgen. Mit dem Gewinn der Europameisterschaft 1935, 1937 und 1938 festigte der Preuße seinen Ruf als erfolgreichster Rennfahrer der Epoche.

Dass der erfolgreichste deutsche Rennfahrer der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gerade Caracciola mit Familiennamen heißt, mag manchen irritieren. Die Erklärung lautet, dass die Familie in der Tat einst in Neapel zuhause war, aber bereits schon seit Jahrhunderten im Rheinland lebte, als Rudolf am 30. Januar 1901 in Remagen zur Welt kam. Seine Eltern besaßen dort ein Hotel und der Junge wuchs in Wohlstand auf. Wie seine Eltern war auch er motorsportbegeistert. Bereits 1915 verließ er die Schule, um Rennfahrer zu werden. Im Alter von 15 Jahren machte er mit einer Sondererlaubnis den Führerschein. Er fing mit Motorradrennen an, wechselte aber bei der ersten sich bietenden Gelegenheit zum Automobilrennsport.

1922 begann er ein Volontariat bei Fafnir, einem in Aachen sitzenden Automobilhersteller. Noch im selben Jahr gewann er das Rennen „Rund um Köln“, worauf ihn Fafnir als Werksfahrer zum Avus-Rennen nach Berlin schickte, wo er den Klassensieg errang und den 4. Platz in der Gesamtwertung. Beim Opelbahn-Rennen in Rüsselsheim siegte er ebenfalls. Nach einem Gerangel mit einem belgischen Besatzungsoffizier verließ Caracciola die westdeutsche Heimat und ging als Fafnir-Vertreter ins unbesetzte Dresden. 1923 gewann er auf einem Ego der Mercur Flugzeugbau GmbH mit Sitz in Berlin das Berliner ADAC-Rennen.

1924 wechselt er zu Mercedes, mit dessen Produkten er fast alle großen Erfolge seiner beispiellosen Karriere gewinnen sollte – 1925 gleich achtmal. Als 1926 das erste Mal der Große Preis von Deutschland für Automobile ausgetragen wurde, verließ Caracciola als Sieger den Wettkampf. Hier profilierte sich Caracciola das erste Mal als „Regenmeister“, der mit widrigen Wetterverhältnissen besser zurechtkommt als die Konkurrenz.

Als 1927 der Nürburgring eingeweiht wurde, wurde diese „bärig schwere Strecke“, wie er sie nnnte, sozusagen zu Caracciolas Wohnzimmer, um mit Boris Becker zu sprechen. Bereits im Jahr der Einweihung war Caracciola auf dieser Ringstrecke mit einem neuen Rennsport-Tourenwagen von Mercedes erfolgreich. Konkurrenzlos schnell nahm er die „Karussell“ genannte Linkskehre. Sie wurde deshalb ihm zu Ehren anlässlich seines 100. Geburtstages in „Caracciola-Karussell“ umbenannt.

1928 wurde er abermals Sieger des Großen Preises von Deutschland, 1930 des Großen Preises von Irland. Wie 1930 gewann er auch 1931 die Berg-Europameisterschaft für Sportwagen. Noch sensationeller ist, dass es ihm in jenem Jahr gelang, als erster Nichtitaliener die Mille Miglia zu gewinnen.

Sein Rekord von 1938 ist bis heute ungebrochen

Dieser Sieg ist umso bemerkenswerter, als auf ihm bereits die Schatten der Weltwirtschaftskrise lagen. Nachdem Mercedes sein Engagement im Rennsport vorher schon eingeschränkt hatte, stellte es dieses schließlich gänzlich ein.

Nolens volens wechselt Caracciola zu Alfa Romeo. Auch mit dessen Produkten ist er siegreich. Wieder gewinnt er den Großen Preis von Deutschland und wird Berg-Europameister.

1933 wird für den erfolgverwöhnten Caracciola ein schweres Jahr. Seine Frau Charlotte, mit der er seit 1927 verheiratet ist, kommt während eines Skiurlaubs bei einem Lawinenunglück ums Leben und er selber erleidet einen schweren Unfall. Beim Training zum Großen Preis von Monaco blockiert ein Vorderrad und sein Alfa Romeo P 3 rutscht in eine Steintreppe. Anschließend kann er zwar noch aus eigener Kraft aussteigen, bricht dann aber zusammen. Beim rechten Bein sind der Oberschenkelknochen und die Gelenkkugel zertrümmert. Die Folge ist, dass Caracciola fortan mit einem um fünf Zentimeter verkürzten rechten Bein und Schmerzen leben muss.

Von der ebenfalls 1933 stattfindenden „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten profitierte der Rennfahrer insoweit, als Adolf Hitler sowohl an Autos als auch an internationalem Prestige interessiert war und deshalb das Engagement der deutschen Autohersteller im Rennsport stark subventionierte. Als 1934 wie bei der Auto Union auch bei Mercedes die Ära der „Silberpfeile“ begann, war Caracciola vorne mit dabei. Legendär ist bereits im ersten Jahr der Sieg beim Großen Preis von Italien. Caracciola leidet noch Höllenschmerzen vom schweren Unfall im vorausgegangenen Jahr, übergibt das Steuer jedoch erst seinem Teamkollegen Luigi Fagioli, als der von ihm herausgefahrene Vorsprung groß genug ist für den Sieg. Caracciolas Kampfgeist wird auch sehr schön in seiner Schilderung seines ersten Sieges bei einem Großen Preis deutlich, wo es heißt: „Wir fahren, fahren, fahren. Ich weiß nicht, an welcher Stelle wir im Felde liegen, wer vor uns ist und wer hinter uns. Es ist eine Fahrt im Nebel, allein, ohne Orientierung. Der einzige Kompass ist das Pflichtgefühl.“

1935 gewann Caracciola dann in Frankreich, Belgien, Spanien und der Schweiz die Großen Preise, ohne dass andere für ihn das Rennen hätten beenden müssen. In jenem Jahr wurde der Deutsche auch erstmals Europameister, ein Erfolg, den er zwar nicht 1936, aber dann 1937 und 1938 noch einmal hat wiederholen können.



Rudolf Carraciola (links) mit Malcolm Campbell: Wie sein britischer Sportskamerad war auch der deutsche Rennfahrer mit Erfolg auf Geschwindigkeitsrekordjagd. Bild: Fox Photos/Getty Images

1938 stellte Caracciola dann einen Geschwindigkeitsrekord auf, der bis heute Gültigkeit hat. Am 28. Januar jenes Jahres fuhr er mit seinem „Silberpfeil“ auf einem abgesperrten Teilstück der Autobahn Frankfurt–Darmstadt 432,7 Stundenkilometer schnell. Das ist bis zum heutigen Tag die höchste auf einer öffentlichen Straße erzielte Geschwindigkeit.

1939 gewann Caracciola noch ein letztes Mal den Großen Preis von Deutschland, dann unterbrach, um nicht zu sagen: beendete, der Zweite Weltkrieg diese große Sportlerkarriere. Den Zweiten Weltkrieg verlebt Caracciola zur sportlichen Untätigkeit verdammt in der Schweiz, wo er bereits seit 1933 ein Anwesen besaß.

Nach dem Krieg nahm Caracciola die Schweizer Staatsbürgerschaft an und verließ das kriegszerstörte Europa, das vorerst anderes im Kopf hatte als Sport, Richtung USA. Dort stellte ihm der Amerikaner Joe Thorne einen Rennwagen zur Verfügung. Doch schon bei der Qualifikation für das 500-Meilen-Rennen von Indianapolis flog dem Deutschen ein Vogel gegen den Kopf und verletzte ihn schwer.

Als auch in Europa wieder Autorennen gefahren wurden, kehrte Caracciola zu seiner Hausmarke nach Deutschland zurück. 1952 begann Mercedes eine zweite Ära der „Silberpfeile“. Bereits im ersten Jahr kam Caracciola jedoch mit seinem 300 SL beim Großen Preis der Schweiz von der Fahrbahn ab und kollidierte mit einem Baum. Ein dreifacher Bruch des linken Unterschenkels war die Folge und beendete seine Sportlerkarriere vollends.

Als Botschafter guter deutscher Wertarbeit mit internationalem Ruf übernahm Caracciola dann noch den Verkauf von Daimler-Benz-Produkten an in Kontinentaleuropa stationierte solvente Amerikaner und Engländer. Am 29. September 1959 starb Rudolf Caracciola in Kassel an einem Leberversagen. *Manuel Ruoff*

Eine DDR im Kleinen

»Hinter der Mauer«: Ausstellung über den Potsdamer Ortsteil Klein-Glienicke im Berliner Schloss Glienicke

Berlin begeht den kommenden 50. Jahrestag des Mauerbaus am 13. August mit einer Vielzahl von Veranstaltungen. Unweit der Glienicker Brücke gelegen, die als Austauschort für Spione im Kalten Krieg weltberühmt wurde, ist im Schloss Glienicke eine Ausstellung zu sehen, die den zu DDR-Zeiten vollständig eingemauerten Potsdamer Ortsteil Klein-Glienicke zum Gegenstand hat. Hier, an der Stadtgrenze zu Berlin, war die alptraumhafte Realität der deutschen Teilung besonders schmerzhaft und brutal durchexerziert. Heute längst wieder zusammengewachsen, durchschnitt der Todesstreifen das Preußische Arkadien, die einzigartige Garten- und Kulturlandschaft, die seit 1990 zum Unesco-Welterbe gehört.

Die einst arme Büdnersiedlung am Fuße des Böttcherberges fand das Gefallen des preußischen Prinzen Carl, der hier seiner romantischen Passion für die Schweiz Ausdruck geben konnte. Der Bruder der Könige Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm I. ließ in den 60er-Jahren des 19. Jahrhunderts zehn Häuser im Schweizer Stil errichten und versah den Hügel mit einer künstlichen Felsenschlucht.

Nach der Jahrhundertwende verlor das Schweizerdorf seinen pittoresk-alpenländischen Kunstcharakter durch den Zuzug wohlhabender Berliner, die das hübsch gelegene Klein-Glienicke als Sommerfrische entdeckten. Mit dem Durchstich der Glienikker Lake zum Griebnitzsee und der Aufnahme einer Schiffsverbindung als Teil des Teltowkanalbaus 1906 erfuhr der Ort zwischen den Schlössern Babelsberg, Jagdschloss und Glienicke als Ausflugsziel einen Aufschwung. Im „Bürgershof“ spielte sommers jeden Mittwoch und Sonntag die Kapelle des preußischen Infanterie-Regiments Nr. 9 zum Tanz auf. Zur Kaiserzeit und in den 20er- und 30er-Jahren galt die Biergartenwirtschaft als „größtes Etablissement der Umgegend Potsdam“.



Die engste Stelle der DDR: Passage der Wannseestraße in Klein-Glienicke, zirka 1986 Bild: P. Thomsen

Die NS-Zeit zog mit einer Bluttat in die 500-Einwohner-Siedlung ein: Während der als „Röhm-Putsch“ verschleierten politischen Säuberungswelle am 30. Juni 1934 wurde hier der letzte Reichskanzler vor Adolf Hitler, General Kurt von Schleicher, zusammen mit seiner Ehefrau in ihrer Villa am Griebnitzsee ermordet. Nach dem Krieg und der Spaltung Deutschlands hofften die Einwohner, dass Klein-Glienicke aus der Sowjetischen Besatzungszone entlassen und dem Amerikanischen Sektor Berlins zugeschlagen würde – ein klarer Grenzverlauf entlang des Teltowkanals hätte sich eingestellt. Doch mit Gründung der DDR 1949 wurde der zu drei Seiten von West-Berlin umgebene Ort Teil des „Arbeiter- und Bauernstaates“. Der Bau der Mauer am 13. August 1961 machte aus der einst mondänen Sommerfrische eine „Sondersicherheitszone“ der DDR-Grenztruppen, die nur noch mit Sondergenehmigung betreten werden durfte. Jeder Bewohner, jeder Besucher konnte ein potenzieller „Republikflüchtling“ sein.

Glienicke war das Sommerschloss eines Preußenprinzen

Die verheerenden Konsequenzen für das Ortsbild und die Bevölkerung dieser „DDR im Kleinen“ sind Kernthemen der Ausstellung. Ausstellungskurator Jens Arndt, der selbst seit zwölf Jahren an Ort und Stelle lebt und unzählige Gespräche mit Anwohnern führte, setzt ganz auf Veranschaulichung und „Oral History“: Großfotos und Original-Exponate wie ein Modell der Grenzanlagen rufen die bleigrauen Mauerjahre in Erinnerung, Bewohner schildern an Hör-Stationen ihr eingeengtes Leben unter den Augen der Stasi, ehemals geheime Dokumente von DDR-Organen geben Einblick in die rigorose Gängelung im „Grenzabschnitt Klein-Glienicke“. Der Besucher erfährt von Fluchten, Mauertoten, rücksichtslosem Häuserabriss und der Geschichte des evangelischen Pfarrers Strauss, der allen Schikanen durch das Grenzregime zum Trotz auf abenteuerliche Weise seine drei Havelgemeinden betreute.

Gegenüber der *PAZ* verriet Arndt seine Sorge hinsichtlich des weiteren Verbleibs der Ausstellung über deren offizielles Ende hinaus. Ein festes Domizil im Jagdschloss Glienicke wäre ihr zu wünschen. *CR*

Die Ausstellung „Hinter der Mauer“ ist noch bis zum 3. Oktober in der Orangerie des Schlosses Glienicke, Königstraße 36, 14109 Berlin, dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr zu sehen, Eintritt 8/5 Euro.

Wie geschildert

Zu: „Preußens verkannter Monarch“ (Nr. 23)

Danke für die gute Darstellung des letzten deutschen Kaisers und Königs von Preußen durch Herrn Jan Heitmann. In dieser erkenne ich Kaiser Wilhelm II. so wieder, wie er mir von Großeltern und Eltern geschildert wurde, die noch die Kaiserzeit erlebten, die Großeltern sogar noch deren Beginn. Alle waren „Preußen“ und sind daher mit der Geschichte seines Herrschers wohl vertraut.

Eve-Maria Ludwig, Hamburg

Merkel verrät deutsche Arbeitnehmer – Ein Machtmensch ohne Mutterinstinkt

Zu: „Grüne Volten“ (Nr. 25)

Man sagt: „Politik verdirbt den Charakter.“ Dieses Pauschalurteil ist sicher nicht richtig. Charakterliche Anlagen sind weitgehend genetisch geprägt und weniger durch äußere Umstände wandelbar. Sie werden aber unter äußeren Umständen erkennbar. Welche Charaktereigenschaften zeigt die Kanzlerin Merkel? Sie begann ihre politische Laufbahn als FDJ-Agitatorin gegen den Kapitalismus und passte ihre politische Werteorientierung an die sich ändernden Machtverhältnisse an. Heute wirkt sie als „Handlangerin des Großkapitals“. Beispiele hierfür: Merkel beteiligte sich maßgeblich daran, in Deutschland die Voraussetzungen für die Globalisierung zu schaffen, also für den freien Waren- und Kapitalverkehr, die globale Verlagerung von Arbeitsplätzen und den grenzüberschreitenden Einsatz von Arbeitskräften, der sogenannten Human Ressource. Deregulierung, Privatisierung von Gemeineigentum und Flexibilisierung des Einsatzes von Arbeitskräften sind die Schlagworte ihrer neuen politischen Ausrichtung und Werteorientierung.

Merkels jüngste Maßnahme zu Gunsten des Großkapitals und gegen die Interessen deutscher Arbeitnehmer war die Aufhebung der Vorrangprüfung. Das Vorrecht deutscher Arbeitnehmer auf einen Arbeitsplatz in Deutschland gegenüber ausländischen wurde aufgehoben. Mit der Aufhebung der Vorrangprüfung wurde das deutsche Volk unter der Kanzlerin Merkel endgültig als Solidargemeinschaft aufgelöst. Sie hat offensichtlich kein Problem mit ihrer im Widerspruch zu ihrem Amtseid und dem Grundgesetz stehenden Politik. Sie schwor, ihre Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen und das Grundgesetz wahren und verteidigen zu wollen. Sie tut das Gegenteil. Mit der Auflösung des deutschen Volkes als Solidargemeinschaft überrumpelte die Kanzlerin mit der CDU und allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien das deutsche Volk. In keinem Parteiprogramm wurde diese gravierende gesellschaftliche Änderung dem Wähler als politische Zielsetzung bekannt gegeben.

Welches Urteil lässt die Politik über den Charakter der Mehrheit der im Bundestag vertretenen Politiker zu? Es ist negativ. Insbesondere ist es negativ hinsichtlich der mit Richtlinienkompetenz ausgestatteten Kanzlerin Merkel. Die „Mutti der Nation“, wie sie auch liebevoll von getäuschten Bürgern genannt wird, ist ein Machtmensch mit unterentwickelten mütterlichen Eigenschaften. Ihr Streben nach Macht und Machterhalt ist rücksichtslos, ignoriert die Bedürfnisse der Menschen, deren Interessen sie vertreten sollte. Die Politik hat nicht ihren Charakter verdorben, sondern sie hat mit ihrem Charakter die Politik verdorben.

Dieter Bliesener, Hamburg

Deutsche Tage tilgen?

Zu: 17. Juni

Der 17. Juni war ein Gedenk- und Feiertag. Leider wurde er abgeschafft. Den mir bekannten Kalendern, außer dem der *Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ)*, ist er unbekannt. Eine klare Begründung fehlt bis heute.

Dieser Tag wies auf einen großartigen Teil der neueren deutschen Geschichte hin: den Volksaufstand in der zur DDR aufgestiegenen SBZ am 17. Juni 1953.

Es gibt andere Gedenktage, die offiziell fehlen. Oder wollen politische Kreise gerade deutsche Gedenktage aus deutschem Gedächtnis tilgen? Wie kann Deutschland existieren ohne an seine gesamte Geschichte zu denken?

Dr. M. Wriede, Hamburg

Das deutsche Volk überrumpelt: Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) Bild: M. Meissner/dapd

Jede Medaille hat zwei Seiten

Zu: „Stolpe hätte gehen müssen“ (Nr. 25)

So mancher DDR-Bürger, der in leitender Position war, hat sich nicht offen als Gegner des Regimes bekennen können und sich durchlavieren müssen. Ich bin nicht der Ansicht, dass Stolpe nach der Wiedervereinigung hätte gehen müssen. Für einen Kirchenmann, der für seinen Laden etwas erreichen wollte, keine beneidenswerte Situation, einerseits der Kirche zu dienen, andererseits mit dem SED-Apparat klarzukommen.

Der Grund, warum ich hier eine Lanze für Ministerpräsident a. D. Stolpe breche, sind meine persönlichen Erlebnisse. Eine Cousine meiner Frau hatte in der DDR einen evangelischen Pastor geheiratet und hat mehrere Kinder mit ihm aufgezogen. Eine Tochter, der von der SED jede Möglichkeit einer besseren Bildung und Schule verwehrt wurde, war total verzweifelt, drohte sich das Leben zu nehmen. Die Eltern wandten sich hilfesuchend an Stolpe. Er konnte tatsächlich helfen, er hatte eben die Beziehungen, die dafür nötig waren. Die verzweifelte Tochter durfte ausreisen.

Noch ein anderer Verwandter von mir, der während der DDR-Zeit evangelischer Pastor war, bestätigte mir, dass man sich an Stolpe wenden konnte, wenn man in Bedrängnis war. Ich habe seinerzeit, als die erste Kampagne gegen Ministerpräsident Stolpe vom Stapel gelassen wurde, ihm einen Brief geschrieben – in meiner Unwissenheit nach Brandenburg, aber der Brief kam an und die Antwort kam aus Potsdam. Mein Fazit: Jede Medaille hat zwei Seiten.

Dr. Hans Ulrich v. Sperling, Neuss

Befreit – von Hab und Gut

Zu: „Unfähig zu trauern“ (Nr. 24)

Ich bin in Berlin-Zehlendorf aufgewachsen und habe den Bombenkrieg, den Russeneinmarsch, die Besatzungszeit und die Luftbrücke miterlebt. Das Gräberfeld der Kriegstoten auf dem Onkel-Tom-Friedhof erschüttert mich immer wieder. Dort liegt auch der Bruder einer Klassenkameradin, der als 15-jähriger Flakhelfer ums Leben kam, sowie eine befreundete Familie – Vater, Mutter und zwei Kleinkinder –, die sich aus Angst vor den Russen das Leben nahm. Nach Kriegsende sah man an den Straßenrändern und in Parks viele provisorische Gräber.

Im Juli 1945 lösten die Amerikaner die russischen Besatzer ab und wir atmeten auf. Wenige Tage später mussten wir binnen Stunden unser Wohnhaus verlassen, um Platz für amerikanische Offiziere und Mannschaften zu schaffen. Ganze Straßenzüge wurden abgeriegelt und bewacht. In der von Ausgebombten und Flüchtlingen überfüllten Stadt fand unsere fünfköpfige Familie nur mühsam in drei verschiedenen Häusern ein Unterkommen.

Nach drei Jahren, im Juni 1948, durften wir zurückkehren und fanden – dank der Obhut durch meine zeitweise als „housekeeper“ arbeitende Schwester – das Mobiliar nur gering beschädigt und dezimiert vor. Die Häuser in den angrenzenden Straßen waren zum Teil total vom Inventar „befreit“.

Waltraud v. Schaewen-Scheffler, Kassel

Man wird die Chance wohl nicht nutzen

Zu: „Wohin soll Eupen?“ (Nr. 22)

Sicherlich war die Zusammenführung der beiden deutschen Teilstaaten 1990, nach über vierzig Jahren der Teilung, ein Glücksfall in der Geschichte der Deutschen. Ähnlich glücklich darf man als deutscher Patriot sein, dass es bereits 1957 gelang, das Saarland wieder fest an die Bundesrepublik Deutschland anzuschließen. Und selbst der britische Sprengungsversuch 1951, um Helgoland zu zerstören, welcher missglückte, so daß die Insel wieder in die deutsche Staatshoheit eingegliedert werden konnte, stellt so etwas wie ein nationales *happy end* dar. Alle drei Ereignisse haben bestehendes Unrecht in einiger Hinsicht wieder gutgemacht.

Vielleicht ergibt sich mittelfristig nunmehr ein weiterer Glücksfall für die Deutschen. Nämlich wenn sich die Möglichkeit eines Anschlusses der deutschsprachigen Gemeinden und Kreise Eupen, Malmedy und Sankt Vith an das deutsche Staatsgebiet ergäbe. Es steht jedoch zu befürchten, dass im Falle einer solchen etwaigen Möglichkeit die deutsche Politik nicht alle Kräfte des Landes bündeln würde, um eine solche – vielleicht nie wiederkehrende – Gelegenheit tatkräftig, energisch und mit außenpolitischem Selbstbewusstsein zu verwenden.

Ich erwarte vielmehr im Hinblick auf die beklagenswerten politischen Gegebenheiten dieses Landes eher das folgende Szenario: Danach würden deutsche Politiker vermutlich zunächst – natürlich mit Blick auf die erste Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts – im deutschen Namen begangene Schuld und Schande immerwährend wiederholend in unerträglicher Manier bis zu den Osterinseln hin skandieren, um letztlich jedes, aber auch wirklich jedes außenpolitische Interesse am Anschluss des Gebietes Eupen/Malmedy an Deutschland entrüstet von der Hand zu weisen. Gleichzeitig würde die historisch ahnungslose Weltöffentlichkeit darüber aufgeklärt, daß Eupen und Malmedy irgendwie eigentlich schon immer belgisch oder luxemburgisch waren und somit allein deswegen ein sonstwie gearteter Anspruch der Luxemburger auf dieses Gebiet besteht.

Um diesen Prozess dann schließlich voran und zu einem „guten Ende“ zu bringen und der besorgten Weltöffentlichkeit die eigene Selbstlosigkeit und Redlichkeit zu beweisen, nämlich dass Deutschland keinesfalls auch nur gedenkt, deutsche Interessen zu verfolgen, würde man anbieten, selbstverständlich alle mit einem Anschluss an Luxemburg verbundenen Kosten aus der Kasse des ohnehin völlig überforderten deutschen Steuerzahlers zu begleichen!

Eine wahrhaft gruselige Vorstellung! Vermutlich jedoch kommt sie der Realität recht nahe. Und somit steht eine seltene geschichtliche Chance für dieses Land vermutlich weder jetzt noch künftig auf der deutschen Tagesordnung.

Matthias Reinhold, Hamburg

Welche Alternative

Zu: „Der Krieg zweier Angreifer“ (Nr. 24)

Dank für den Artikel über das „Unternehmen Barbarossa“, insbesondere über den ausschlaggebenden Molotow-Besuch im November 1940 in Berlin, der sonst gern unerwähnt bleibt. Die Frage dürfte demnach nicht lauten: Präventivkrieg oder Überfall auf die friedliebende Sowjetunion (die gerade außer Polen noch fünf weitere Länder angegriffen hatte), sondern welche Alternative es gab. Sollte man tatsächlich, wie von Molotow gefordert, Osteuropa, Finnland, den ganzen Balkan von Ungarn bis Griechenland, die Dardanellen und den Skagerrak Stalin kampflos in den Rachen werfen? Ein alter zaristischer Traum.

Die Unannehmbarkeit dieser Forderungen lässt den Schluss zu, dass Stalin den Krieg wollte, als Auftakt zur ideologisch vorgeschriebenen Weltrevolution. Stalins Verbündete sehen dabei leider gar nicht so gut aus.

Felix Schecke, Hannover

Uns wurde die Identität zerstört – Ohne Wahrheit keine Versöhnung

Zu: „Auch deutsche Vertreibung richtig bewerten“ (Nr. 25)

Rudi Pawelka von der Landsmannschaft Schlesien hat ja so Recht, aber – und da haben sich viele Aber aufgehäuft. Seit dem Ersten Weltkrieg liegen die alliierten Ketten um Deutschland. Der Zweite Weltkrieg hat die Ketten fester angezogen und sie lassen sich so schnell nicht lösen.

„Deutschland hat am 1. September 1939 gegen Polen den Krieg begonnen und hat ihn verloren“, das wurde uns in der Schule beigebracht – mehr nicht. Wenn wir uns heute jedoch die Mühe machen und selbst in die Tiefe der europäischen Geschichte seit dem Mittelalter (den Deutschen Orden nicht zu vergessen) gehen, dann öffnen sich unsere Augen vor lauter Staunen und Erschrekken. Hoppla, das war ja doch ein bisschen anders. Jeder sollte sich die Mühe machen und Schritt für Schritt zurück in die Geschichte laufen und seine Gedanken fest im Griff haben.

Lesen sollte man vorher uralte Literatur – nicht aus der Nazizeit. Erstens ist die Schilderung etwas anders als heute und die deutsche Sprache ist – wenn auch älter – sehr schön.

Im nächsten Jahr wird der 300. Geburtstag von Friedrich II. in Potsdam feierlich gewürdigt. Er war ein Universalgenie und steht für mich gleich hinter Goethe und all den anderen deutschen Denkern. Sehr aufschlussreich ist das Buch seiner Briefe an die Herrscher in Europa und an seine Verwandten.

Man muss sich heute doch einmal vor Augen halten, damals hatte man kein Telefon, keine elektronische Post. Die Briefe wurden alle mit Pferd und Reiter schnellstens dem Empfänger persönlich hingebracht. Die Straßen waren auch andere als heute. Man kann sich das heute kaum mehr vorstellen, aber es funktionierte und die Briefe wurden beantwortet. Man muss heute Glück haben, auf eine E-mail eine Antwort zu erhalten.

Der alte Fritz hatte schon ein Demokratieverständnis, wie es sich heute mancher Politiker in der ganzen Welt wünschen würde. Schon allein sein Ausspruch, der erste Diener seines Staates zu sein, spricht für sich. Wie oft erwähnte er, dass er die Kriege satt habe und war in Vorfreude auf Friedenszeiten, sich dem Schönen und Edlen im Leben widmen zu können, obwohl er ein sehr guter Kriegsherr war – und alle Länder, die er an der Spitze seines Heeres erfochten hatte, blühten sehr bald auf. Es hat sich nicht umsonst im Volksmund der Ausspruch geprägt: „Wie der Herr, so das Gescherr.“

Er war eine königliche Leitfigur mit Disziplin, Verantwortungsbewusstsein, Rechtschaffenheit und gerechtem Denken, das viele seiner Untertanen sehr schnell begriffen und ihm zuliebe fleißig und ehrlich waren.

Leider ist uns die deutsche Geschichte in den Schulen nicht vermittelt worden. Uns wurde die Identität zerstört und die Schuldzuweisung großgeschrieben. „Deutschland hat den Krieg verloren“ – wenn man die wahre Geschichte liest, dann erfährt man, dass selbst die Alliierten so eine furchtbare Vertreibung nicht geplant und durchgeführt hätten, wie es dann von den östlichen Nachbarn inszeniert worden ist. Es wurde von oben Hass gegen die Deutschen regelrecht gepredigt und mit Wurfzetteln aus Flugzeugen in die entlegensten Winkel der östlichen Nachbarn gestreut. Was auf diesen Wurfzetteln stand, kann man heute nicht wiederholen, es würde einem das Herz zerreißen.

Es ist geschehen, die Alliierten hatten es nicht in dieser Art und Weise geplant, was man eventuell auch glauben mag. Aber es ist sträflich, nach Ende des Krieges so eine Geschichtsdarstellung in die Welt zu setzen und sie selbst jetzt hinzunehmen und zu glauben. Da kann man nur einfügen: „Öl ist wie die Wahrheit, im Wasser schwimmen beide immer an der Oberfläche“.

Es ist nur schade, dass unsere eigene Regierung die Vertreibung verniedlicht mit der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung. Versöhnung kann nur kommen und Fuß fassen, wenn die Wahrheit an der Wasseroberfläche sein wird. Ohne Wahrheit keine Versöhnung – oder eine gewollte, diktierte und nicht wahrheitsgemäße Geschichtsdarstellung. Die Vertriebenen wurden alleingelassen mit ihrem Schicksal und ihren Nöten und Sorgen, denn Deutschland lag in Schutt und Asche. Wie ein Phoenix hat sich Deutschland aus der Asche selbst befreit und lebt.

Elfa Elfriede Rinio-Carli, Seligenstadt

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 27 – 9. Juli 2011

MELDUNGEN

Straßenausbau hat begonnen

Bischofsburg – Bei der Staatstraße Nr. 16 von Bischofsburg nach Lyck ist der Ausbau des Abschnittes von Bischofsburg nach Gr. Borken begonnen worden. Bei den Streckenabschnitten von Gr. Borken nach Sensburg und von Sensburg über Arys nach Lyck sollen die Vorbereitungsarbeiten nach noch ausstehenden Umwelt-Entscheidungen in Kürze zum Abschluss kommen. In fünf Jahren soll dann der Ausbau der Staatsstraße 16 abgeschlossen sein. Dieses teilte Roman Grzelka von der Allensteiner Abteilung der Generaldirektion für Staatsstraßen und Autobahnen beim Treffen der Mitglieder der „Gemeinschaft Straße Nr. 16“ und des Verbandes der ermländisch-masurischen Gemeinden mit den Vertretern der Generaldirektion für Staatsstraßen und Autobahnen mit. *PAZ*

Erstmals in der Republik Polen

Allenstein – Die 1991 gegründete Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC), das parlamentarische Gegenstück zum Ostseerat (CNBSS), hat dieses Jahr erstmals in der Republik Polen getagt. Im Sitzungssaal des Marshallamtes der Woiwodschaft Ermland-Masuren in Allenstein kamen 38 Parlamentarier aus zehn Ostseeanrainerstaaten zusammen. Im Rahmen ihrer Zusammenkunft statteten sie auch der örtlichen Universität einen Besuch ab. Außerdem besuchten sie Rhein und Nikolaiken, wo sie die Kandidatur der Masurischen Seen für den Wettbewerb „Neue sieben Naturwunder“ unterstützten. *PAZ*

Ehre in Paris, Vergessen in Königsberg

Wladimir Putin gedenkt russischer Gefallener in Frankreich – Zuständigkeit in Ostpreußen ist ungeklärt

Nicht selten kommen bei Erdarbeiten im Königsberger Gebiet menschliche Überreste zum Vorschein. Die Friedhöfe, von denen diese stammen, wurden zerstört und für die Umbettung der gefundenen Gebeine fühlt sich niemand zuständig. Ein Umstand, der nicht nur bei Deutschen Empörung hervorgerufen.

Russlands Regierungschef Wladimir Putin hat während eines Arbeitsbesuchs vom 20. bis 21. Juni in Paris gemeinsam mit seinem Amtskollegen François Fillon ein Denkmal für 46000 russische Kriegsopfer eingeweiht. Dagegen scheinen die in ostpreußischer Erde begrabenen russischen Soldaten vergessen zu sein.

Ostpreußen war vor 97 Jahren Kriegsschauplatz zwischen Russland und Deutschland. Es gibt zahlreiche Informationen über die Schlachten, aber – so beklagen die Journalisten der Nachrichtenagentur Ria Novosti Alexander Panfilow und Katerina Borsunowa – Informationen über die gefallenen russischen Soldaten seien kaum vorhanden. In den frühen 1920er Jahren seien in Ostpreußen 61200 gefallene Soldaten bestattet worden, davon seien 32540 russische und 27860 deutsche gewesen. Mattischkehmen, Tilsit, Göritten Gawaiten/Herzogsrode, Insterburg und Stallupöenen/Ebenrode seien Orte, in denen es Kriegsgräber gegeben habe, von denen nur wenige wiedergefunden worden seien.

Laut den beiden russischen Journalisten gibt es einen grundlegenden Unterschied zwischen Deutschen und Russen beim Umgang mit den sterblichen Überresten der eigenen und der feindlichen Soldaten. Im Zwischenkriegsostpreußen wurden Soldatenfriedhöfe vorbildlich gepflegt, Architekten und Bauherrn hatten Denkmäler entworfen. Unabhängig von ihrer Nationalität wurde das Andenken aller Soldaten geehrt und bewahrt, und selbst im Dritten Reich wurden auch die Gräber der russischen Soldaten gepflegt. Die Russen dagegen betrachteten den Ersten Weltkrieg als „imperialistisch“ und ignorierten die Gräber der gefallenen deutschen Soldaten. Nach dem Einmarsch der Roten Armee blieb nach 1945 kein Friedhof verschont. Ganz gleich, ob dort Soldaten oder Zivilisten lagen, alle wurden dem Erdboden gleich gemacht. „Die Führung in Moskau vertrieb die Ortsansässigen und zerstörte das deutsche kulturelle und geistige Erbe“, schreiben die Journalisten. Die sowjetische Führung nahm dabei auch keine Rücksicht darauf, dass auf vielen deutschen Soldatenfriedhöfen auch russische, serbische, rumänische, belgische oder französische Gefallene begraben waren.

Bild: Igor Sarembo



Großbaustelle Königsberg: Menschliche Überreste zeugen von in der Sowjetzeit überbauten Friedhöfen.

Als im Mai dieses Jahres vor dem Gebäude der Stadtverwaltung ein alter deutscher Friedhof entdeckt wurde, stoppte die Denkmalschutzbehörde die Bauarbeiten. Die Anordnung wurde jedoch ignoriert, die Knochen und Särge wurden auf Lastkraftwagen abtransportiert. Dies ist leider kein Einzelfall. Laut Gesetz muss vor jedem Bauvorhaben die Architekturbehörde eine Inspektion vornehmen. In Königsberg ansässigen Archäologen sind oftmals die Hände gebunden, weil die Bauaufträge bei Ausschreibungen gerne an St. Petersburger Firmen vergeben werden. Für die Inspektion sind dann die Behörden des Leningrader Gebiets zuständig. Doch die agieren nicht.

Friedhöfe wurden eingeebnet

Die Vernachlässigung von Soldatengräbern ist ein Verstoß gegen das 1993 erlassene Gesetz „Über Verewigung des Gedenkens gefallener Vaterlandsverteidiger“. Laut Gesetz ist dies eine „heilige Pflicht aller Bürger“. Der Einhaltung dieser Vorschrift stehen zum einen Zuständigkeitsstreitigkeiten und zum anderen wirtschaftliche Interessen entgegen. Ehemalige Friedhöfe werden mit Einkaufszentren oder Wohnhäusern überbaut. Was mit den Knochenfunden geschieht, weiß offiziell niemand. Die Verantwortung für die Pflege von Soldatenfriedhöfen liegt zwar bei den regionalen oder örtlichen Behörden, weil aber die Grundstücke Staatseigentum sind, sehen die untergeordneten Behörden Moskau in der Pflicht. Die von dort gewährten Gelder reichen nur für die Pflege der Hälfte aller Soldatenfriedhöfe im Gebiet.

Um das Auffinden und den Erhalt der Gräber kümmern sich andere, wie der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, die russischen Organisationen „Pamjat“ und „Soldatengrabmal“. In Litauen gibt es staatliche Register über Soldatenfriedhöfe, und Polen arbeitet an einer Touristenroute über die einstigen Schlachtfelder des Ersten Weltkrieges. Russland bildet eine Ausnahme. Nur wenige große Soldatenfriedhöfe sind so ausgestattet, wie es Gesetz und Anstand gebieten.

Manuela Rosenthal-Kappi

Neue Hotels in alten Schlössern

Wie im südlichen Ostpreußen das deutsche architektonische Erbe teilweise umgebaut und umgenutzt wird

Nach der politischen „Wende“ 1989 erhoffte man eine sofortige Sanierung vieler baufälliger Schlösser im südlichen Ostpreußen. Die bisherigen Verwalter der ehemaligen Besitztümer deutscher Adeliger mussten die renovierungsbedürftigen Schlösser an den polnischen Staat zurückgeben. Der staatliche Verwalter vertrat die Meinung, dass sich bald wohlhabende private Unternehmer melden, die den immer mehr verfallenden Objekten ihren alten Glanz wiederbringen würden. Anfang der 90er Jahre wurden dann zum Beispiel Schlösser wie das in Schönberg bei Deutsch-Eylau oder das imposante Schloss des Geschlechts Lehndorff in Steinort am Mauersee den neuen Besitzern übergeben.

Die hatten jedoch weitgehend ihre finanziellen Möglichkeiten überschätzt, so dass statt der zu erwartenden Sanierung der Verfall dieser wie auch zahlreicher anderer kleinerer Objekte weiter fort schritt. Sowohl Heimatkundler als auch alle diejenigen, denen die Bewahrung des Kulturerbes am Herzen liegt, erfüllte diese Tatsache mit Sorge und Trauer.

Die Journalistin Joanna Wankowska-Sobiesiak aus Allenstein hat eine Reise unternommen, bei der sie den Ist-Zustand vieler denkmalgeschützter Sehenswürdigkeiten festgehalten hat. Ein Ergebnis ihrer Standortbesichtigungen und Recherchen ist eine Dokumentation, die den fortschreitenden Verfall der noch erhaltenen Baudenkmäler dokumentiert. In Form eines reich bebilderten Buches mit dem Titel „W swiecie zabytkowych ruin“ (In der Welt historischer Ruinen) hat sie den Zustand der Baudenkmäler festgehalten. Ihr Bemühen hat zur Ernüchterung der Öffentlichkeit bei der oftmals leichtsinnigen Übergabe der Architekturdenkmäler an die neuen Bauherren geführt und zu einer Reihe von Initiativen zur Lösung des Problems.

Nach der »Wende« von 1989 blieben viele Sanierungs-Hoffnungen unerfüllt

Schon vor einigen Jahren zeigte sich ein kleines Licht am Ende des Tunnels, als die berühmte Künstlerin Veruschka von Lehndorff ihren alten Familienbesitz in Steinort besucht hatte. Sie beschloss damals, sich für die Rettung der einst so prächtigen Schlossanlage vor ihrem endgültigen Verfall einzusetzen. Kurz darauf bewilligte das deutsche Kultusministerium 60000 Euro für deren Erhaltung. Der vollständige Wiederaufbau wird allerdings viel mehr kosten.

Schon jetzt sind andere positive Beispiele für ein gelungenes Nebeneinander von Alt und Neu zu verzeichnen. Dank reichlicher Unterstützung mit EU-Geldern wurde vor kurzem ein ganz neues Hotel in Heilsberg in Betrieb genommen. Sein Äußeres knüpft an das Aussehen des benachbarten Schlosses an, was glücklicherweise zu keinem Stilbruch geführt hat. Barbara Zalewska, die für die Einhaltung des denkmalgeschützten Baubestandes in der Region zuständig ist, hatte sich für diese Methode eingesetzt. In der Projektphase des Bauvorhabens auf dem Vorhof des Heilsberger Schlosses gab es zwar Vorbehalte, weil man ursprünglich in seiner direkten Nachbarschaft Tiefgaragen vorgesehen hatte. Dieser allgemein als wenig durchdacht betrachtete Entwurf wurde aber beizeiten geändert.

Der Heilsberger Initiative soll bald eine in Lötzen folgen. Viele verbanden diese Stadt bisher lediglich mit der gut erhaltenen Festung Boyen und wussten gar nicht, dass es dort überhaupt ein Schloss gibt. Vor kurzem wurden daran neue Flügel angebaut, die architektonisch ihren abgerissenen Vorgängerinnen aus dem 17. Jahrhundert nachempfunden wurden. Der Schlossausbau in Lötzen weckte bei den um die Bewahrung des historischen Kulturerbes bemühten Beamten größere Bedenken als der in Heilsberg. Auch diesmal wurde unterstrichen, dass die bisher als Ruine geltende Anlage in Lötzen die Besucher mit ihrem Komfort und einem historischen Ambiente eher anziehen wird als sie abzuschrecken. Seit ein paar Jahren ist es im Falle des in der Nähe gelegenen Städtchens Rhein so. Die dortige zum Teil restaurierte und zu einem Erholungsobjekt ausgebaute Burg genießt einen verdienten Ruhm. Auch die drittgrößte Stadt in der Woiwodschaft, Lyck, will sich weiterhin als ein touristischer Erholungsort mit vielen Attraktionen behaupten und ihren Reiz durch den Umbau des einstigen Ordensschlosses in ein Hotel oder ein Freizeitzentrum erhöhen.

Auch im Königsberger Gebiet soll ein Herrenhaus in ein Hotel umgewandelt werden

Die in vergangenen Jahrzehnten bereits wiederaufgebauten Burgen in Städten wie Osterode und Neidenburg dienen heutzutage kulturellen Zwecken. In Neidenburg fand beispielsweise wie auch in den Jahren zuvor das Festival der Science-Fiction-Literatur statt, dem bekannte Schriftsteller und Liebhaber dieser Gattung aus dem In- und Ausland, darunter auch aus der Bundesrepublik Deutschland, beiwohnten.

Bessere Zeiten sind mittlerweile auch im Königsberger Gebiet eingekehrt, wo mit der umstrittenen Moskauer Baulöwin und Gattin des Ex-Bürgermeisters Jurij Luschkow, Jelena Baturinaeine, eine der einflussreichsten Frauen Russlands ein verkommenes Herrenhaus in ein nobles Hotel umwandeln will. *Grzegorz Supady*

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es gibt wieder Erfreuliches zu berichten und nichts mache ich lieber, als dieses unseren Leserinnen und Lesern mitzuteilen. Beweist es doch, dass unsere gemeinsame Arbeit Früchte trägt, reiche sogar, wie Herr **Heinrich Ehlert** aus Arnsberg berichtet. Er hatte sich im Rahmen unserer kleinen Fotoaktion vom „Deutschen Tag 1920 in Bischofsburg“ gemeldet und um die Überlassung einiger Aufnahmen für sein Bildarchiv „Ostpreußen“ gebeten, das er für die Kreisgemeinschaft Rößel aufbaut. Das Interesse an diesen alten Originalaufnahmen war aber so groß gewesen, dass ich die 14 Fotos auf mehrere Interessenten verteilen musste, die aber bereit waren, für Herrn Ehlert Kopien anzufertigen. Eine Originalaufnahme erhielt Herr Ehlert auch von mir. Außerdem teilten wir unseren Lesern seinen Wunsch nach leihweiser Überlassung von alten Ansichtskarten und Fotos aus Ostpreußen mit. Und schon drei Wochen nach der Veröffentlichung in Folge 22 schrieb er uns diesen Brief:

„Ich habe Ihr Bild vom Deutschen Tag in Bischofsburg mit großer Freude erhalten, ganz herzlichen Dank dafür. Auch meine Kontaktaufnahme mit den beiden Landsleuten, die die anderen Bilder erhalten haben, war sehr erfolgreich. Sie haben mir die Bilder kurzzeitig zum Kopieren überlassen. Herr Sch. hat mir sogar noch weitere Ansichten vom Ermland für meine Arbeit in Aussicht gestellt. Und auch der Aufruf an die ostpreußischen Leser in der ‚Ostpreußische Familie‘ zeigte erste Erfolge. Zwar meldeten sich bisher nur zwei Landsleute, aber schwergewichtige. Von einem wurden mir neben einigen Ansichtskarten 50 Dias mit Ansichten von ostpreußischen Städten leihweise überlassen. Der andere ist im Besitz von rund 1700 ostpreußischen Ansichtskarten, die er mir für meine Arbeit zur Verfügung stellen wird“.

Na, das ist doch schon was. Inzwischen dürfte Herr Ehlert mit Sicherheit weitere Zuschriften erhalten haben, denn unsere Zeitung wird ja sehr intensiv gelesen, das dauert schon seine Zeit. (Hier noch einmal die Anschrift des Archivars: Heinrich Ehlert, Alter Soestweg 65 in 59821 Arnsberg, Telefon 02931/6071, E-Mail: ehlert.heinrich@bischofsburg.de)

Einen kleinen Dank muss ich aber auch Herrn Ehlert für seine Worte abstatten, mit denen er die Wichtigkeit unserer Familienarbeit bekundet: „Inzwischen bedauere ich sehr, dass ich mich nicht schon früher mit meinem Anliegen an Sie gewandt habe, denn inzwischen sind ja viele unserer Landsleute aus der Erlebnisgeneration verstorben. Und mit ihnen – leider allzu häufig – ihre gesammelten und sogar gehüteten Erinnerungsbilder, weil die Nachkommen nichts damit anzufangen wussten, beziehungsweise sich nicht dafür interessierten und sie deshalb gedankenlos entsorgten. So sind inzwischen unersetzliche Kulturgüter unserer alten Heimat für immer verloren. Umso wichtiger ist es, das noch vorhandene Material zu sammeln und zu archivieren, um auch für die Nachgeborenen das Bild unserer Heimat für alle Zeiten zu bewahren und zugänglich zu machen. Das Internet bietet dafür erstmalig eine Möglichkeit.“



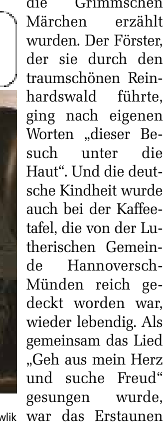
Bild: privat
Alte Ansichtskarten sind Dokumente: Ansicht der Königstraße in Königsberg

Bringt aber auch neue Probleme. Denn nun entdecken jüngere Sucher plötzlich die Namen ihrer Eltern oder Großeltern in alten Anzeigen, die oft in die frühen 50er Jahre zurückführen. Damals begann ja die große Suche, es wurden Seiten mit Namen und Daten gefüllt, hunderte waren es oft in einer Ausgabe. Und nun wenden sich die überraschten Nachkommen an uns und wollen wissen, wer die Suchenden waren, die damals diese Aufrufe gestartet haben. Das bringt uns in große Schwierigkeiten, denn die Unterlagen sind nicht mehr vorhanden, so können die Namen nur nach langen und aufwendigen Nachforschungen oder überhaupt nicht vermittelt werden. Bleibt oft nur die Veröffentlichung in unserer Ostpreußischen Familie, aber da muss man den Datenschutz berücksichtigen, ohne aufwendige Nachfragen geht da nichts. Denn sehr erschwerend kommt hinzu, dass viele Anfragen nicht aus unserem ständigen Leserkreis kommen, so dass man den Schreibern erst erklären muss, wer wir sind und welche Aufgaben wir mit unserer Familienarbeit erfüllen.

Erfreuliches hatte ich ja zu Beginn meiner heutigen Kolumne verkündet, und das enthält auch das Schreiben, das ich von Herrn **Christopher Spatz** aus Berlin erhielt. Der Doktorand hat für seine Promotionsarbeit das Thema „Wolfskinder“ gewählt, weil ihn das Schicksal der heim- und heimatlosen Kinder, die nach der russischen Besetzung bettelnd durch Litauen zogen, besonders bewegt hat. Vor allem interessierte ihn die Integration der kleinen „Spätheimkehrer“ in die deutsche Gesellschaft. Herr Spatz bat uns vor gut einem Jahr, ihm bei der Suche nach ehemaligen „Wolfskindern“ zu helfen, und diese Bitte erfüllten wir schnell und gern. Nun schreibt also Herr Spatz über den bisherigen Verlauf seines Dissertationsprojektes:

„Der Aufruf in Ihrer Kolumne ‚Ostpreußische Familie‘ in der *PAZ* war in Kombination mit verschiedenen Anzeigen in den Heimatbriefen der nordostpreußischen Kreisgemeinschaften sehr erfolgreich. Es konnte Kontakt zu über 65 früheren ‚Litauerfahrern‘ und ‚Wolfskindern‘ hergestellt werden, die ihre Bereitschaft zur Mitarbeit erklärt haben. Aus dieser Sicht sei sowohl Ihnen sowie Frau **Anita Motzkus** für die Unterstützung gedankt als auch den Lesern der *PAZ*, über die in vielen Fällen die Verbindung zu den Zeitzeugen überhaupt erst ermöglicht wurde. Meine Arbeit zum Thema ‚Identität‘ und ‚Identitätswandel ostpreußischer ‚Wolfskinder‘ in der deutschen Gesellschaft‘ hat in den vergangenen Monaten große Fortschritte erfahren. In verschiedenen Archiven im Bundesgebiet konnte ich eine Menge an Material sichern, mit dem sich die ungeheuren Ausmaße der Wanderungsbewegungen der deutschen Bevölkerung aus dem nördlichen Ostpreußen in Richtung Baltikum nach 1945 eindrucksvoll belegen lassen. Ebenso ist es mir bereits gelungen, eine Vielzahl von Fällen nachzuweisen, in denen ‚Wolfskindern‘ in den 50er, 60er und 70er Jahren die Ausreise aus der Sowjetunion in einen der damaligen beiden deutschen Teilstaaten glückte ist. Seit April erhalte ich nun ein Stipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung, so dass ich meine Konzentration endlich in vollem Umfang dem Dissertationsprojekt und den ‚Wolfskindern‘ widmen kann. Somit kann die Arbeit in den Archiven vermutlich noch vor den Sommerferien weitgehend abgeschlossen werden.“

Dazu beglückwünschen wir Herrn Spatz ganz herzlich und freuen uns, dass unsere Mittlerrolle so erfolgreich war. Aber – ja, ein „aber“ gibt es leider auch in diesem Fall. Die meisten der Frauen und Männer, die sich für die Befragung zur Verfügung gestellt haben, warten immer noch und einige der möglichen Gesprächspartner sind schon unruhig geworden. Herr Spatz muss bei den kostenaufwendigen Zeitzeugen-Interviews weiterhin auf Sparflamme kochen, denn es ist ihm trotz aller Anstrengung noch nicht gelungen, die Reisekostenfinanzierung sicherzustellen. So konnte er bisher nur in Norddeutschland und im Berliner Raum mit knapp 20 Interviewpartnern Gespräche führen. Die Befragungen in anderen Teilen Deutschlands stehen noch aus, und so weiß Herr Spatz nicht, wie er die 50 noch ausstehenden Interviews und die zehntägige Forschungsarbeit im Lastenausgleichsarchiv in Bayreuth finanzieren soll. Die Konrad-Adenauer-Stiftung übernimmt keine Reisekostenfinanzierung im Inland. Andere Stiftungen lehnten ein Stipendium ab, darunter auch mit der Begründung, dass für die Forschung über die „Wolfskinder“ kein öffentliches Interesse bestehe! Der Erfolg seiner Arbeit hängt für Herrn Spatz aber von der Durchführung dieser Zeugengespräche statt. So konzentrieren sich seine Anstrengungen augenblicklich auf dieses Problem – sollte es bald gelöst werden, könnte er Ende des kommenden Jahres mit der Fertigstellung der kompletten Arbeit rechnen. Wir wünschen ihm weiterhin Mut und Erfolg für dieses Projekt, das auch für uns Vertriebene von großem dokumentarischem Wert ist!



Ruth Geede Bild: Pawlik

Hatte nicht gerade beim Empfang der noch in Litauen lebenden „Wolfskinder“ beim Bundespräsidenten **Christian Wulff** am 8. Mai im Schloss Bellevue der Bundestagsabgeordnete **Klaus Brähmig** erklärt: „Die Forschung zu Wolfskindern und die wissenschaftliche Aufarbeitung muss intensiviert werden“? Diese Worte des Vorsitzenden der „Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten“ der Unionsfraktion im Bundestag lassen hoffen.

Die acht Tage im Mai, die sie in Deutschland verbringen konnten, werden für die 34 „Wolfskinder“ aus Litauen unvergesslich bleiben. Höhepunkt des Besuches war zweifellos der Empfang bei dem Bundespräsidenten – über den die *PAZ* in Folge 20 berichtete –, aber auch das weitere Programm war so erlebnisreich für die 34 Teilnehmer, dass sie noch lange davon zehren werden. Bevor die Reise nach Schloss Stetten in Baden-Württemberg ging, gab es Zwischenstationen in Hannoversch-Münden und Göttingen, auf denen die Gäste nicht nur die Schönheit dieser deutschen Landschaft erlebten, sondern auch viele Begegnungen mit Menschen hatten, die an ihrem Schicksal Anteil nahmen und den lange von der Allgemeinheit vergessenen Wolfskindern schöne Stunden bereiteten. Wie Herr **Bernd Brandes** in Hannoversch-Münden, der als Mitglied des Deutsch-Baltischen Freundeskreises von Professor Dr. **Freiherr Wolfgang von Stetten** gebeten wurde, für die Gruppe einen erlebnisreichen Tag im Raum Hannoversch-Münden zu organisieren. Und das hat der Unternehmer mit großem Engagement und Taktgefühl getan. Er führte mit einem Besuch der Sababurg, dem „Dornröschenschloss“, die heute im Seniorenalter stehenden Menschen behutsam in ihre Kindheit zurück, als ihnen von der Mutter die Grimmschen Märchen erzählt wurden. Der Förster, der sie durch den traumschönen Reinhardswald führte, ging nach eigenen Worten „dieser Besuch unter die Haut“. Und die deutsche Kindheit wurde auch bei der Kaffeetafel, die von der Lutherischen Gemeinde Hannoversch-Münden reich gedeckt worden war, wieder lebendig. Als gemeinsam das Lied „Geh aus mein Herz und suche Freud“ gesungen wurde, war das Erstaunen auf Seite der Gastgeber groß, denn viele der ehemaligen Wolfskinder konnten das Lied auswendig mitsingen. In Göttingen, wo die Teilnehmer Gäste der Gesellschaft für bedrohte Völker waren, konnten sie einem großen Zuhörerkreis – fast 300 Personen waren in das Alte Rathaus gekommen – von ihrem Schicksal berichten. Und in Duderstadt, wo die Gruppe auf ihrem Weg nach Künzelsau noch einmal Rast machte, sorgte die Gemeinde für weitere schöne Stunden, die sich wie Perlen an der Schnur bis Schloss Stetten reihten, wo die Besuchswoche mit einer Festveranstaltung ihren krönenden Abschluss fand. Dies nur in Kürze und als ganz großes Dankeschön an alle, die unseren Landsleuten aus Litauen diese für beide Seiten unvergesslichen Tage schenkten.

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

AUS DEN HEIMATREGIONEN

MELDUNGEN

Theater-Wettkampf

Gdingen – In Gdingen hat der zweite schulübergreifende Theaterwettbewerb in deutscher Sprache stattgefunden. Bei den Schülern mit einem Jahr Deutschunterricht gewann das 18. Gymnasium mit dem Stück „Die schlafende Königin“, bei denen mit zweien das 1. mit „Reich und schön“. *PAZ*

Silurian sucht nach Erdgas

Goldap – Das Unternehmen Silurian hat vom polnischen Umweltministerium die Konzession erhalten, in der Gemeinde Goldap drei Jahre lang nach Gas zu suchen. Die Suche erstreckt sich auch auf die Gemeinden Dubeningen, Wizajny, Rutka Tartak und Punski. *PAZ*

Über Stettin nach Ostpreußen

Der Ehec-Erreger macht an der Oder-Neiße-Grenze nicht halt

Nach dem ersten Erkrankungsfall in Stettin hat die Ehec-Seuche mittlerweile auch die Woiwodschaft Ermland-Masuren erreicht. Ein siebenjähriger Junge aus Lötzen wurde mit dem Bakterium E.coli angesteckt und mit den typischen Krankheitssymptomen in ein Krankenhaus nach Warschau gebracht. Er hatte sich bei seinem Vater angesteckt, der kurz zuvor aus der Bundesrepublik Deutschland zurückgekehrt war. Der Verlauf der Krankheit im Fall des Vaters war allerdings mild, so dass sich eine stationäre Behandlung erübrigte. Doch die Betreuerin des Jungen, eine 68-jährige Frau, wurde vorsorglich in die Quarantäneabteilung des Lötzener Krankenhauses eingeliefert, weil der Verdacht bestand, dass sie sich infolge des Kontaktes mit dem erkrankten Kind mit dem gefährlichen Bakterium angesteckt haben könnte.

Der Direktor der Allensteiner Sanitätsbehörde, Janusz Dzisko, erklärte den Medien, bei der Frau sei blutiger Durchfall vorgekommen, ihr Allgemeinzustand habe sich aber mittlerweile verbessert. Eine Stuhlprobe wurde nach Warschau in die dortige Staatliche Hygiene-Anstalt geschickt. Dzisko benachrichtigte auch den Woiwoden über die von ihm ergriffenen epidemiologischen Sicherheitsvorkehrungen. Er wies zugleich darauf hin, dass bereits früher, angesichts einer Ansteckungsgefahr durch Milzbrand und Grippe, ein Plan erarbeitet worden sei, der jetzt im Notfall zum Tragen kommen werde. Er unterstrich auch die Notwendigkeit der Einhaltung der grundsätzlichen Hygienemaßnahmen im Alltag.


Bild: Archiv
Kennt keine Staatsgrenzen: Ehec-Erreger

Der Verdacht, Gurken aus Spanien seien die Überträger der Seuchenerreger sowie ein damit verbundenes Einfuhrverbot von Gemüse nach Russland verursachte auch im südlichen Ostpreußen einen spürbaren Preisrückgang bei verschiedenen Gemüsearten. Obwohl von deren Herstellern immer wieder offiziell versichert wird, sie kämen keinesfalls aus dem Ausland, werden sie zurzeit, in der eigentlichen Hochsaison, immer weniger verzehrt. Der polnische Landwirtschaftsminister Marek Sawicki klagte über die Folgen für die polnische Landwirtschaft. Viele Bauern hätten enorme Verluste erlitten. Auf einer Pressekonferenz informierte er darüber, dass sie jeden Tag zehn Millionen Zloty (über zweieinhalb Millionen Euro) verlören, weil die Kunden das Vertrauen in frisches Gemüse verloren hätten. Er schloss sich den entrüsteten Spaniern an, die Kritik an der Warnung aus der Bundesrepublik vor dem Verzehr von Gurken übten. Seine Meinung fasste er wie folgt zusammen: „Die unschuldige Gurke wurde verleumdet“.

Grzegorz Supady

Denkmal für Johannes Paul II.

In Groß Kleeberg, Kreis Allenstein, ist der Grundstein für ein Denkmal für den polnischen Papst Johannes Paul II. gelegt worden. Der Grundsteinlegung ging ein feierlicher Gottesdienst im Heilig-Kreuz-Sanktuarium voraus, an dem rund 100 Pilger mit Behinderung teilnahmen. Sie treffen sich jedes Jahr im Kleeberger Sanktuarium. Nach dem Gottesdienst, den Alt-Erzbischof Edmund Piszcz zelebrierte, wurde neben der Kleeberger Kirche der Grundstein für das Denkmal gelegt. Auf der Grundstein-Urkunde konnten sich die anwesenden Pilger mit ihrer Unterschrift verewigen. Der enge Bezug zu den behinderten Pilgern ergibt sich daraus, dass der Entschluss zur Denkmalerrichtung auf eine Forderung der Behinderten der ermländischen Diözese zurückgeht. Mit der Planung und Ausführung des Denkmals wurde der Danziger Bildhauer Izydor Borys betraut. *PAZ*

Wir gratulieren ...

ZUM 102. GEBURTSTAG

Schwartinsky, Käthe, geb. **Lipowski**, aus Preußisch Mark, Kreis Mohrungen, jetzt Friedrichstraße 2, 17358 Torgelow, am 14. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Wiwianka, Johanna, aus Ebenrode, jetzt Schneverdinger Straße 22, 28329 Bremen, am 11. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Gahre, Wanda, geb. **Keil**, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, jetzt Weidendamm 4, 31303 Burgdorf, am 17. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Echtner, Hedwig, geb. **Treziak**, aus Groß Leschienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Schlossbergerstraße 25, 40789 Monheim, am 11. Juli

Hornke, Ida, geb. **Schlicht**, verw. **Möhrke**, aus Walden, Kreis Lyck, jetzt Meileriweg 131, 29525 Uelzen, OT Groß Liedern, am 13. Juli

Lukat, Helene, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, jetzt Mühlenstraße 12, 12247 Berlin, am 14. Juli

Roweck, Johanna, aus Aulacken, Kreis Lyck, jetzt Freiherr-vom-Stein-Straße 23, 58762 Altena, am 13. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Nelz, Waltraut, geb. **Wolnowski**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Dortmunder Straße 122, 45731 Walltrop, am 13. Juli

Runz, Heinrich, aus Ebenrode, jetzt Frankfurter Straße 30 A05, 61476 Frankfurt/Taunus, am 14. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Krakowiki, Eva, aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, jetzt Oberenhenschen Nr. 53, 25462 Rellingen, am 17. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Dostal, Erna, geb. **Kondritz**, aus Frankenau, Kreis Neidenburg, jetzt Irenenstraße 71, 40468 Düsseldorf, am 17. Juli

Geschwandtner, Martha, geb. **Leichert**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Dorfstraße 42, 16837 Kagar, am 15. Juli

Krause, Ella, geb. **Kösling**, aus Parnehmen, Kawernicken, Kreis Wehlau, jetzt Hagener Hauptstraße 22, 21684 Stade, am 17. Juli

Pernak, Ingeborg, geb. **Fischer**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, jetzt Breitscheidstraße 16, 39517 Tangerhütte, am 15. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Kollwitz, Hugo, aus Braynick, Kreis Neidenburg, jetzt Gartenstraße 2, 64683 Einhausen, am 11. Juli

Krüger, Margot, geb. **Witzke**, aus Neidenburg, jetzt Werner-Seelenbinder-Straße 2, 16278 Angermünde, am 16. Juli

Masuhr, Hans, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, jetzt Röntgenstraße 25, 15518 Hangelsberg, am 12. Juli

Regel, Inge, geb. **Weißflug**, aus Pillau, Kreis Samland, jetzt Moselstraße 18, 65428 Rüsselsheim, am 17. Juli

Rosan, Otto, aus Sagsau, Kreis Neidenburg, jetzt Lütjenburger Weg 29, 23774 Heiligenhafen, am 11. Juli

Schedwill, Walter, aus Bolzfelde, Kreis Elchniederung, jetzt Schwarzenbergstraße 9, 83026 Rosenheim, am 15. Juli

Trojahn, Lydia, geb. **Skujat**, aus Gründann, Kreis Elchniederung, jetzt Nordkanal-Allee 40, 41564 Kaarst, am 16. Juli

Ullmann, Elizabeth, geb. **Pozesny**, aus Neuhof, Kreis Neidenburg, jetzt 510 West Spruce Street, Beresford, SD 57004, USA, am 16. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Ameln, Renate von, geb. **Wohlgethan**, aus Heiligenbeil, Königsberger Straße 10, jetzt Dalandweg 25 III, 12167 Berlin, am 14. Juli

Becker, Ilse, geb. **Stein**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Brautstraße 22, 28199 Bremen, am 13. Juli

Eichborn, Christel, geb. **Klein**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Friedensweg 32, 15890 Eisenhüttenstadt, am 12. Juli

Faßbender, Edith, geb. **Enstipp**, aus Rehwalde, Kreis Elchniederung, jetzt Archenholzstraße 34, 22117 Hamburg, am 17. Juli

Goertz, Else, geb. **Rathke**, aus Pillau, Kreis Samland, jetzt Saalfelder Straße 10, 51103 Köln, am 17. Juli

Hoffmann, Luzi, geb. **Demant**, aus Schenkenhagen, Kreis Ebenrode, jetzt Hüttemannstraße 49, 44137 Dortmund, am 14. Juli

Krewald, Gertrud, geb. **Kalinowski**, aus Langsee, Kreis Lyck, jetzt Kudowastraße 24, 14193 Berlin, am 11. Juli

Pech, Lieselotte, geb. **Unger**, verw. **Slopianka**, aus Rastenburg, Hindenburg Straße 10, jetzt Heinrich-Heine-Straße 1a, 01979 Lauchhammer, am 14. Juli

Podschull, Lothar, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Rennbahnstraße 97, 22111 Hamburg, am 11. Juli

Potrafke, Erich, aus Groß Kligbeck, Kreis Heiligenbeil, jetzt Burgwall 85, 48165 Münster, am 13. Juli

Risch, Helene, geb. **Stiebel**, aus Auersberg, Kreis Lyck, jetzt Markt 1, 15569 Gingst, Rügen, am 11. Juli

Rothenburger, Brigitta, geb. **Klebs von Halle**, aus Frenzken, Kreis Ortelsburg, jetzt Anton-Schuster-Straße 12, 96052 Bamberg, am 17. Juli

Schmidt, Renate, geb. **Joschek**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, jetzt Finkenstraße 1, 21614 Buxtehude, am 14. Juli

Strauss, Hans, aus Königsberg, jetzt Baumschulenweg 10, 28865 Lilienthal, am 17. Juli

Tschirner, Vera, geb. **Junckenischke**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Tiefgruber Straße 43, 99438 Bad Berka, am 17. Juli

Uhlemann, Hildegard, geb. **Steinke**, aus Backeln, Kreis Samland, jetzt Fischteichallee 14, 18299 Laage, am 16. Juli

Vorberg, Ruth, geb. **Klein**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Neue Straße 5A, 63667 Nidda, am 12. Juli

Wauschkuhn, Helmut, aus Schareiken, Kreis Treuburg, jetzt Wasserstraße 2a, 59174 Kamen-Heeren, am 15. Juli

Weiß, Heinz, aus Kiefernheide, Kreis Lyck, jetzt Heideweg 11, 76756 Bellheim, am 11. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bartels, Doris, geb. **Siedler**, aus Pillkoppen, Kreis Samland, jetzt Scharrel 67, 49406 Barnsdorf, am 13. Juli

Bendig, Walter, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Potsdamer Straße 22, 27356 Rotenburg/Wümme, am 16. Juli

Gawlich, Velda, geb. **Schulze**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, jetzt Berliner Straße 33, 85051 Ingolstadt, am 13. Juli

Goetzke, Benno, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt 35834 Eaglecrest Drive, V3G 1E8 Abbotsford, B. C., Kanada, am 14. Juli

Grolla, Edith, geb. **Kompa**, aus Friedrichsdorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Josefstraße 1, 48151 Münster, am 15. Juli

Hein, Liesbeth, geb. **Kowalzig**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Schönböckener Straße 72a, 23556 Lübeck, am 16. Juli

Heitger, Gertraud, geb. **Grobe**, aus Labiau, Jahnstraße 4, jetzt Heilbronner Straße 19, 28816 Stuhr, am 14. Juli

Jablonowski, Walter, aus Kniprode, Kreis Neidenburg, jetzt Heinrich-Lersch-Straße 6a, 45699 Herten, am 11. Juli

Kahl, Frieda, geb. **Herrmann**, aus Seedranken, Kreis Treuburg, jetzt Uelitzer Straße 11, 19077 Rastow, am 12. Juli

Kapust, Elli, geb. **Renz**, aus Müllsen, Kreis Samland, jetzt Potsdamer Straße 7, 14974 Ludwigsfelde, am 11. Juli

Keller, Martha, geb. **Starrat**, aus Grenzkrug, Kreis Ebenrode, jetzt Am Sportplatz 7, 27389 Stemmen, am 17. Juli

Kleinbeil, Eva-Maria, geb. **Kempf**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Brahmsstraße 20, 23556 Lübeck, am 17. Juli

Mälz, Hanna, geb. **Kyewski**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, jetzt Stieglitzweg 8, 21614 Buxtehude, am 16. Juli

Merchel, Reinhold, aus Skottau, Kreis Neidenburg, jetzt Kastanienweg 5, 63679 Schotten, am 14. Juli

Metz, Helena, geb. **Jendernalik**, ul. Traugutta 5 m. 4, 14-320 Zalewo/Saalfeld, Polen, am 15. Juli

Perret, Christel, geb. **Bindzus**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, jetzt Eichenweg 5, 27607 Langen, am 17. Juli

Raddeck, Ella, geb. **Strewinski**, aus Moterau, Heinrichshof, Kreis Wehlau, jetzt Finkenweg 15, 42929 Wermelskirchen, am 14. Juli

Reimer, Egon, aus Oswald, Kreis Elchniederung, jetzt Gevekohtstraße 3, 28213 Bremen, am 11. Juli

Sauer, Waltraud, geb. **Holz**, aus Waiselhöhe, Kreis Neidenburg, jetzt Ankerstraße 15, 63768 Hösbach, am 11. Juli

Schlate, Hildegard, geb. **Bombien**, aus Ankrehnen, Kreis Samland, jetzt Ritzhütte, 47805 Krefeld, am 16. Juli

Strohm, Traute, geb. **Lettau**, aus Allenburg, Neue Siedlung, Kreis Wehlau, jetzt Hermann-Billung-Straße 10, 29633 Münster, am 15. Juli

Träder, Gisela, geb. **Schulz**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Rehrstieg 46-6, 21147 Hamburg, am 16. Juli

Uredat, Horst, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Rosenstraße 38, 99887 Hohenkirchen, am 13. Juli

Wagner, Irmgard, geb. **Migge**, aus Mostolten, Kreis Lyck, jetzt Auf'm Bögel 13a, 45149 Essen, am 14. Juli

Wermter, Willy, aus Richtenberg, Kreis Treuburg, jetzt Melkstedtdiek 25, 24837 Schleswig, am 11. Juli

Ziegelowski, Edeltraud, geb. **Joswig**, aus Neidenburg, jetzt Berlinickestraße 3, 12165 Berlin, am 12. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Brandenburger, Günter, aus Ebenrode, jetzt Einsteinstraße 72, 75417 Mühlacker, am 11. Juli

Gritzka, Ruth, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, jetzt Straße der Jugend 14a, 16866 Kyritz, am 16. Juli

Groß, Annemarie, geb. **Bartsch**, aus Ankrehnen, Kreis Samland, jetzt Sternstraße 19, 45478 Mülheim an der Ruhr, am 15. Juli

Hampel, Herta, geb. **Stumpf**, aus Lüdtkenfürst, Kreis Heiligenbeil, jetzt AWO Seniorenzentrum „Havelpark", Friedhofstraße 28, 16792 Zehdenick, am 12. Juli

Hegemann, Irmgard, geb. **Stallony**, aus Neukuhren, Kreis Samland, jetzt Schultenstraße 15, 59558 Lippstadt, am 14. Juli

Jüttner, Margarethe, geb. **Proplesch**, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, jetzt Rheindorfer Straße 97, 51371 Leverkusen, am 12. Juli

Kagelmacher, Hanna, aus Pillkoppen, Kreis Samland, jetzt Kieler Straße 48, 51065 Köln, am 13. Juli

Karraß, Frieda, geb. **Gatzke**, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, jetzt Ehlingstraße 90, 45665 Recklinghausen, am 11. Juli

Klimczuk, Christel, geb. **Prostka**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Rudolf-Breitscheid-Straße 14a, 17087 Altentreptow, am 15. Juli

Koop, Erna, geb. **Massalski**, aus Deschen, Kreis Elchniederung, jetzt Tulpenweg 12, 23919 Berkenthin, am 11. Juli

Krajewski, Edeltraud, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, jetzt Oberdörnen 32, 42283 Wuppertal, am 12. Juli

Mateuszik, Günther, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, jetzt Hopfgartener Straße 73b, 99428 Utzberg, am 12. Juli

Meyrowski, Gerda, geb. **Taschke**, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, jetzt Wiesenring 31, 19370 Parchim, am 12. Juli

Moreyko, Erwin, aus Lengau, Kreis Treuburg, jetzt Korbacher Weg 30, 58540 Meinerzhagen, am 11. Juli

Naumann, Irma, geb. **Maschlinski**, aus Milussen, Kreis Lyck, jetzt Burgstätter Straße 38, 09228 Wittgensdorf, am 14. Juli

Path, Edith, geb. **Niedzwetzki**, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, jetzt 23701 Süsel, OT Roebel, am 14. Juli

Pfannschmidt, Traute, geb. **Falk**, aus Gelitten, Kreis Treuburg, jetzt Arnoldsgarten 2, 53639 Königswinter, am 14. Juli

Pichlo, Helmut, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, jetzt Dorfstraße 14, 19249 Gösslow, am 15. Juli

Powierski, Irmgard, geb. **Jestremski**, aus Eschenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Kastanienweg 8, 25337 Köln-Reisigk, am 15. Juli

Reichle, Herta, geb. **Olbrisch**, aus Regeln, Kreis Lyck, jetzt Hirschgasse 6, 77656 Offenburg, am 11. Juli

Schaaf, Heinz, aus Ebenrode, jetzt Bienenstraße 9, 29227 Celle, am 11. Juli

Schneiderat, Irmgard, geb. **Didt**, aus Gumbinnen, Graf-Spee-Straße 4, jetzt Teichweg 3, 01829 Wehlen, am 16. Juli

Selzer-Batzdorf, Ursel, geb. **Batzdorf**, aus Ebenrode, jetzt Hosdelle 39, 40667 Meerbusch, am 11. Juli



Gad, Raimund, und Frau Elli, aus Klein Kanten, Kreis Mohrungen, jetzt Fliederweg 1a, 40721 Hilden, am 14. Juli

Ruschinczyk, Helmut, aus Kleschen, Kreis Treuburg, und Christa, geb. Wünsch, jetzt Schönbörnchener Weg 60, 08371 Glauchau, am 12. Juli

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

TERMINE DER LO

Jahr 2011

16. Juli: Sommerfest des Dachverbandes in Allenstein
23. bis 25. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont
30. September bis 2. Oktober: 8. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Bad Pyrmont
15./16. Oktober: 4. Deutsch-Russisches Forum in Nürnberg und Ellingen
28. bis 30. Oktober: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont
5./6. November: OLV in Bad Pyrmont
7. bis 11. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

LO-Geschichtsseminar

„Siedlungs- und Bevölkerungsgeschichte" ist das Thema des diesjährigen Geschichtsseminars der Landsmannschaft Ostpreußen, das vom 23. bis 25. September 2011 im Ostheim, Bad Pyrmont, von Dr. Sebastian Husen geleitet wird.

Dr. Stefan Hartmann spricht über die ethnischen Verhältnisse in Pommerellen um 1900, Dr. Timo Ibsen (angefragt) über den frühmittelalterlichen Fundplatz mit dem Titel „Etwa hier die Siedlung". Dr. Stefan Hartmann referiert über ethnische, wirtschaftliche und soziale Verhältnisse in Masuren im 15. und 16. Jahrhundert, Günter Uschtrin behandelt die preußischen Litauer im nördlichen Ostpreußen, Ruth Geede die Einwanderung nach Ostpreußen in literarischen Zeugnissen. Prof. Dr. George Turner spricht über die Auswanderung der Salzburger Protestanten und ihre Ansiedlung in Ostpreußen und Dr. Insa Mareike Rega über die sowjetische Neubesiedlung des nördlichen Ostpreußens bis 1950.

Die Seminargebühr beträgt 80 Euro, darin enthalten sind Vollverpflegung und Unterbringung in Doppelzimmern. Einzelzimmer, für einen Zuschlag von 6 Euro pro Nacht, stehen nur in begrenztem Umfang zur Verfügung. Anmeldeunterlagen und nähere Informationen erhalten Sie bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Christiane Rinser M. A., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Fax: (040) 41400819, E-Mail: rinser@ostpreußen.de oder im Internet unter www.ostpreussen.de/lo/seminare/geschichtsseminar.html.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 9. Juli, 18.02 Uhr, RBB: Gesichter des Islam. Reportage.
SONNABEND, 9. Juli, 19.15 Uhr, Arte: Mit offenen Karten. 20 Jahre deutsch-französische Beziehungen (2/2).
SONNTAG, 10. Juli, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
SONNTAG, 10. Juli, 13.30 Uhr, 3sat: Autoput – Der Balkantrip.
SONNTAG, 10. Juli, 22.15 Uhr, 3sat: Sergej in der Urne. Im Kampf gegen Diktaturen quer durch Europa. Dokumentation.
MONTAG, 11. Juli, 18 Uhr, Phoenix: König Kunde in der Warteschleife.
MONTAG, 11. Juli, 22.15 Uhr, Phoenix: Als der Osten noch Heimat war (1+2/3).
DIENSTAG, 12. Juli, 20.15 Uhr, RBB: Bilderbuch. Im Spreetal.
DIENSTAG, 12. Juli, 22.35 Uhr, 3sat: Srebrenica – Die Heimkehr der Toten.
MITTWOCH, 13. Juli, 20.15 Uhr, 3sat: Wissen aktuell. Die letzten Ureinwohner.
DONNERSTAG, 14. Juli, 20.15 Uhr, NDR: Immer ostwärts. Von Berlin nach Wladiwostok.
DONNERSTAG, 14. Juli, 20.15 Uhr, 3sat: Giganten im Kornfeld (1/2). Teil 2: Freitag, 20.15 Uhr.
FREITAG, 15. Juli, 11.15 Uhr, 3sat: Polen – Sehnsucht nach der Heimat.
FREITAG, 15. Juli, 20.15 Uhr, WDR: Abflug in den Urlaub – Von Düsseldorf an den Strand (1/2). Nostalgischer Rückblick.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: schmelter@ostpreussen-info.de, www.ostpreussen-info.de.

Sonntag, 7. bis Dienstag, 16. August: **Sommerfahrt nach Ostpreußen.** Der BJO unternimmt eine Reise in den Kreis Angerburg. Auf dem Programm stehen unter anderem ein Segeltörn auf den masurischen Seen, ein Ausflug in die Rominter Heide sowie Kontakt zur deutschen Volksgruppe. Auskunft unter (02451) 912926 (Schmelter) oder www.ostpreussen-info.de. – Der neue FRITZ ist da! Die „Junge Zeitschrift für Ostpreußen“ enthält viele interessante Beiträge, unter anderem Masurische Menschen im Laufe der Geschichte, Volksabstimmung im südlichen Ostpreußen 1920, Königsberger Schloss, spannende Berichte über Veranstaltungen des BJO. Bestellung: Telefon/Fax: (02451) 912926 (Schmelter) oder www.ostpreussen-info.de.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ludwigsburg – Dienstag, 26. Juli, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Stammtisch der Gruppe.

Reutlingen – Reise zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt vom 28. bis 29. Mai „Ostpreußen – Erbe und Verpflichtung“. Am Freitag, dem 27. Mai, traf sich die Gruppe auf dem alten Busbahnhof. Alle freuten sich darauf in Erfurt dabei sein zu können. Das lebt Ilse Hunger, die Leiterin der Gruppe, vor. Seit zwanzig Jahren fährt sie nach Labiau in Ostpreußen und sorgt mit Gaben aller Art für Waisenkinder, die dort in einem Heim leben. Auch die Gruppe will Gutes tun. Im Bus herrschte eine besinnliche, aber auch angeregte Stimmung. Orte wie Schmal-Kolden oder der Anblick des Schlosses Wilhelmsburg erinnerten an Bilder der deutscher Geschichte. Der Anblick der Wartburg ergriff die Seelen der Reiseteilnehmer. Dies alles zu sehen und zu erleben verdankt die Gruppe Ilse Hunger. Während der zweistündigen Führung durch alle Räume und Stockwerke lebten die alten Sagen und Ereignisse wieder auf. Ergriffen betrachteten die Teilnehmer den aus farbigen Mosaiksteinchen gestalteten Raum der heiligen Elisabeth (1207-1231). Auch das Schicksal Martin Luthers ergriff die Gruppe. Geächtet und verbannt wegen seiner 95 Thesen gegen den Ablasshandel bot ihm die Freundeshand von Kurfürst Friedrich dem Weisen auf der Wartburg Schutz und Unterkunft. Der Führer erzählte lebhaft über den Sängerwettstreit, von dem das große Gemälde von Moritz von Schwind Kunde gibt. Ebenso erzielte der Bilderzyklus des Malers zum Leben der heiligen Elisabeth und ihrer barmherzigen Werke große Wirkung bei den Betrachtern. Es wurde an das Wartburgfest 1817 der deutschen Studenten erinnert und dass die Burg 1945 die innerdeutsche Grenze markierte. Der Wandel der Zeit ließ sie wieder neu erblühen und 1999 zum Weltkulturerbe werden. Nach diesem Erlebnis fuhr der Bus ins verträumte Apfelstädt. Das Auge freute sich an schönen Fachwerkhäusern und der weiten Landschaft, in der Ferne erschienen drei Burgen, genannt die „3 Gleichen“. Dann erreichte die Gruppe ihr Hotel „Park Inn“. Am Sonnabend, dem 28. Mai brachte Busfahrer Rainer die Gruppe zum riesigen Messegelände, aber auch viele zum ökumenischen Gottesdienst in die St. Severikirche auf dem Domberg in Erfurt. Der Eintritt in die große Halle war überwältigend. Ein Chor unzähliger ostpreußischer Stimmen an Tischen und Ständen erklang wie eine Sinfonie. Unglaublich, wie dieses Erdenland die Lebenden zusammenhält, wie unausgesprochen die Worte „Erbe und Verpflichtung“ immerwährend in den Menschen weiterleben. Dies konnte man auch in der Ansprache von Christian Papendick bei der Kulturpreisverleihung erleben. Und ebenso in der Diashow von Helfried Weyer. Ja, selbst die Japanerin Rikako Schindo schrieb eine Dissertation zum Thema: „Ostpreußen, Litauen und die Sowjetunion in der Zeit der Weimarer Republik. Dazu Wirtschaft und Politik im deutschen Osten.“ Dafür wurde sie mit dem Gierschke-Dornburg-Preis ausgezeichnet. Dieser Preis wird von der Dr.-Herbert-und-Marga-Gierschke-Stiftung mit Sitz in Erfurt für wissenschaftliche Arbeiten vergeben, die sich mit der deutschen Siedlungs-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte im Osten beschäftigt. Diese Überfülle an Erlebnissen fand ihre Erfüllung in dem Orgelkonzert des russischen Organisten Artjom Chatschaturow, der im Königsberger Dom Orgelkonzerte gibt. Ein junger Mensch, dem diese Stadt Erbe und Verpflichtung ist: Er schaffte es sogar, die Glocke des Doms erklingen zu lassen. Es lässt sich nicht in Worte fassen, was sich dadurch offenbarte. Am Sonntag, dem 29. Mai, durften alle Teilnehmer zu Beginn der Großkundgebung das Glockengeläut des Königsberger Doms hören. Auch hier fehlen die Worte für das, was Tausende Menschen empfanden, als die Fahnen der einzelnen Bundesländer und Ostpreußens unter den Klängen des Reitermarsches des Großen Kurfürsten hereingetragen wurden. Die Totenehrung, das Ostpreußenlied, das Wort der Jugend, die bedeutenden Festansprachen von Stephan Grigat und Erika Steinbach mit dem Deutschlandlied am Ende ließen die Herzen fast zerspringen. Mit dem Ausmarsch der Fahnen wehte ein Hauch des Verbundenseins bis nach Ostpreußen. Dank den deutschen Partnerstädten, die unermüdlich ostpreußische Gemeinden und Städte hilfreich umsorgen und mit ihnen freundschaftlich verbunden sind. Deshalb hatte die Leitung einen Ausflug in die Stadt des deutschen Geistes und aller Künste, nach Weimar, organisiert. Die Gruppe verneigte sich vor dem Denkmal Goethes und Schillers. Am Abfahrtsmorgen erfüllte sich für die Reiseteilnehmer der Traum, die Saalfelder Feengrotten zu sehen. Bei der Ankunft an diesem Ort im sogenannten Handwerkhof zeigten Handwerker und Künstler ihr vielseitiges Können. Sinnend betrachteten die Teilnehmer den schönen Weihnachtsschmuck. Grottenführer Wilhelm sorgte für ein Erinnerungsfoto und mit „Glück auf“ und „Hab acht“ öffnete er das Tor. Künstliches Licht erhellte sparsam den Weg. Viele Stufen führten unaufhaltsam in die Tiefe. Herr Wilhelm erzählte, dass er selbst Steiger von Beruf war, er hatte die Verantwortung für alle Bergleute, die in mühevoller Handarbeit den schwarzen Alaunschiefer abbauten. Der Alaun war die Grundsubstanz für eine Vielzahl von Mineralien, teils von großer Seltenheit und Farbschönheit. Alaun wurde für viele Kosmetikartikel gebraucht. Vor dem nächsten Abstieg zu den Quellseen verharrte die Gruppe vor einer goldenen Statue der heiligen Barbara, der Schutzheiligen der Bergleute. Ein großer Quellsee, in dem sich farbenreiches mineralisches Gestein in vielgestaltiger Form spiegelt! Zum Schluss überraschte Busfahrer Rainer die Gruppe mit einem Abstecher zur Veste Coburg. Der Kreis schloss sich: „Erbe und Verpflichtung“, auch hier.





BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Landshut – Dienstag, 19. Juli, Insel: Zusammenkunft mit Biergarten-Party.

Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 23. Juli, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Treffen der Kreisgruppe zum Schabbern.



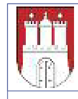
BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.





Königsberg/Samland/Labiau – Freitag, 15. Juli, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Heimatgruppen. Anfragen bei Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

Landesgruppe – Referat Kultur: 12. Heimattreffen im norddeutschen Raum. Neuer Termin: Sonnabend, 1. Oktober, 10 bis 17 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Platz: Heimatmarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften. – Aus dem Regierungsbezirk Gumbinnen. Sonnabend, 23. Juli, 10 bis 17 Uhr (Einlass 9.30 Uhr), Hotel „Zur Glashütte“ der Familie Stubbe, Segeberger Chaussee 309, 22851 Norderstedt, Telefon (040) 529866-0, Fax (040) 529866-35. Programm: 10 bis 10.30 Uhr Begrüßungen und Informationen über alles, was die Gruppe bewegt. 10.30 bis 12 Uhr „Kunst und Kultur in Ostpreußen“. Manfred Samel, ein Insterburger, wird aus der Kulturgeschichte der Heimat mit Lichtbildvortrag berichten. So zum Beispiel über Leben und Werk des ostpreußischen Komponisten Herbert Brust (Land der dunklen Wälder ...) oder Bau und Geschichte des Königsberger Schlosses von 1740 bis 1945. Auch andere Themen sind vorgesehen, wenn die Zeit reicht. In 90 Minuten erleben wir ein lebendiges Kulturseminar. 12 bis 14 Uhr Mittagspause. 14 bis 15 Uhr „Land der dunklen Wälder ...“ Singen gemeinsam mit dem LAB-Chor Hamburg unter der Leitung von Dieter Dziobaka. Danach folgen heimatliche Volkslieder und in Erinnerung an die Jugendzeit alte Schlagermelodien (Oldies). 15 bis 15.45 Uhr Ostpreußische Mundart und Ostpreußenplatt sollen nicht vergessen werden. Siegfried Grawitter wird die Gruppe literarisch versorgen und Humorvolles inszenieren. Dabei ergreift auch Hans Günter von Gumbinnen zu Ostpreußen die Initiative und versucht zu musizieren. Es darf gelacht werden. Gegen 15.45 Uhr gibt es eine Kaffeepause, mit der das Heimattreffen langsam ausklingt. Nach Veranstaltungsschluss (17 Uhr) können individuelle Geselligkeiten in den Gasträumen weitergeführt werden. Das Hotel ist von der A 7 kommend Abfahrt Schnelsen Nord / Norderstedt über die B 432 in Richtung Bad Segeberg nach 12 Kilometern zu erreichen. Parkmöglichkeiten sind reichlich vorhanden. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln bis U-Bahn-Station Ochsenzoll, von da ab mit dem Bus 378 Richtung Bad Segeberg. Nach 10 Minuten Fahrt an der Haltestelle Hofweg, gegenüber dem Hotel, aussteigen. Bei der U-Bahn-Station ist auch ein Taxistand. Die Übernachtungen sind inklusive Frühstücksbuffet und Nutzung des Hallenschwimmbades. Die Gruppe freut sich auf ein Wiedersehen! Gäste sind herzlich willkommen! Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat außer Juli und August im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg-Wilhelmsburg – Montag, 25. Juli, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatliche Veranstaltung.

KREISGRUPPE



Heiligenbeil – Sonnabend, 16. Juli, 14 Uhr, Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7: Sommerfest. Hierzu sind alle Mitglieder der Gruppe und Freunde herzlichst eingeladen, mit der Gruppe bei Kaffee und Kuchen in geselliger Runde einige fröhliche Stunden zu verbringen. Kostenbeitrag für Kaffee, Kuchen und einen Vortrag: 5 Euro. Der Seniorentreff ist mit der Buslinie 116 ab den U-Bahn-Stationen Hammer Kirche, Billstedt oder Wandsbek-Markt zu erreichen. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 30067092 bis 15. Juli.

FRAUENGRUPPE



Hamburg-Bergedorf – Freitag, 22. Juli, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Ludwig-Rosenberg-Ring 47: Treffen der Frauengruppe.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«



HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

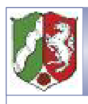
Wiesbaden – Dienstag, 12. Juli, 15 Uhr, Wiesbadener Tennis- und Hockey-Club, Nerotal, Gaststätte: Treffen der Frauengruppe. Das Garten-Restaurant ist zu erreichen mit dem ESWE-Bus, Linie 1, Haltestelle Nerotal (Endhaltestelle). Wer Lust zu einem Spaziergang hat, steigt bereits an der Haltestelle Kriegerdenkmal aus. Von dort geht die Gruppe um 14.30 Uhr durch die Nerotal-Anlagen zur Gaststätte. Organisation und Leitung Helga Kukwa. – Sonnabend, 16. Juli, 15 Uhr, Erbenheim, Kleingartenverein am Wasserwerk: Sommer-Gartenfest. Am Grill werden Steaks und Würstchen zubereitet. Dazu gibt es Kartoffelsalat oder Brötchen. Zuvor werden die Teilnehmer mit Kaffee und Kuchen verwöhnt. Zur Unterhaltung tragen der Frauenchor, kleine Spiele und Musik bei. Anmeldungen bitte bis 9. Juli bei Familie Schetat, Telefon (06122) 15358.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Hildesheim – Donnerstag, 14. Juli, 15 Uhr, Bürgermeisterkapelle, Rathausstraße 8: Mitgliederversammlung. Rüdiger Epp hält einen Dia-Vortrag mit dem Thema „Eine Rundfahrt durch den Thüringer Wald und Ostpreußen-Treffen in Erfurt vom 27. bis 29. Mai 2011“.



NORDRHEIN-WESTFALEN

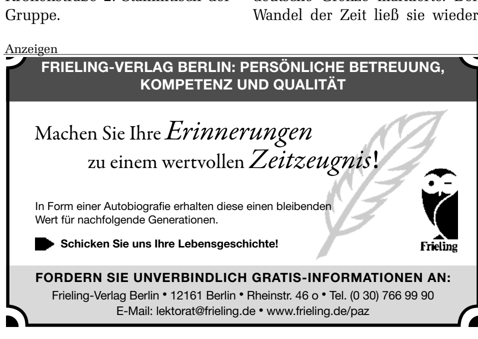
Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Mittwoch, 20. Juli, ab 17.30 Uhr, Erkerzimmer der Stadthalle Bad Godesberg: Stammtisch.

Bonn – „Ostpreußen lebt“. Vor 60 Jahren, am 19. Juni 1951, gründete Rechtsanwalt Dr. Hermann Suckow mit anderen Ostpreußen, die der Weg nach Flucht und Vertreibung aus ihrer Heimat in die Beethovenstadt geführt hatte, die Bonner Kreisgruppe der Landsmannschaft Ostpreußen. Sie gab ihnen damals in der noch völlig fremden und zerbombten Stadt am Rhein durch Treffen mit Landsleuten erstmals wieder das Gefühl, die tiefgreifenden Folgen der Entwurzelung überwinden zu können. 19 Jahre lang stand Suckow der Kreisgruppe vor, ihm folgte für sieben Jahre Ministeri-

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

Anzeigen



Pflegebedürftig, was nun?
Verantwortungsbewusstes Personal aus Polen wohnt bei Ihnen zu Hause und betreut Sie rund um die Uhr.
Tel. 04 51 / 81 31 117, Frau Verwiebe

Königsberg · Masuren
Danzig · Kurische Nehrung
DNV-Tours · Tel. 07154/131830

Erben aus den Familien DAUMANN / RAUDIES gesucht!
In einer Nachlassache suche ich Verwandte der Eheleute: Jakob Daumann, geb. 1886 in Kurpen, damals Krs. Heydekrug (Ostpreußen) und Martha geb. Raudies, geb. 1882 in Jaunen b. Neustadt (Litauen). Bekannt ist nur eine Verwandte, nämlich: Else Daumann, die mind. 1908 noch gelebt hatte. Die Familie Jakob Daumann und Martha geb. Raudies haben nach ihrer Heirat im Ruhrgebiet gelebt, unbekannt ist der Verbleib der Tochter Martha Daumann, geb. 1907. Abkömmlinge von Martha Daumann bzw. Verwandte der Eheleute Daumann/Raudies werden als Erben gesucht.
Meldungen erbeten an: **A. Wolf und S. Wolf-Mohr, Erbenermittlung, Postfach 61, 76471 Iffezheim, Telefon-Nr. 0 72 29 – 3 05 60.**

Schreiben Sie?
Wir veröffentlichen Ihr Manuskript!
Seit 1977 publizieren wir mit Erfolg Bücher von noch unbekannten Autoren. Kurze Beiträge passen vielleicht in unsere hochwertigen Anthologien. Wir prüfen Ihr Manuskript schnell, kostenlos und unverbindlich.
edition fischer
Orber Str. 30 • Fach 71 • 60386 Frankfurt
Tel. 069/941 942-0 • Fax -98 / -99
www.verlage.net
E-Mail: lektorat@edition-fischer.com

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

alrat Alfred Mikoleit. Seit 1977 ist Manfred Ruhnau Vorsitzender der Bonner Ostpreußen. Die Landsmannschaft ist eine überparteiliche und überkonfessionelle Organisation, die sich als Schicksalsgemeinschaft der aus ihrer angestammten Heimat vertriebenen oder vor der Roten Armee geflüchteten Ostpreußen versteht. Ihr Engagement und das ihrer Nachkommen und Freunde in Bonn gilt seit Jahrzehnten dem Einsatz für das Menschenrecht auf die Heimat, der Bewahrung des ostpreußischen Kulturerbes, der Hilfe für die in der Heimat verbliebenen Deutschen und dem Brückenbau zu den neuen Bewohnern Ostpreußens, von denen viele selbst Opfer der sowjetischen Vertreibungspolitik sind. Die Bonner Kreisgruppe steht ganz zu diesem Engagement. Für die Gedenkstunde am 25. Juni im Haus der Evangelischen Kirche hatte Ruhnau dem Oberbürgermeister die Schirmherrschaft angetragen. Jürgen Nimptsch sagte sofort zu. Er knüpfte damit an die Tradition seines Vorvorgängers Hans Daniels an, der sich stets als Oberbürgermeister aller Bonner – also auch der Vertriebenen – begriffen hatte. Die Veranstaltung war eine Gedenkstunde, keine Feierstunde, denn das Motiv für die Gründung der Kreisgruppe war ja der Verlust der angestammten Heimat. Trotzdem war die Gedenkstunde keine Trauerstunde, denn seit dem Zusammenbruch des Kommunismus wachsen allmählich freundschaftliche Bande zwischen den Ostpreußen und den neuen Bewohnern ihres Heimatlandes. Daran hat die Bonner Kreisgruppe intensiven Anteil. Und es gibt die begründete Hoffnung, dass ein Ausgleich mit den östlichen Nachbarn auf der Grundlage von Wahrheit und Recht und gegenseitiger Achtung in einem gemeinsamen Hause Europa möglich werden könnte. Der Gedenkstein in Frauenburg, auf dem in deutscher und polnischer Sprache der vielen tausend im Haff Ertrunkenen gedacht wird, ist ein Symbol für dieses wachsende gegenseitige Verstehen von Mensch zu Mensch – unterhalb der offiziellen, der staatlichen Ebene. Dass der Geist dieses wachsenden gegenseitigen Verstehens sich auch auf die Mehrheit der politischen Ebene in Polen auswirken möge, ist Herzenswunsch aller Ostpreußen. Hier ist leider noch viel zu fordern – man denke nur daran, dass trotz des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages noch immer die deutsche Volksgruppe ihre Kinder in keine Kindergärten und Schulen schicken kann, in denen die deutsche Muttersprache eindeutig in ausreichendem Maße gelebt wird. Die Gedenkstunde wurde von Manfred Ruhnau vorbereitet und geleitet. Sie begann mit einer von Prof. Dr. Hans Jörissen und Altbischof Klaus Wollenweber gestalteten ökumenischen Andacht. Das Programm wurde von Lehrern der Musikschule St. Augustin umrahmt. Im Mittelpunkt der Gedenkstunde stand die große Rede des neuen Sprechers der Landsmannschaft, Stephan Grigat. Er, der 19 Jahre nach der Vertreibung in Westdeutschland geboren wurde, symbolisiert den Generationswechsel in der Führung der Organisation. Wie auf dem Deutschlandtreffen der Ostpreußen am 29. Mai in Erfurt forderte Grigat seine Landsleute auf, sich den Aufgaben und Zielen der „Landsmannschaft Ostpreußen im 21. Jahrhundert“ mit Bekenntnis und Tat zu stellen. Aber Grigats Forderungen richteten sich auch an die deutsche Politik und Gesellschaft: „Ostpreußen muss als Teil des historischen Deutschlands im Bewusstsein des deutschen Volkes verankert werden. Die deutsche Kultur Ostpreußens ist zu bewahren und weiterzuentwickeln. Das Wissen der mittleren und jüngeren Generation über den deutschen Osten und seine Geschichte ist erschreckend schwach, was vor allem daran liegt, dass es zielgerichtet totgeschwiegen worden ist und in den Schulbüchern kaum noch vorkommt. Der Bestand der Deutschen Volksgruppe ist zu sichern. Diese Deutsche Volksgruppe in Ostpreußen ist in mehrfacher Hinsicht Bindeglied. Sie ist Bindeglied zwischen uns Ostpreußen im Bundesgebiet und den Ostpreußen in der Heimat. Sie ist auch Bindeglied zwischen der heutigen polnischen Mehrheitsbevölkerung und den Angehörigen und Nachkommen der früheren deutschen Mehrheitsbevölkerung. Sie ist unverzichtbar. Wir werden unsere Landsleute in Ostpreußen mit aller Kraft unterstützen, ihre Identität zu bewahren und fortzuentwickeln und gleichzeitig Lebensperspektiven in Ostpreußen zu entwickeln und zu leben. Ostpreußen hat im Laufe der Geschichte viele Umwälzungen erlebt – und es hat 1945 nicht aufgehört zu bestehen. Ostpreußen ist vielschichtig. Es ist Geschichte, Heimat, Platz unserer Wurzeln, Natur, Lebensfreude, Ort unserer Träume, Wünsche und Sehnsüchte – untrennbar mit unserem Schicksal verbunden. Wir bekennen uns zu Ostpreußen! Ostpreußen ist uns Erbe und Auftrag. Ostpreußen ist Zukunft. Ostpreußen lebt!“ Die Gedenkstunde klang aus mit dem Ostpreußenlied und der Nationalhymne. Im Anschluss gab Manfred Ruhnau im Namen der Bonner Kreisgruppe der Landsmannschaft Ostpreußen einen Empfang für die Teilnehmer an der Gedenkstunde.



Düsseldorf – Donnerstag, 21. Juli, 19.30 Uhr, GHH/Raum 312/412: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Sonnabend, 23. Juli, 9.45 Uhr, Infostand Düsseldorf Hauptbahnhof: Wandertreff mit dem Ziel Bienenzucht-Verein Ratingen-Ost. – Mittwoch, 27. Juli, 8 Uhr: Kreuzfahrt mit der „Riverlady“, einem historischen Mississippi-Raddampfer, von Rees nach Arnheim, Mittagessen an Bord, zweieinhalbstündiger Aufenthalt in Arnheim für Bummel oder Führung. Veranstalter LO Düsseldorf, Telefon (0211) 682318. – Mittwoch, 27. Juli, 6 Uhr bis Donnerstag, 4. August: Große Ostpreußenfahrt der LO Neuss. Abfahrt ab Stadthalle 6 Uhr, ab Knuffmann 6.15 Uhr. Anmeldungen nimmt entgegen: Peter Pott, Vorsitzender der LO Neuss, Zollstraße 32, 41460 Neuss, Telefon (02131) 3843400. – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH/Eichendorff-Saal, I. Etage: Singprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft unter Leitung von Radostina Hristova.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Donnerstag, 14. Juli, 15

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Anzeigen

„Achte jedes Mannes Vaterland, aber das deine liebe!“ (Gottfried Keller)



Zur großen Armee wurde abberufen

Dr. agr. Herbert Gierschke

Oberst a.D.

Eisernes Kreuz I. und II. Klasse

∗ 22. Mai 1920 Weimar † 25. Juni 2011 Hamburg

Sein Leben war geprägt von Pflichterfüllung, Selbstlosigkeit, Fürsorge und Einsatz für die ihm Anvertrauten und großer Vaterlandsliebe. Als junger Frontsoldat nahm der Verstorbene an den Kämpfen der 71. Infanterie-Division von Sedan/Verdun bis vor Stalingrad und vom Monte Cassino bis Ungarn zuletzt als Hauptmann und Kompaniechef teil. Nach seiner erzwungenen Übersiedlung von Thüringen nach Westdeutschland 1953 und dem Abschluss eines landwirtschaftlichen Studiums trat Dr. Herbert Gierschke 1960 in die Bundeswehr ein. Von 1967 bis 1979 war er als „Dozent Wehrgeographie“ für die Generalstabsausbildung an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg verantwortlich. 1999 errichtete er zusammen mit seiner Frau Marga die von der Landsmannschaft Ostpreußen verwaltete „Dr. Herbert und Marga Gierschke-Stiftung“. Zweck der Stiftung ist es dazu beizutragen, dass die gewaltigen 1000-jährigen Leistungen und Leiden der Deutschen im Osten Europas nicht vergessen und aus dem historischen Zusammenwirken der Staaten und Völker Osteuropas Lehren für die Zukunft gezogen werden.

Wir trauern um einen aufrechten Patrioten

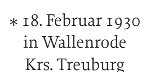
Unser Mitgefühl gilt seiner Frau Marga Gierschke

Der Vorstand der Dr. Herbert und Marga Gierschke-Stiftung

Dr. Sebastian Husen Dr. Wolfgang Thüne Wilhelm v. Gottberg



In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von



Bruno Trimkowski

∗ 18. Februar 1930 in Wallenrode Krs. Treuburg † 19. Juni 2011 in Magdeburg



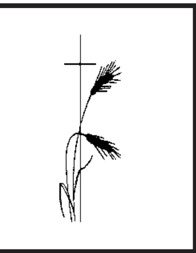
Bruno Trimkowski war seit Oktober 1994 Vorsitzender der Landesgruppe Sachsen-Anhalt.

Der Verstorbene war am Aufbau landsmannschaftlicher Strukturen in Mitteldeutschland maßgeblich beteiligt und hat sich dadurch bleibende Verdienste um die Landsmannschaft Ostpreußen erworben.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Gottfried Hufenbach Stellv. Sprecher | **Stephan Grigat** Sprecher | **Friedrich-Wilhelm Böld** Schatzmeister





Fern ihrer unvergessenen Heimat entschlief

Erika Krull

geb. Rohde

∗ 7. August 1921 Preußisch Holland † 22.Juni 2011 Bad Doberan

In Liebe und Dankbarkeit
Rosemarie Wiendieck, geb. Krull

18211 Bargeshagen, Tarnowstraße 48

91 Jahre voller Kraft und Energie, wir danken dir von Herzen.

Am 19. Juni 2011 entschlief

Rosemarie Gerotzky

geb. Strehl

In Liebe und Dankbarkeit
Detlef und Cornelia Gerotzky, geb. Schröder
Petra Mostegl, geb. Gerotzky
Sven und Heike Mostegl, geb. Voigt
Rose Mostegl
Axel Grebenstein, geb. Gerotzky und Anja
André und Alina

Traueranschrift: A. Grebenstein, Eichenallee 18, 21220 Seevetal

Wir nehmen im engsten Familienkreis Abschied.

Alle noch lebenden deutschen Rheiner trauern um die langjährige Vorsitzende der Ortsgemeinschaft Rhein.

Gertrud Hass

geb. Hölzner

geb. 4. 1. 1924 in Rhein/Ostpreußen gest. 12. 6. 2011 in Castrop-Rauxel

Sie hielt uns immer zusammen und nahm uns auch auf vielen Reisen mit in die geliebte Heimat, solange es ihre Kraft zuließ. Der Name Gertud Hass wird uns Rheinern stets in dankbarer Erinnerung bleiben.

Die Trauerfeier mit anschließender Grabbeisetzung fand am Freitag, den 17. 6. 2011, um 9.45 Uhr in Castrop-Rauxel in der Kapelle Friedhofstraße statt.

Eventuell freundlich zugedachte Geldzuwendungen bitten wir auf das Konto 072 076 990, BLZ 440 501 99, Stadtsparkasse Dortmund zu überweisen. Als Verwendungszweck: Grabgestaltung Gertrud Hass (bitte angeben).

Wenn Sie einen Todesfall zu beklagen haben, kann Ihre Anzeige bereits in der nächsten Woche erscheinen.

www.preussische-allgemeine.de

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Buchtstraße 4 · 22087 Hamburg
Tel. 0 40 / 41 40 08 47 · Fax 0 40 / 41 40 08 51

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Uhr, Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9, 33330 Gütersloh: Treffen der Frauengruppe.

Köln – Dienstag, 19. Juli, Bürgerzentrum Deutz, Tempelstraße: Treffen der Gruppe.

Lippe – Bericht vom Deutschlandtreffen der Ostpreußen – Museen und Gedenkstätten. Das Deutschlandtreffen der Ostpreußen vom 28. bis 29. Mai war ein interessantes Wiedersehen für uns Insterburger, die Ostpreußen und ihre Freunde. Die Teilnehmerzahl von zirka 15 000 übertraf die Erwartungen der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), der neue Sprecher der LO, Stephan Grigat, bestand seine Feuertaufe und Erika Steinbach, die Vorsitzende des BdV, sprach klare markante Worte und erntete viel Beifall. Bei der Vorbereitung zu diesem Treffen hat sich der Vorsitzende mit dem Thema Gedenkstätten befasst. Natürlich sind das Ostpreußen-Museum in Lüneburg und das Kulturzentrum Ostpreußen im Deutschordensschloss in Ellingen, daneben auch das Brandenburg-Preußen-Museum in Wustrau für uns wichtige Erinnerungsstätten der Geschichte, der ostpreußischen Kultur, des Landes und der Menschen. Auch wird der Aufbau und die Fortentwicklung der staatlichen Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ entscheidend sein für die wahrheitsgemäße Darstellung der Ereignisse für künftige Generationen. Vielleicht können viele von uns mit dazu beitragen. Seit vielen Jahren findet das Ostpreußentreffen der LO NRW im Juli auf Schloss Burg an der Wupper bei Solingen statt. Mit dem Aufbau der Gedenkstätte des Deutschen Ostens im Batterieturm began 1950, sie wurde 1951 eingeweiht; 1956 erfolgte die Übergabe des Glockenturms mit der 1736 in Königsberg gegossenen Glocke aus dem Königsberger Dom und zwei Glocken aus Breslau, 1962 wurde das Mahnmal der Vertreibung im Innenraum eingeweiht und 1975 die Wappen aller ostdeutschen Provinzen angebracht. Für den einwöchigen Aufenthalt Ende Mai in Thüringen waren neben den Schönheiten des Thüringer Waldes auch der Altvaterturm am Wetzstein in 792 Metern Höhe in der Gemarkung Lehesten Brennersgrün ein wichtiges Ausflugsziel. Mit uns besuchte auch eine Reisegruppe der Ostpreußen aus Chemnitz diesen Turm, so konnten wir einen hervorragenden Vortrag durch den stellvertretenden Vorsitzenden des „Altvaterturmvereins“ Willi Rimpl genießen. Die Heimatfreunde aus dem Altvatergebirge im Ostsudetenland haben als Ersatz für den 1957 in der Heimat abgerissenen Turm nach langer Planung auf dem Wetzstein im Thüringer Wald nahe der Grenze zu Bayern mit dem Bau des neuen Altvaterturms begonnen und ihn 2004 feierlich eingeweiht. Das Bauwerk mit einer Aussichtsplattform auf 824 Metern über N.N. präsentiert im Kellergeschoss die Elisabeth-Kapelle mit Ortsgedenktafeln der ehemals deutschen Städte und Gemeinden des Altvatergebirges mit dem Namen, der Einwohnerzahl, den im Krieg Gefallenen und den Toten durch Vertreibung. Die mit Holz vertäfelten Gasträume im Erdgeschoss schmücken farbige Holzwappen, die von den Heimatgemeinschaften gestiftet wurden. In den Nischen der Außenfassade sind Gedenktafeln angebracht, auf denen die schlimmsten Ereignisse der Jahre 1945/46 dargestellt werden. Auf den Zinnen der Anbauten des Turmes sind 16 Skulpturen angebracht; die abstrakt dargestellten menschlichen Körper stehen je Skulptur für eine Million Vertriebene, aber auch je Skulptur für 16 000 getötete Menschen nach Ende des Krieges. Im Treppenhaus künden Doppelwappen von Städten und Dörfern der sudetendeutschen Heimat zusammen mit denen der neuen Wohnorte vom schweren Beginn eines vertrauensvollen Zusammenlebens. Die einzelnen Stockwerke sind individuell ausgestattet, darunter auch ein Ostpreußenzimmer, eingerichtet durch das Kulturzentrum Ellingen. Der Altvaterturm stellt – nach dem Willen der Gestalter – mit seinen eindrucksvollen geschichtlichen Inhalten einen Baustein für ein gemeinsames europäisches Haus dar, in dem übersteigerter Nationalismus, Intoleranz, Völkerhass und Willkür keinen Platz haben. Schließlich steht auch in Horn-Bad Meinberg zwischen der Burg und der Burgscheune in Horn ein ansprechendes, eindrucksvolles Denkmal für die Vertriebenen, das von Elfi Harte aus Kulm und Ernst Harte aus Horn gestiftet worden ist. In jedem Jahr findet dort am Nachmittag des Volkstrauertages die Gedenkfeier des BdV und des „Heimattreffs“ statt. Bei einem Aufenthalt in Lippe ist eine Tour nach Horn sehr empfehlenswert.



Witten – Montag, 18. Juli, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6-10: Aktuelles aus Ost- und Westpreußen. Berichte vom Ostpreußen-Treffen.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag ab 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Mölln – Vortrag über das Baltikum und Matjesessen. Am 22. Juni trafen sich Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen im Quellenhof Mölln zu ihrem traditionellen Matjesessen. Zuvor hielt Edmund Ferner aus Burg auf Fehmarn einen Vortrag über „Die drei baltischen Staaten in ihrer Entstehung und geschichtlichen Entwicklung“. Er legte dabei den Schwerpunkt auf die Deutschen, die dort gelebt hatten. Zu den Balten gehören Letten, Litauer, Kuren und Prußen. Die Esten sind keine Balten, sondern gehören zur finnisch-ugrischen Sprachfamilie. Im 13. Jahrhundert wurden Lettland und Estland, damals Livland genannt, vom Schwertbrüder-Orden unter Führung des Bremer Bischofs Albert I. erobert. Der Deutsche Orden wurde der Landesherr in Livland. Kirche, Adel, Bürgertum und Bauern waren an der deutschen Ostsiedlung beteiligt, die auch von slawischen Fürsten gewollt war. Ab 1524 setzte sich in Livland die Reformation durch. Luther ließ den Katechismus ins Lettische und Estnische übersetzen. Ab 1530 gehörte Livland zum Heiligen Römischen Reich. Um sich vor der russischen Bedrohung zu schützen, unterstellten sich Livland und Kurland polnischer Oberhoheit. 1629 eroberte Schweden den größten Teil Livlands. 1721 eroberte Peter der Große das Gebiet, das jedoch vom deutsch-baltischen Adel bis 1919 autonom verwaltet wurde. Großgrundbesitz und Stadtbürgertum (also die Intelligenz) waren deutschsprachig. Hauslehrer wurden aus Deutschland geholt. Die Universität Dorpat war von Deutschen gegründet worden. Im Ersten Weltkrieg kämpften Deutsche auf russischer Seite und später mit Letten und Esten gegen die Bolschewiken. Nach der Revolution 1917 wurden die Deutschen ersatzlos enteignet und im Zweiten Weltkrieg wurde die deutsche Volksgruppe im Zuge des Hitler-Stalin-Pakts in die Gegend von Posen (Warthegau) umgesiedelt. 1945 musste sie weiter nach Westen ziehen. Dieser sehr ausführliche Vortrag stieß bei den Zuhörern auf großes Interesse, zeigte er doch, wie sehr das Baltikum von Deutschen geprägt wurde; die EU-Mitgliedschaft der baltischen Staaten ist somit zu begrüßen.

Neumünster – Der Jahresausflug der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Neumünster, am 9. Juni führte nach Glückstadt – eine Kleinstadt an der Elbe mit 13 000 Einwohnern im Kreis Steinburg. Sie ist die Stadt der traditionellen Matjesverarbeitung! Wo isst man in Glückstadt Matjes? Die Gruppe aß im Restaurant „Kandelaber“. Sie erwartete ein großes Schlemmerbuffet, unter sieben verschiedenen Matjes-Spezialitäten und zehn schmackhaften Saucen konnte man wählen, dazu leckere grüne Bohnen, Speckstippe, Bratund Pellkartoffeln. Vom Chef Henning Plotz erfuhren die Teilnehmer Wissenswertes über den Glückstädter Matjes, seine Herkunft und Verarbeitung. In Vakuumschalen verpackt, konnte die Gruppe verschieden zubereitete Matjes kaufen. Die Fangzeit des jungen, fetten Herings ist sehr begrenzt – von Ende Mai bis Mitte Juni. Die „Rohware“ bezieht Herr Plotz direkt von den dänischen und norwegischen Fischern, die den frischen Fang in Skagen anlanden. Der reichliche Fang wird eingefroren und so hat der Chef das ganze Jahr über frischen Hering zur Verarbeitung. Im Gegensatz zum holländischen und norwegischen Matjes kommt der deutsche Matjes nicht mit Schwanz und Gräten, sondern als appetitliches Filet in den Handel. Außen glänzt der Matjes silbrigbraun und immer leicht rötlich. Übrigens: Die Glückstädter Matjes-Spezialitäten werden nicht wie sonst üblich in einer öligen Lake, sondern sorgfältig mit den entsprechenden Kräutern und Gewürzen vakuumverpackt. Es werden keine künstlichen Zutaten oder Matjesreifer verwendet. Glückstädter Matjes werden ausschließlich nach Tradition mit Salz eingelegt. Nur junger Hering wird verwendet, etwa drei, vier Jahre alt, der sich im Frühjahr ein schönes Fettpolster angefressen hat und noch keinen Ansatz von Milch und Rogen besitzt. Auf der Hinfahrt gab es ein Rätsel zu lösen. Brigitte Profé hatte sich das bekannte Teekesselchen-Ratespiel ausgedacht. Zwei Dinge gleicher Bezeichnung, aber unterschiedlicher Beschaffenheit waren zu raten. Lösungswort: Teekesselchen Nr. 1 – „Mensch“ Hering mit Nachnamen, Teekesselchen Nr. 2 – der „Fisch“ Hering. Drei Preise konnten verteilt werden. Gesättigt, zufrieden und bei Sonnenschein fuhren die Teilnehmer nach Brunsbüttel, als Hafen- und Schleusenstadt an der Elbe und Nordsee-Kanal bekannt, zum Yachthafen zum Kaffeetrinken. Hautnah sahen sie vom Café aus Schiffe in allen Größen fahren. Kaffee satt, Torten und Kuchen reichlich und leckere Eisspezialitäten bildeten den kulinarischen Abschluss der abwechslungsreichen Fahrt. Gegen 18.30 Uhr traf die Gruppe in Neumünster ein.

Gesprächskreis für Kriegskinder

Kürzlich erschien das Buch „Postelberg Kindeskinder – Träume und Trauma“ im Gerhard-Hess/Odertor-Verlag, bei dem Jenny Schon Mitautorin ist (www.jennyschon.de). Nach ihren Lesungen erfuhr die Autorin, dass es noch immer Menschen gibt, die keine Möglichkeit haben, über ihre Kindheitserlebnisse und -traumata mit ebenfalls Betroffenen zu sprechen.

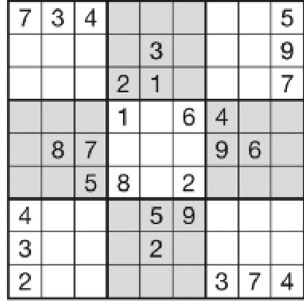
Unter der Schirmherrschaft der Präsidentin des Frauenverbandes im BdV, Sibylle Dreher, Veranstalterin der Reihe „Lange Schatten“, bietet Jenny Schon jetzt eine monatliche Gesprächsrunde für Menschen an, die als Kriegskinder oder Kriegsenkel in Folge des Zweiten Weltkriegs und seiner Vertreibungen bei einer Tasse Tee über sich und ihre Kindheit sprechen möchten. Über rege Teilnahme würde Frau Schon sich freuen. Vorherige Anmeldung erbeten unter der E-Mail-Adresse: jenny.schon@arcor.de; nur in Ausnahmefällen telefonisch (Anrufbeantworter) (030) 892 13 38.

Jeden ersten Donnerstag im Monat beginnend 4. August 2011, 15 Uhr, treffen sich Interessierte in Berlin-Kreuzberg, Methfesselstr. 42, 6. Stock (Fahrstuhl), Klingel: Frauenverband (Nähe U-Bahn-Station U 6 Platz der Luftbrücke, dann über die Dudenstraße).

geringe Länge oder Dauer · Weltmacht (Abk.) · verborgen · himmelblaue Farbe · Kontinent · griechischer Buchstabe · ukrain. Schwarzmeerhafen · Staat in Nahost · Fehlschlag (engl.) · starke Abneigung · oberägyptische Stadt · auf etwas, jemanden zu · amerik.-engl. Dichter (T. S.) · Stückmaß (12 Dutzend) · Art und Weise (lat.) · Grundbesitzer im Mittelalter · Glücksspiel (Kzw.) · Stimmzettelbehälter · Anpflanzung · span.: Fluss · chirurgisch eingreifen · Getreidespeicher · baumlose Kältesteppe · luftförmiger Stoff · Kanal in dt. Küstenstädten · ein Blechbläser · Schiff zum Übersetzen · italienische Weinstadt · wirklich · Vereinswechsel (Berufssportler) · Sperrklinke · Wendekurve · ausgenommen, frei von · holländischer Käse · Täuschung · dramat. erzählendes Gedicht · Fadenverknüpfung · gespaltenes Stück Holz · Kanton der Schweiz · regnerisch und kühl · Gewebe in Köperbindung · Lochverstecher, Pfriem · anschnallen · gefallsüchtig; eingebildet · Zauberwesen; Zauberwurzel · Raubfisch · Wanderhirt · Flugzeughalle · Rasenpflanze · griechische Göttin · Gliederreißen · astrologisches Kartenorakel · Kirchenmusikinstrument · Stadt am Niederrhein (NRW) · Branntwein aus Wermut · knielanger Anorak · im Kehlkopf erzeugter Klang · unverfälscht · besonders; außerdem · Gesichtspartie · Monatsname · männliches Borstentier · Körperorgan · freundlich · franz. Kurort an der Riviera · indianisches Pfeilgift · span. Sängerin (Montserrat) · rentieren, von Nutzen sein · Kopfbedeckung · Teil des Essbestecks · stehendes Binnengewässer · kontra; trotz · britischer Südpolarforscher (Robert F.) · Affodillgewächs, Heilpflanze · Kopfschmuck des Herrschers · Schaumwein · Autgeld · schlechte Angewohnheit · Angestellter e. Geldinstituts · Stadt in Mittelitalien, am Arno · Zitterpappel · runde Schneehütte der Eskimos · Begrenzung einer Fläche · Anzahl kleiner Lebewesen · persönl. Fürwort (dritte Person) · Leiter, Treppe außenbords · kurz für in dem · Kfz-Zeichen Bayreuth · Schreitvogel, Sichler · Trinkgefäß · Schmuckstein · chem. Zeichen für Nickel · Kraftfahrzeugart · farb- und geruchloses Heizgas · Musik: Übungsstück (franz.)

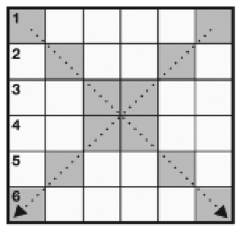
PAZ11_27

Sudoku



Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



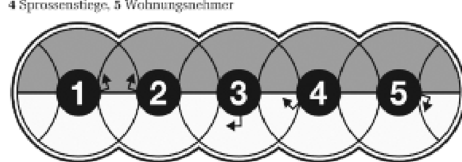
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, nennen die beiden Diagonalen zwei Südfrüchte.

1 leeres Gerede
2 Flottenwesen
3 Endrunde, Schlusskampf
4 Teil des Plattenspielers
5 Erfindungsschutzurkunde
6 Lehranstalt

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Arbeitskollegen.

1 Klangfarbe der Stimme, 2 Preisverzeichnisse, 3 Schlagwechsel (Trommel), 4 Sprossenstiege, 5 Wohnungsnehmer



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Blabla, 2. Marine, 3. Finale, 4. Tonarm, 5. Patent, 6. Schule – Banane, Ananas

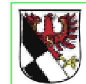
Kreiskette: 1. Timbre, 2. Tarife, 3. Wirbel, 4. Leiter, 5. Mieter – Mitarbeiter

Sudoku:

7	3	4	6	8	9	1	2	5
8	1	2	7	3	5	6	4	9
5	9	6	2	1	4	8	3	7
9	2	3	1	7	6	4	5	8
1	8	7	5	4	3	9	6	2
6	4	5	8	9	2	7	1	3
4	7	1	3	5	9	2	8	6
3	6	8	4	2	7	5	9	1
2	5	9	6	8	1	3	7	4

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Goldaper Sommerfest 2011. Die Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e.V. und die Goldaper Gesellschaft der Deutschen Minderheit in Goldap laden herzlich zum 16. Goldaper Sommerfest ein. Das Fest findet am 9. Juli 2011 auf den Seeterrassen des Hotels Lesny Zakatek („Schlupfwinkel des Waldes“) am Westufer des Goldaper Sees statt. Beginn ist um 14 Uhr. Das Fest wird wie seine 15 Vorgänger ohne starres Programm und auch wieder ohne vorgegebenes Ende stattfinden. Es sollen wie stets Geselligkeit mit Musik und Tanz und die Völkerverständigung im Mittelpunkt stehen. Zur Unterhaltung werden der Chor des Deutschen Vereins Heilsberg und Ottilie aus Bischofsburg auftreten. Für Essen und Trinken ist selbstredend gesorgt. Es werden zahlreiche Besucher aus ganz Ostpreußen und aus der Bundesrepublik Deutschland erwartet.



HEYDEKRUG

Kreisvertreter: Herbert Jaksteit, Tulpenweg 9, 51061 Köln, Telefon (0221) 637163, E-Mail: HJaksteit@t-online.de

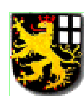
Heydekrug (Silute) feiert 500-jähriges Jubiläum. Vor dem offiziellen Beginn der Jubiläumsfeier am 28. Mai 2011 – leider zum gleichen Zeitpunkt wie das Ostpreußen-Treffen in Erfurt – trafen sich am Sonntag, 22. Mai, die Memelländer in der Stadt. Bei herrlichem Sonnenschein begann dieser Tag mit einem deutsch-litauischen Gottesdienst in der Evangelischen Kirche in Heydekrug, die sicher zu den schönsten Kirchen im Memelland gehört. Sie galt in der Vergangenheit immer als deutsche Kirche. Die Predigt, die ins Litauische übersetzt wurde, hielt Pastor Herbert Jaksteit. Nach dem gutbesuchten Gottesdienst trafen sich mehrere auf dem Evangelischen Friedhof der Stadt, auf dem schon seit Jahrzehnten keine Beerdigungen stattfinden, zu einer kurzen Totengedenkfeier. Der ursprüngliche Plan, eine Gedenktafel auch in deutscher Sprache – in litauischer und englischer Sprache gibt es schon eine – anzubringen, konnte leider wegen technischer Probleme nicht realisiert werden. Das soll zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden. Erfreulich war die Teilnahme der beiden deutschen Chöre aus Memel und Heydekrug, die sowohl in der Kirche als auch auf dem Friedhof und später auch im Deutschen Haus sangen, wo sich die Memelländer – knapp Hundert Personen – zur Feier trafen. Dort gab es neben den Grußworten des Vorsitzenden Uwe Jurgsties, der auch später ein kurzen geschichtlichen Abriss über Heydekrug vortrug, dem Kreisvertreter und der ehemaligen Kreisvertreterin Irene Blankenheim eine besondere Freude, dass die Deutsche Botschaft – vertreten durch den Ersten Sekretär und Leiter des Kultur- und Pressereferats Herrn Jean Froehly – anwesend war. Auch er grüßte ebenfalls die Memelländer herzlich. Ein Höhepunkt dieses gemütlichen Beisammenseins im Garten des Deutschen Hauses war sicher der Auftritt des Hamburger Schauspielers Herbert Tennigkeit, der mit seinen ostpreußischen Geschichten und Anekdoten die Anwesenden zum Lachen brachte, besonders wenn er im ostpreußischen Dialekt sprach. Natürlich war auch für das leibliche Wohl gesorgt. Das hatte Gerlinda Stunguriene, die Vorsitzende des Deutschen Vereins, mit ihrem Team übernommen. Fazit: ein gelungenes Fest in Heydekrug.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: avus.eichler@freenet.de

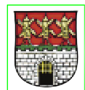
Masuren in Neumünster. Am 18. Juni wurde in der Patenstadt Neumünster im Lötzener Heimatmuseum, Brachenfelder Str. 23, die Ausstellung mit Landschaftsfotografien des polnischen Fotografen Mieczysław Wieliczko eröffnet. Gezeigt werden 40 großformatige, eindrucksvolle Aufnahmen unter dem Titel „Die vier Jahreszeiten in Ermland und Masuren“. Sie sind – als Leihgabe des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen – noch bis Ende Oktober 2011 zu sehen. Auch die ständige Ausstellung, die zur Geschichte und Kultur des Kreises Lötzen in vier Räumen gezeigt wird, ist um ein besonderes Exponat bereichert: eine mächtige Elchschaufel-Trophäe. – Am 16. Juli findet im Lötzener Heimatmuseum ein besonderer „Tag der offenen Tür“ statt: Bücher aus 100 Jahren (Sachbücher und Belletristik) werden zum Kauf angeboten. Der Erlös kommt der Museumsarbeit zugute. Gelegenheit zum Stöbern und Schabbern an diesem Tag von 10 bis 16 Uhr. Besuche sonst nach Absprache mit Ute Eichler (040) 608 30 03 oder M. Kickstein (04326) 14 36.



MOHRUNGEN

Kreisvertreter: Gisela Harder (komm.), Telefon und Fax (040) 7373220; Ingrid Tkacz, Telefon und Fax (04122) 55079. Geschäftsführer: Lothar Gräf, Dr-Siekermann-Weg 28, 58256 Ennepetal, Telefon (02333) 5766, (02333) 5570, E-Mail: Lothar.Graef@live.de. MHN-Änderungen: Marlene Wölk, Nachtigallenweg 3, 38820 Halberstadt.

Gerhard Janzen wird 85 Jahre alt. Wer kennt ihn nicht, „unseren“ Gerhard Janzen? In diesem Jahr ist er 25 Jahre Mitglied des Kreistages. Erst widmete er sich der Jugendarbeit, dann den Fahrten in die Heimat. Seine Ehefrau Erika und er waren ein wundervolles Team über Jahre hinweg. Mit ihr zusammen knüpfte er die Fäden zu einem starken Band zwischen den Mohrungern und ihrer Heimat. Sie sammelten Kleidung, um die Menschen in und um Mohrungen zu unterstützen. Am 7. Juli 1926 wurde Gerhard Janzen in Georgenthal geboren, verlor seine Heimat, als er im Hoffnungsmühle zuhause war. Sein bewegtes Leben (MHN Nr. 109, S. 9) fand in der Arbeit für die Kreisgemeinschaft den richtigen Ansatz, denn seine Liebe zur Heimat ist unvergesslich. 2008 wurde er zum Ehrenmitglied ernannt. Alle Mitglieder der Kreisgemeinschaft Mohrungen e.V. gratulieren Gerhard Janzen zu seinem 85. Geburtstag und wünschen ihm alles Gute und weiterhin das Eintreten für die Heimat.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Nachruf auf Horst Buchholz. Die Kreisgemeinschaft Schlossberg trauert um Kreisausschussmitglied Horst Buchholz, Träger des Goldenen Ehrenzeichens der Landmannschaft Ostpreußen. Er verstarb, nach einem am 18. April erlittenen Schlaganfall halbseitig gelähmt, am 16. Juni 2011 in einer Seniorenresidenz in Hessisch Oldendorf. Seine Frau Ursula und seine Kinder waren in den letzten Stunden bei ihm. Horst Buchholz wurde als zweiter Sohn am 14. März 1923 auf dem Hof der Eltern Gustav Buchholz und seiner Ehefrau Magda, geb. Riedelsberger, in Eichbruch/Uszballen, Kreis Schlossberg/Pillkallen, geboren. Mutter Magdas Vorfahren waren Salzburger Herkunft. Vater Gustav bewirtschaftete 217 Hektar Land. Hier in Eichbruch wuchs Horst Buchholz unbeschwert mit seinem zwei Jahre älteren Bruder Kurt (Feldwebel OA Kurt Buchholz, gefallen im Januar 1943 in Russland) auf und absolvierte auf dem elterlichen Hof auch sein erstes Jahr der landwirtschaftlichen Lehre. Nach dem Besuch der Grundschule wechselte er auf das Gymnasium „Friedrich-Wilhelm-Oberschule“ in Schlossberg, die er im April 1938 mit der Mittleren Reife verließ. Im Oktober 1940 meldete sich Horst Buchholz freiwillig zur Luftwaffe und wechselte nach der Ausbildung zur Fallschirmjägertruppe, mit der er in Afrika (Tobruk und El Alamein), Italien, Frankreich und an den Abwehrkämpfen um Berlin eingesetzt war. 1943 an der Ostfront in Russland erlitt er eine schwere Gesichtsverwundung und weitere Verwundungen bei den Kämpfen in Deutschland. Während seines Lazarettaufenthaltes in Breslau besuchte er zwei Semester als Gasthörer die dortige Landwirtschaftliche Akademie. Kurz vor der Kapitulation war Buchholz noch in Schwerin und Küstrin eingesetzt. Nach Kriegsende gelang es Buchholz als Soldat, der Gefangennahme zu entgehen. Er konnte fliehen und kam so über Gadebusch nach Schillerslage bei Burgdorf/Niedersachsen. Einige Zeit arbeitete Buchholz in der Nähe von Osnabrück in der Landwirtschaft. Von 1947 bis 1948 besuchte er die Höhere Landbauschule Osnabrück in Melle. Nach Ablegen des Staatsexamens erhielt er eine Anstellung als technischer Lehrer an der Deula-Landmaschinenschule in Liethe bei Wunstorf/Niedersachsen und leitete Landmaschinenlehrgänge und Landarbeiterlehrgänge an Landwirtschaftsschulen. An der Landwirtschaftsschule in Bad Münder lernte Horst Buchholz 1948 die landwirtschaftliche Lehrerin Ursula Kahlert kennen, die er 1954 ehelichte. 1953 wurde in Schillerslage ein Haus gebaut. Ab 1. Dezember 1952 war Horst Buchholz als Referent für Feldberegnung und landwirtschaftliche Abwasserverwertung bei der Landwirtschaftskammer Hannover tätig. Ferner wurde ihm die Geschäftsführung des Arbeitskreises für Feldberegnung mit über 1200 Mitgliedern übertragen. Bei dieser Tätigkeit wurde er in viele Fachausschüsse berufen. Am 1. Dezember 1984 ging „Regenmacher“ Horst Buchholz in den wohlverdienten Ruhestand. Horst Buchholz legte sich aber als Ruheständler nicht in den Sessel zurück. Da waren diverse ehrenamtliche Tätigkeiten, wie zum Beispiel Vorsitzender des Reichsbund-Ortsverbandes, Kreisvertreter des Bundes der Vertriebenen, Schöffe und viele Hobbys, darunter auch die Jägerei. Als eine seiner wichtigsten ehrenamtlichen Tätigkeiten galt jedoch zu dieser Zeit die Mitgliedschaft im Kreisausschuss der Kreisgemeinschaft Schlossberg, in den er am 21. August 1976 gewählt wurde. Bereits lange davor und vor seiner Wahl in den Kreistag am 15. Juni 1968 war Buchholz ehrenamtlich für die Kreisgemeinschaft unermüdlich tätig und bereit, Aufgaben in der Kreisgemeinschaft zu übernehmen, unter anderem auch als Gratulant zu hohen Geburtstagen und Ehrentagen der Landsleute aus der Kreisstadt Schlossberg und einigen der neun Kirchspieldörfer. Bei Kreistagssitzungen übernahm Horst Buchholz als ältestes Mitglied oft die Sitzungsleitung. Seine Meinungen und seine Ratschläge zu aktuellen Themen fanden bei den Kreistagsmitgliedern volle Anerkennung. Horst Buchholz brachte seine Erfahrungen aus über 40-jähriger Mitarbeit in der Kreisgemeinschaft in die Arbeit des Kreistages ein. Am 19. März 2011 nahm er noch an der Kreistagssitzung in Winsen (Luhe) teil. Die Kreisgemeinschaft Schlossberg dankt Horst Buchholz für seine Jahrzehnte währende Mitarbeit im Kreistag und Kreisausschuss der Kreisgemeinschaft. Er galt im Vorstand und im Kreistag stets als Vorbild. Sein Rat wurde in Diskussionen mit großem Respekt erörtert und nicht selten akzeptiert. Horst Buchholz hat sich in besonderem Maße um die Kreisgemeinschaft Schlossberg verdient gemacht. Die Kreisgemeinschaft Schlossberg wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Unser Mitgefühl gilt seiner lieben Frau Ursula und seinen Kindern.



SENSBURG

Erster stellv. Kreisvertreter: Rolf W. Krause, Geschäftsstelle: „Sensburger Zimmer“, Stadtverwaltung Remscheid, Kreuzbergstraße 15, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de

Wasserung des Nikolaiker Stinthengstes. Am ersten Sonnabend nach dem 1. Mai wird traditionsgemäß im Stadtparkteich der Sensburger Patenstadt Remscheid der Stinthengst zu Wasser gelassen. Das geschah am 2. Mai dieses Jahres nun schon zum 50. Mal. Der amtierende Kreisvertreter Rolf W. Krause begrüßte an diesem hochsommerlichen Maitag die Sensburger Landsleute und die Remscheider Bürger, die zu dieser kleinen Feierstunde erschienen waren. Sein besonderer Gruß galt Bürgermeisterin Monika Hein und Bürgermeister Lothar Krebs der Patenstadt Remscheid sowie weiteren Ehrengästen. Mit einem herzlichen Dankeschön wandte er sich an den Remscheider Ostpreußenchor unter der Leitung von Nelli Illinich, der die Veranstaltung wieder musikalisch begleitete. Rolf W. Krause ging noch einmal auf die Tradition der Stinthengstwasserung ein, die 1922 in Nikolaiken begann. Dort wurde bis 1944 der hölzerne Fischkönig 23 Mal zu Wasser gelassen und an der Brücke in Nikolaiken verankert. Nachdem Remscheid die Patenschaft über die Kreisgemeinschaft Sensburg übernommen hatte, wurde am 3. Juni 1962 die Tradition im Remscheider Stadtparkteich fortgesetzt. Nach einigen Liedvorträgen des Ostpreußenchors begrüßte Bürgermeisterin Monika Hein die zahlreich erschienenen Gäste und stellte fest: „An die Stinthengstsage knüpft das bergische Remscheid an, indem es als Patenstadt der Kreisgemeinschaft Sensburg die Tradition aufgenommen hat und in diesem Jahr nun schon zum 50. Mal den hölzernen Fisch im Stadtparkteich schwimmen lässt.“ Sie ging auf das Schicksal der Sensburger Landsleute ein, die ihre Heimat verlassen mussten, nach Remscheid kamen und dort für ihre Familien eine neue Existenz geschaffen haben. Dabei hätten sie durch ihren Arbeitseinsatz auch entscheidend dazu beigetragen, dass Remscheid wieder aufgebaut wurde, „wofür wir Ihnen sehr dankbar sind“. Erfreulich sei es, dass in der neuen Heimat Traditionen und Brauchtum der Heimat weiter gepflegt werden. Der Stinthengst sei ein Symbol der Verbundenheit zwischen Remscheid und der Kreisgemeinschaft Sensburg. Und das solle auch in Zukunft so bleiben. Schatzmeister Helmuth Tornscheit betonte in seiner Ansprache, dass die Wasserung des Königs der Fische ein kulturelles und traditionelles Ereignis sei, das von der Kreisgemeinschaft Sensburg in Verbundenheit mit der Stadtverwaltung Remscheid gepflegt werde. Er erinnerte noch einmal an den Text der Stinthengstsage, der auf einer großen Tafel am Rand des Stadtparkteichs aufgezeichnet ist und so der Nachwelt erhalten bleiben soll. Die Zeiten ändern sich, sagte er, aber Sagen, Legenden und Volksbräuche bleiben den Völkern erhalten. Dieses Kulturgut könne ihnen nicht genommen werden. Es sei eine Verpflichtung, es nicht untergehen zu lassen. Tornscheit erklärte: „Mögen viele Besucher des Stadtparks nach dem Fisch und der Sage fragen und dadurch Brücken zwischen Nikolaiken und Remscheid bauen. Möge dieser Fisch friedlich im Stadtparkteich schwimmen als Symbol der Verbindung zwischen der Seestadt auf dem Berge und der Kreisgemeinschaft Sensburg.“ Chor und Festgäste beendeten mit dem gemeinsamen Gesang des Ostpreußenliedes den offiziellen Teil der Jubiläumsveranstaltung. Lebhafte Gespräche bei einem Gläschen Bärenfang setzten den Schlusspunkt unter die 50. Stinthengstwasserung in der Patenstadt Remscheid. – 58. Treffen der Schülergemeinschaft der Oberschule Sensburg. Renate Pasternak berichtet: Anfang Mai war Willingen im Sauerland wieder Treffpunkt der Schülergemeinschaft. Vor 61 Jahren trafen sich erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg ehemalige Schüler und Lehrer des Sensburger Gymnasiums. Seither haben die Treffen nun schon 58 Mal stattgefunden. Alters- und krankheitsbedingt wird der Kreis der Teilnehmer zwar immer kleiner. Dennoch waren es in diesem Jahr 31, die sich im Waldecker Hof zusammengefunden hatten. Unter ihnen die einzige noch lebende Lehrerin Frau Ilse Lawrenz, die zur großen Freude der Teilnehmer auch noch mit 90 Jahren dabei war und an den lebhaften Gesprächen teilnahm. Es war ein fröhliches Beisammensein mit gemeinsamen Unternehmungen. Die Gruppe gedachte auch der im vergangenen Jahr Verstorbenen und aller Mitglieder, die nicht mehr die Reise nach Willingen antreten können. Die „Restbestände“ beschlossen voller Zuversicht, sich auch im kommenden Jahr im Waldecker Hof in Willingen wiederzutreffen und zwar vom 1. bis 3. Mai 2012.

Bundesturnier

Trakehner bieten volles Programm

Vom 21. bis 24. Juli wird das Reiterstadion in Hannover einmal mehr zur sportlichen Bühne der Trakehner. Das Bundesturnier ist mittlerweile nicht nur im Trakehner Kalender eine fest etablierte Größe. Der Eröffnungstag (21. Juli) ist den jungen Buschtalenten gewidmet. Beliebter Bestandteil des Trakehner Bundesturniers sind die Mannschaftswettbewerbe der Zuchtbezirke: Am Freitag haben die Reiter der unterschiedlichen Teams das erste Mal die Gelegenheit, ihr Können zu präsentieren: und zwar in einer Dressurprüfung der Klasse L und in einer Dressurprüfung der Klasse M* – beide Aufgaben sind erste Wertungsprüfungen für die Mannschaftswettbewerbe „Dressur“. Aber das Programm im Viereck bietet noch mehr: So werden in einem St-Georg die Lektionen der schweren Klasse gefordert. Und auf dem Hauptplatz können sich die jungen Jumper in Springpferdeprüfungen der Klassen A und L messen.

Trakehnerturnier: Familientreffen, nicht nur Kräftemessen

Traditionell werden in jedem Jahr bei dem Top-Event die Trakehner Champions in Dressur und Springen gekürt. Die fünf- bis siebenjährigen Viereck-Spezialisten müssen dazu unter anderem am Samstag (23. Juli) mit besten Leistungen in einer Dressurprüfung der Klasse M brillieren. Die fünf- und sechsjährigen Springpferde haben für die Championatswertung unter anderem in einer Springprüfung der Klasse M* anzutreten. Der Springplatz gehört dann außerdem für einige Zeit den Equipen der Zuchtbezirke. Für das Highlight des Sonnabends sorgen die Jüngsten: Bei der Fohlen-Auktion unter freiem Himmel werden die besten Youngster des Jahrgangs 2011 versteigert. Am Sonntag (24. Juli) werden nicht nur die Trakehner Champions in Dressur und Springen feierlich geehrt, auch bei den drei- und vierjährigen Reitpferden werden die Besten in den Finals der Championate ermittelt. Anschließend gibt die Zuchtleitung außerdem bekannt, welche Hengste, Stuten und Wallache die Trakehner Farben beim Bundeschampionat in Warendorf vertreten werden.

Wenn sich die Trakehner an vier Tagen in Hannover zum Bundesturnier treffen, dann ist das mehr als nur ein sportliches Kräftemessen. Die Trakehner Familie kommt zusammen. Und das nicht nur aus allen Teilen Deutschlands, sondern aus ganz Europa. Beim Trakehner Bundesturnier wird an jeden gedacht: Die Jungzüchter bekommen ihr eigenes Jugendcamp und ihnen wird zusätzlich ein Blick hinter die Kulissen gewährt. So dürfen die jungen, ambitionierten Reiter und Züchter auch schon mal dabei sein, wenn die Richter ihre Urteile fällen. Prüfungen für den Nachwuchs sind in der Ausschreibung eine Selbstverständlichkeit. Informationen im Internet: http://www.trakehner-verband.de

Goldenes Dienst-Jubiläum

Henryk Jendryczka war viele Jahre Pfarrer in Göttkendorf

Junge Ostpreußen aus Gütersloh und ehemalige Ministranten und Chormitglieder in Göttkendorf überraschten ihren Pfarrer zum Dienstjubiläum in Högling: Pater Henryk Jendryczka feierte 50-jähriges Priesterjubiläum.

Bevor Pater Heinrich, wie er allgemein genannt wird, vor fast 25 Jahren seinen Dienst in Högling antrat, war er in Czaplinek/Polen als Salesianerpater tätig. Seine letzte Aufgabe war der Bau einer Kirche und erst nach dem Abschluss der Bauarbeiten konnte er sein neues Amt antreten. Davor war er viele Jahre Pfarrer in Gutkowo (Göttkendorf) in Ostpreußen.



Feierstunde: Die ehemaligen Ministranten und Chormitglieder überraschten mit ihren Partnern ihren Pfarrer zum Jubiläum Bild: M.B.

Während seiner Amtszeit in Deutschland durften erstmals auch Mädchen als Ministranten Dienst am Altar verrichten. Trotz dreier schwerer Operationen zelebrierte er noch täglich die heilige Messe.

Mit einem Kirchenzug holten die Vereine mit ihren Fahnenabordnungen, Vertretern der Kirchenverwaltungen und die Dorfbewohner den Jubilar ab. Mit einer Pferdekutsche ging es zum Pfarrgarten, wo im Zelt der Festgottesdienst gefeiert wurde. Blumenteppiche schmückten den Weg des Jubilars zum festlich dekorierten Altar.

Der Kontakt zu den ehemaligen Ministranten und Chormitgliedern brach in den vielen Jahren nie ab. Auch wenn seine „Schäfchen“ in ganz Deutschland verstreut sind, trafen sie sich regelmäßig zum „Göttkendorfer Treffen“ beim Pfarrer.

Der feierliche Gottesdienst am Sonntag, 19. Juni, war gleichzeitig sein Abschied, denn mit 77 Jahren geht Jendryczka in den verdiensten Ruhestand nach Rahmel bei Danzig.

Marianne Bartnik

Sudermann in Elmshorn

Premiere des Stücks »Johannisfeuer« auf der Dittchenbühne

Wir machen hier kein Schenkelklopftheater. Wir bringen Stücke mit Anspruch auf die Bühne. Leider gibt es viel zu wenige mit einem Bezug zu Ostpreußen“, sagte Raimar Neufeldt, der Hausherr der Dittchenbühne anlässlich der Premiere des Stücks „Johannisfeuer“ von Hermann Sudermann,

Das Stück, uraufgeführt im Oktober 1900 am Lessing-Theater in Berlin, spielt Ende der 80er-Jahre des 19. Jahrhunderts auf dem Gut des Ehepaares Vogelreuter, irgendwo in Ostpreußen. Der Grundkonflikt, dem die Hauptpersonen Marikke und Georg sich zu stellen haben, der Entscheidung zwischen Liebe oder Pflicht, zwischen „Lebensglück“ oder Verzicht, kann überall, wo Menschen leben und lieben, aufbrechen, er ist zeitlos.

Vogelreuters hatten zwanzig Jahre zuvor den Säugling einer heruntergekommenen Litauerin als Pflegekind aufgenommen, Marikke. Ein Jahr später wurde ihr eigenes Kind, die Tochter Trude, geboren. Im Hause Vogelreuter wächst der Neffe Georg auf, nachdem dessen Vater wegen hoher Schulden seinem Leben ein Ende gesetzt hatte. Nun ist die Hochzeit von Trude und Georg beschlossen. Marikke

> »Brodeln unter der Oberfläche« zieht Zuschauer in Bann

hat mit den Hochzeitsvorbereitungen, gerade in den Tagen vor Johanni, viel zu tun.

Der Zuschauer erhält, dank der Sudermannschen geschliffenen Dialoge, rasch den Überblick auf die Figurenkonstellation. Die Ahnung wächst zur Gewissheit, dass es unter der scheinbar glatten Oberfläche brodelt. Georg (gespielt von Jonas Küppershaus) erkennt viel zu spät, dass Marikke ihn liebt. Marikke (eine beeindruckende Leistung der erst 15jährigen Wiebke Kahns) entwickelt sich vom zerbrechlich, ja ausgenutzt wirkenden Mädchen zu einer starken Persönlichkeit. Sie ist sich früh bewusst: „Ich bin ein Notstandskind. Ich lasse mir nichts schenken.“ Sie weiß seit Jahren auch, dass ihre leibliche Mutter lebt und sie will sie, mit Georgs Hilfe, sehen.

Das von der Handlung gebannte Publikum erlebte eine reife Aufführung. Lars Ceglicki hat zum zweiten Mal (nach „Sturmgeselle Sokrates“) an der Dittchenbühne Regie geführt und das Ensemble, darunter auch die jüngeren Mitglieder, zu einer geschlossenen und beachtlichen Leistung geführt.

Etliche Termine von Ende Juni bis Ende August mit der besonderen Atmosphäre der Freilichtaufführung laden ein, das Stück und seine Botschaft auf sich wirken zu lassen. Von September bis Mitte November gibt es dann Aufführungen im Theatersaal der Dittchenbühne, die mit dieser Inszenierung auch auf ihre alljährliche Ostsee-Tournee gehen wird.

Ute Eichler

Der »Tilsiter« will an die Memel zurück

Die Stadt machte schon durch den Friedensschluss von 1807 von sich reden – echten Bekanntheitsgrad erhielt sie durch ihren Käse

Seit dem Jahre 1845 wurde in der Tilsiter Region mit seiner ausgedehnten Vieh- und Milchwirtschaft eine Käsesorte hergestellt, die unter dem Namen „Tilsiter“ ihren Siegeszug auf den europäischen Märkten antrat. Hundert Jahre lang belieferten die Tilsiter Molkereien die Verbraucher mit ihrem wohlschmeckenden Erzeugnis. Der Käse wurde in großer Zahl von Schweizer Einwanderern hergestellt. Ende der dreißiger Jahre gab es rund um Tilsit über 50 Molkereien, die jährlich 4600 Tonnen Tilsiter Käse herstellten. 1945 war damit Schluss. Mit dem Einmarsch der Russen verfielen die Molkereien und für den Tilsiter Käse schien das Ende gekommen.

Einem Schweizer war es zu verdanken, dass der echte „Tilsiter“ dennoch überlebte. Otto Wartmann war schon lange vor dem Krieg von der Region am Memelstrom in seine Schweizer Heimat zurückgekehrt mitsamt der Rezeptur und dem Know-how für den wohlschmeckenden „Tilsiter“. Auf dem Holzhof im Kanton Thurgau begann die Geschichte des schweizerischen Tilsiter Käses. Der Ururenkel von Otto Wartmann stellt noch heute dieses Erzeugnis in seiner Käserei her. Es war nur folgerichtig, dass die neue Heimstatt des „Tilsiters“ vor wenigen Jahren auch den Ortsnamen Tilsit erhielt. 1945 war nämlich die Ortsbezeichnung Tilsit von der europäischen Landkarte verschwunden. Die Russen nannten die Stadt am Memelstrom fortan Sowjetsk. Doch die Schweizer sorgten dafür, dass mit der Gründung von Tilsit in der Milchregion Thurgau dem Namen Tilsit ein Stück Unsterblichkeit gegeben wurde.

> Von Schweizer Einwanderern in großer Zahl gefertigt

Die in der Stadtgemeinschaft Tilsit vereinten alten Tilsiter gaben ihrer Genugtuung Ausdruck, dass das kleine Tilsit in der Schweiz die Erinnerung an das einstige Tilsit an der Memel lebendig machte. Sie stellten auch die Weichen, als die Schweizer mit den Russen in Sowjetsk eine historische Verbindung zwischen Vergangenheit und Gegenwart knüpfen wollten. Vor zwei Jahren wurde eine Vereinbarung über die Aufnahme partnerschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Orten in die Wege geleitet. Sie trägt inzwischen Früchte, nicht nur auf kulturellem Gebiet, sondern auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Geschäftsführer Bruno Buntschu von der SO Tilsiter Switzerland GmbH stellte kürzlich dem russischen Stadtoberhaupt das Projekt einer Schaukäserei vor. Die Schweizer wollen in der Stadt am Memelstrom einen milchwirtschaftlichen Produktions- und Schaubetrieb errichten. Der Käse verhalf einst der Stadt zur Blüte und so soll es wieder werden.

> Schaukäserei im heutigen Sowjetsk geplant

Die Projektstudie sieht einen repräsentativen Gebäudekomplex mit dem Ausmaß von 45x30 Metern vor. Er soll dreigeschossig in Stahlbauweise entstehen. Der Bau besteht aus einer Produktionshalle und einem Publikumsteil. Die Produktionshalle wird nach den Arbeitsabläufen und dem Hygienekonzept gegliedert, von der Anlieferung über die Milchbehandlung, Käsefertigung, dem Salzbad bis zu den Lagerräumen und der Spedition. Mehrere Hygieneschleusen sorgen für die Einhaltung der Qualitätsstandards. Im Untergeschoss sind die Elektroanlagen, die Heizungs- und Sanitärtechnik untergebracht. Einen besonderen Anziehungspunkt stellt der Besucheranbau dar. Hier laden ein Restaurant mit 50 Sitzplätzen zu Raclette und Fonduespezialitäten ein. Ein Fabrikladen bietet diverse Käseerzeugnisse an und eine kleine Bar sorgt für gemütliche Atmosphäre.

Über eine Treppe kann man die Besuchergalerie erreichen, wo die Fertigungsabläufe der Käseherstellung in Augenschein genommen werden können und wo auch Führungen stattfinden werden.

Derzeit laufen Verhandlungen mit der russischen Rathausspitze über die Bereitstellung eines geeigneten Grundstücks von etwa 3000 Quadratmetern. Die verkehrstechnische Anbindung ist für die Milchanlieferung und den Fertigwarentransport von großer Wichtigkeit. Anschlüsse für Elektrizität, Gas und Wasser sind ebenso erforderlich wie ausreichende Parkflächen für Besucher und Reisebusse.

Eine Vision wird Wirklichkeit. Der Tilsiter Käse wird wieder in seiner alten Heimat Fuß fassen. Mit dem Bau der Käserei wird eine Tilsiter Tradition zu neuem Leben erweckt. Der Bau wird den jetzigen Bewohnern die Vergangenheit ihrer Stadt bewusst und erlebbar machen. Die Schaukäserei wird auch zu einem Touristenmagnet werden und die Stadt um eine Attraktion reicher machen.

Hans Dzieran



Schwarzes Gold nach Preußens Vorbild

Die Sayner Ausstellung »Glanz im Schloss« präsentiert Eisenkunstguss von der Donau bis zum Ural

Mit der Eröffnung der Gleiwitzer Hütte in Schlesien 1796 war die erste preußische Gießerei ins Leben gerufen worden. Ein Aufruf der preußischen Prinzessin Marianne, während der Befreiungskriege Gold und Schmuck zur Kriegsfinanzierung zu spenden, hatte großen Erfolg. Im Gegenzug erhielt der Spender Erinnerungsschmuckstücke aus Eisen. Der Eisenschmuck wurde zunächst aus patriotischer Gesinnung getragen und erlangte schließlich durch seine faszinierende Wirkung große Beliebtheit. Meist als „fer de Berlin“ bezeichnet, gelangte sein Ruf in alle Welt.

Dass wertvoller Schmuck nicht immer aus Gold oder aus Silber sein muss, erfährt der Besucher bei einem Rundgang durch die Ausstellung „Glanz im Schloss. Eisenkunstguss von der Donau zum Ural“, die derzeit im Rheinischen Eisenkunstguss-Museum im Schloss der Fürsten-Familie Sayn-Wittgenstein bei Bendorf/Neuwied zu sehen ist. Auf einer Mustertafel werden filigrane Armbänder, Colliers, Diademe, Ringe und Ohrgehänge gezeigt.

Auch wenn Eisen ein recht ungewöhnliches Material für Schmuckstücke ist, hat sich der künstlerische Feineisenguss nach dem Vorbild der Preußischen Eisengießereien in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie sowie in Russland während des 19. Jahrhunderts durchgesetzt. Die Blütezeit verdankt der Eisenkunstguss dem Wiener Goldschmied und Ziseleur Joseph Glanz (1795–1866).

Kerzenständer, Wandbilder und Briefbeschwerer

Da mehrere Exponate der aktuellen Sonderschau im Schloss Sayn aus der Werkstatt des gebürtigen Lembergers stammen, wurde auch sein Name im Titel der Präsentation mit aufgenommen. Neben vielen kleinfigürlichen Objekten wie Schreib- und Tintenzeug, Briefbeschwerern und Kerzenständern hat Glanz auch Schmuck und detailgetreue Statuetten entworfen. „Zündholzbehälter Türke“, „Büste Franz Josef“ und Statuette „Kaukasier“ sowie der „Christuskopf mit Dornenkrone“ sind einige seiner hervorragenden Arbeiten.

Die Kerzenständer, Wandbilder, Kreuze, Madonnenfiguren und Grabplastiken aus „schwarzem Gold“ – wie Gusseisen auch genannt wird – kommen in den lichtdurchfluteten Räumlichkeiten des Rheinischen Eisenkunstguss-Museums von Sayn besonders gut zur Geltung.

Die Ausstellung bietet Einblicke in die Produktion und das breite Sortiment des künstlerischen Feineisengusses, der in Anlehnung an die Erzeugnisse der königlich-preußischen Eisengießereien in Gleiwitz, Berlin und Sayn entstand. Die rund 130 „Glanzstücke“ aus der Sammlung Hanns Schell, Graz, stammen aus bekannten und weniger bekannten Gießereien in Österreich, Ungarn und Siebenbürgen, aus Böhmen und Mähren sowie aus Russland. Interessant ist, dass der Berliner Eisenkunstguss sogar im alten Russland Anfang des 19. Jahrhunderts eingeführt wurde. Das bekannteste Eisenhüttenwerk war jenes bei Jekaterinenburg am Ural gelegene „Kasli-Werk“, aus dem die „Trojka im Winter“, die Figurentanzgruppe „Lizgins Reiter“ und die Statuette „Don Quichotte“ stammen. In Sayn sind unter anderem die Statue „Jermak, der Kosakenführer“ sowie die Figuren „Kosakenmädchen zu Pferde“ und „Der gefallene Reiter“ zu sehen.

Kunstvoll: Büste der Kaiserin Elisabeth in ungarischer Krönungsrobe von 1867 Bild: Göllner

Absoluter Blickfang der Sonderausstellung „Glanz im Schloss“ ist für viele Besucher sicherlich die „Büste der Kaiserin Elisabeth in ungarischer Krönungsrobe von 1867“. Das beeindruckende, 80 Zentimeter hohe Eisenguss-Exponat wurde in der Wiener Gießerei Meindl-Breit nach einem Modell von Victor Tilgner geschaffen. Die Gesichtszüge sind fein ziseliert, die Details akribisch herausgearbeitet.

Eine ganze Reihe von weiteren Exponaten wurde in ungarischen und siebenbürgischen Gießereien von Munkacs (heute Ukraine), Steierdorf im Banat und Resiczabanya in Siebenbürgen (heute Rumänien) sowie Rhonic (heute Slowakei) gefertigt. „Wildschwein auf Grassockel“, „Briefbeschwerer Dackel“, „Bergmannspokal“ und „Teller mit Hirtenszene“ sind einige Beispiele.

Böhmen ist mit Gießerei-Standorten wie Horowitz, Neu Joachimsthal und Ransko vertreten. Zu den mährischen Eisengießereien gehören Friedland, Wölkingsthal und Ludwigsthal.

Detaillierte Informationen zu den einzelnen Produktionsstätten in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie sind im reich illustrierten Begleitband von Martina Pall nachzulesen. Ein Höhepunkt und zugleich Abschluss der Ausstellung ist das 2. Internationale Treffen der Freunde und Sammler von Eisenkunstguss, das vom 23. bis 25. September in Bendorf-Sayn stattfindet.

Eine Stubenfliege in Originalgröße als kleinstes Objekt

Wer das Rheinische Eisenkunstguss-Museum im Schloss der Fürsten-Familie Sayn-Wittgenstein besucht, kann neben der „glänzenden“ Sonderausstellung auch eine interessante Präsentation mit Kunstwerken in Eisenguss besichtigen, die in der „Königlich Preußischen Sayner Hütte“ produziert wurden. Einige der dort entstandenen Objekte wurden 1822/24 in den Berliner Akademieausstellungen bewundert und 1855 auf der Weltausstellung in Paris prämiert. Sammlungsschwerpunkt ist die Zeit der Industrialisierung der Stadt Bendorf und ihrer Umgebung. So etwa sind Neujahrsplaketten, filigraner Eisenschmuck, Möbel und Kanonen sowie eine filigrane Wendeltreppe und Kunstgussöfen aus der Produktion der Bendorfer Concordiahütte ausgestellt. Das kleinste Gussobjekt dürfte die „Sayner Fliege“ sein – eine Abbildung einer Stubenfliege in Originalgröße. *Dieter Göllner*

Die Ausstellung „Glanz im Schloss – Eisenkunstguss von der Donau zum Ural“ ist bis zum 25. September täglich von 10 bis 18 Uhr im Rheinischen Eisenkunstguss-Museum im Schloss der Fürsten-Familie Sayn-Wittgenstein bei Bendorf/Neuwied zu sehen.

IN KÜRZE

Zählen ohne Zahlwörter

Kann man zählen, selbst wenn die Worte für Zahlen fehlen? Offenbar ja, berichten australische und britische Forscher nach einem Test von Aborigenes-Kindern. „Vor kurzem ist eine extreme Form des linguistischen Determinismus' wiederauferstanden, die behauptet, dass Zahlwörter für Kinder notwendig seien, um einen Zahlbegriff jenseits der Drei zu entwickeln“, erklärt Brian Butterworth vom University College London. „Das heißt, um einen Begriff von ‚fünf‘ zu haben, braucht man ein Wort für ‚fünf‘. Belege von Stämmen aus dem Amazonas-Gebiet, wo nicht einmal die Erwachsenen Zahlwörter haben, scheinen diese These zu belegen. Unsere Studien von Aborigenes-Kindern hingegen legen die Vermutung nahe, dass wir Menschen ein angeborenes System zur Erkennung und Darstellung von Zahlenverhältnissen haben. Das Fehlen eines Zahlwortschatzes hält uns nicht davon ab, Zahlaufgaben zu lösen, sofern dabei nicht explizit Zahlwörter benötigt werden.“

Butterworth und seine Kollegen ließen von vier- bis siebenjährigen Aborigenes-Kindern Holzstäbe legen, passend zu jedem Ton, den sie auf einem Instrument erklingen ließen. Dadurch vermieden die Forscher Fragen wie: „Wie viele Töne hast du gehört?“, denn für die Antwort wäre ja ein Zahlwort nötig.

Holzstäbchen passend zu Tönen gelegt

Durch die Aufgabe mit den Holzstäben und den Tönen konnten die Wissenschaftler ermitteln, ob die Versuchsteilnehmer, die aus zwei Aborigines-Gemeinschaften stammten, in deren Sprache jeweils nur die Mengenbegriffe „eins“, „zwei“, „wenige“ und „viele“ vorkamen, auch konkret mitzählen konnten, wenn auch ohne Zahlwörter. „Bis zu neun Stäbe legten sie beim Erklingen der Töne“, so Brian Butterworth, „Zahlbegriffe scheinen also tatsächlich von einem angeborenen Mechanismus abzuhängen“. *C.W.*

Das Maß der Bewegung

Die Zeit – ein rätselhaftes Phänomen, das schon Philosophen und Dichter vergangener Jahrhunderte beschäftigte

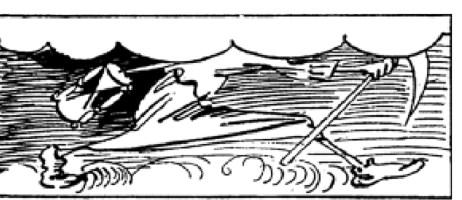
Wenn mich niemand fragt, weiß ich es. Wenn ich es jemandem erklären will, der fragt, weiß ich es nicht.“ Mit dem Satz machte bereits Augustinus deutlich, welche Schwierigkeiten es bereitet, eine Definition für den Begriff „Zeit“ zu geben. Und noch deutlicher brachte es Thomas Mann auf den Punkt: Zeit sei das Rätselhafteste, welches der Mensch imstande ist zu messen.

Wie können wir das Phänomen Zeit fassen und diese Erkenntnisse für uns nutzbar machen? Eine Frage, die sich die Philosophen unserer Vergangenheit immer wieder gestellt haben. Es gibt tatsächlich kaum ein anderes Phänomen, das einerseits so selbstverständlich in unseren Alltag integriert ist. Andererseits gibt es wenig, was beim genauen Hinsehen so schwierig zu erfassen ist, wie die Zeit.

Wir sprechen von gestern, heute und morgen und fragen, welche Zeit es gerade ist, und doch stellen wir selten die Frage danach, wie das Phänomen Zeit sich charakterisieren lässt.

Der Zeitbegriff ist als spezifische Vorstellung der Menschen stark an das Bewusstsein gebunden, wobei das Zeitempfinden sehr unterschiedlich ist. Zeit verfließt subjektiv alles andere als gleichmäßig – mal vergeht die Zeit schnell, mal vergeht sie so langsam, dass man schier verzweifelt. Unsere Sprache kennt sehr bildhafte Ausdrücke: „Die Zeit fliegt“, „Die Zeit verrinnt“, „Ein kurzes Weilchen“, „endlos warten“, „Zeit totschlagen“.

Doch wie veranschaulicht man sich Zeit? Wohl zuallererst auf einer Linie, als Verräumlichung, die sich auf natürliche Weise in drei Teile teilt: der Augenblick der Gegenwart, die Vergangenheit und die Zukunft. Nun aber müssen wir erklären, was die drei Teile sein sollen, wenn wir beschreiben wollen, was das Ganze, die Zeit, sein will. Genauso ging auch Augustinus vor. Die Gegenwart ist das, was gerade ist, die Vergangenheit das, was vorüber ist, und die Zukunft das, was noch sein wird. So gesehen fußt im Ich der Menschen das Empfinden und das Urteilen über Zeit. Daher ist es nur natürlich, das Ich als Ort zu identifizieren, in dem Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft zu verstehen sind und so erst erklärbar werden, indem man sie miteinander passend „verklebt“: Die Gegenwart kann nun als das beschrieben werden, was den Sinnen gerade erfassbar ist, die Vergangenheit als jenes, was der Erinnerung zugängig ist, und die Zukunft als das, worauf wir hoffen, worüber wir Voraussagen treffen. Zeit korrespondiert dann mit dem Dreigespann von Erleben, Rückblicken und Erwarten. Eine solche Subjektivierung aber löst die Zeit aus ihrem sachlichen Kontext heraus und macht sie vom Menschen abhängig: Was wäre jedoch, wenn es keine Menschen gäbe? Gäbe es dann keine Zeit? Die strenge Antwort auf diese Frage muss „Nein!“ lauten. Auch ohne den Menschen macht der Zeitbegriff Sinn. Das macht sich bemerkbar, wenn man Objekte für sich betrachtet.

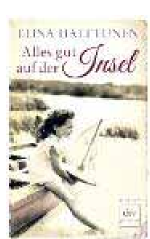


Wilhelm Busch: „Eins zwei drei im Sauseschritt läuft die Zeit, wir laufen mit.“ Bild: Archiv

Somit ist Zeit in direkter Relation zu den Dingen zu sehen. Objekte unterliegen einer Entwicklung, die mit der Zeit voranschreitet – ganz gleich, ob Menschen anwesend sind oder nicht. Biologisch verbindet man damit die Vergänglichkeit: Jedes Lebewesen verfügt nur eine bestimmte statistische Lebenserwartung. Nüchtern betrachtet ist die Zeit Ordnungsparameter für die Entwicklung von Dingen.

Aristoteles sah die Zeit untrennbar an Veränderungen gebunden. Veränderungen geschehen in der Zeit, aber von der Zeit selbst gilt das nicht. Sie selbst ist keine Bewegung, sondern das Maß jeder Bewegung. „Wir messen nicht nur die Bewegung mittels der Zeit, sondern auch mittels der Bewegung die Zeit und können dies, weil sich beide wechselseitig bestimmen“, lautete seine Erklärung. Für Kant ist die Zeit eine „reine Anschauungsform“, sie gehört also zu den subjektiven Bedingungen der Welterkenntnis und ist somit die besondere Form, die das Bewusstsein unseren Sinneseindrücken verleiht. Zeit kann nach einer solchen Erklärung aber dann nur sinnvoll und widerspruchsfrei in unserem Kontext, dem Kontext der Menschen, gedacht werden. Zeit als Phänomen der vom Bewusstsein wahrgenommenen Form der Veränderungen, die sich als nicht umkehrbare oder wiederholbare Geschehensabfolge darbietet, oder, wie der amerikanische Physiker Wheeler einst sagte: „Zeit ist, was verhindert, dass alles auf einmal passiert.“ *C. Weinert*

»... dass nicht alles auf einmal passiert«



Rätselhafte Familie

Enthüllungen in Norwegen

In ihrem Debütroman „Alles gut auf der Insel“ berichtet die finnische Dramaturgin und Autorin Elina Halttunen von der 50-jährigen Maria Hämäläinen, die nach vielen Jahren in die Villa ihrer Großeltern auf der Insel Manvik zurückkehrt, um sich dort mit Hannu, ihrem Cousin und Freund aus Kindertagen, zu treffen.

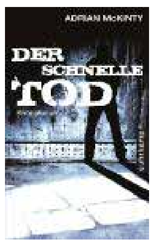
Während sie das einstige Urlaubsparadies ihrer Kindertage für den Besuch herrichtet, kommen ihr vielerlei Gedanken und das mysteriöse Verschwinden der Großmutter, die eines Tages in ihrem zitronengelben Badeanzug aufs Meer hinausschwamm und nie zurückkehrte, erscheint ihr plötzlich in einem ganz anderen Licht. Viele Erinnerungen wie an den alljährlichen Besuch der amerikanischen Cousins in den Sommerferien, an den verschrobenen Onkel Lennart, der es im Leben nie zu etwas bringen sollte, und nicht zuletzt an den Großvater mit seinen ständigen Affären und die künstlerisch abgehobenen eigenen Eltern, drängen sich ihr auf einmal mit aller Macht auf.

Elina Halttunen verzaubert den Leser mit ihren Beschreibungen der Insel Manvik. Man kann den Duft der Blumen förmlich zwischen den Buchseiten riechen und man genießt das vortreffliche Meerespanorama vom wunderlichen Plumpsklo von Marias Großvater. „Egal was Opa tat oder sagte, er lachte eigentlich immer. Auch über Omas Kaffeehäuschen, aus dem ein Plumpsklo wurde. Das graue Plumpsklo thronte hoch oben auf den schönsten Felsen. Dort hatte Opa es bauen wollen, nicht irgendwo im Ufergebüsch versteckt. Er wollte die Tür auflassen und die Aussicht genießen können, wenn er sein Geschäft erledigte. Der Blick reichte bis weit übers Meer.“

Die einst von den eigenen Eltern, viel beschäftigten Schauspielern, ungeliebte, aber dafür von den Großeltern umso mehr umsorgte Maria, ist mittlerweile eine erfolgreiche Kostümbildnerin und scheint in der einsamen Villa auf der Insel erstmalig die Ruhe und die Muße zu finden, um über ihre Kindheit in der Obhut der Großeltern zu sinnieren. Die zunächst so farbenfroh geschilderten Kindheitserinnerungen von Maria wenden sich jedoch zunehmend zum Negativen. Die scheinbar unbeschwerte Kindheit und Jugend wurde von vielen kleineren und größeren Tragödien überschattet. Die so fröhlich begonnene Handlung wandelt sich zu einer ernsten und vielschichtigen Familiengeschichte. Am Ende des Romans „Alles gut auf der Insel“ klärt die Autorin nicht nur das Rätsel um das plötzliche und vor allem spurlose Verschwinden von Marias Großmutter auf, sondern lässt den Leser auch nachdenklich und in der Gewissheit zurück, dass es wohl in fast jeder Familie immer mal wieder zu der einen oder anderen Tragödie kommt. Man muss nur lange genug zurückblicken und die ungeschönten Tatsachen als das betrachten, was sie nun mal sind – die manchmal bittere Realität.

Vanessa Ney

***Elina Halttunen: „Alles gut auf der Insel“**, Roman, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 2011, 304 Seiten, 14,90 Euro*



Spannend

Wenig Realismus

Literarische Feingeister müssen diese Rezension nicht lesen. Denn sie dürften sich kaum für den Erwerb des Krimis „Der schnelle Tod“ erwärmen. In dem 400-Seiten-Reißer geht es um Liebe, Schmerz und Tod. Realismus wird kleingeschrieben – Unterhaltung und Spannung dafür aber ganz groß.

Nach einem Studium der Philosophie in Oxford – das traut man dem Autor Adrian McKinty auf den ersten Blick gar nicht zu – übersiedelte der 1968 bei Belfast Geborene nach New York. Dort schlug er sich als Wachmann, Vertreter, Rugbytrainer, Buchhändler und Postbote durch. Einen linearen Lebenslauf kann McKinty sicher nicht vorweisen. Aber hier geht es ja nicht darum, Personalberater glücklich zu machen, sondern um die Beschreibung des Nachfolgeromans von „Der sichere Tod“. Auch wenn der Tod einmal schnell und einmal sicher kommt, so viel darf verraten werden: Der Held Michael Forsythe überlebt beide Bücher, denn es handelt sich um eine Trilogie. Der dritte Band liegt leider noch nicht in deutscher Sprache vor.

Die Geschichte ist schnell erzählt. Der Held hat fünf Jahre im Zeugenschutzprogramm hinter sich gebracht. Ein Strandurlaub soll Entspannung vom öden Einerlei bringen. Doch leider gerät Forsythe zwischen die Fronten rivalisierender Fußballfans und landet schließlich im Knast. Dort hält ihm die Agentin Samantha die Pistole auf die Brust. Falls er nicht einwilligt, unter falscher Identität in eine IRA-Splittergruppe einzutauchen, muss er in ein mexikanisches Gefängnis. Forsythe hat die Wahl zwischen zwei Höllen und entscheidet sich für die IRA-Variante.

In dieser Gruppierung namens „Die Söhne des Cuchulainn“ warten einige finstere Gesellen auf den Hauptakteur, aber auch eine wirklich scharfe Gangsterbraut namens Kit, die Stieftochter des Anführers, des schwerreichen und schwergewichtigen Bauunternehmers Gerry, der mit einer linken Universitätsprofessorin verheiratet ist. Im Laufe der Geschichte kommt es zu einem Banküberfall und zu anderen verbrecherischen Unternehmungen. Forsythe denkt nicht immer mit dem Kopf und teilt die Laken sowohl mit der smarten Agentin als auch mit der Kindfrau Kit. Am Ende kulminiert das Ganze in einem ziemlichen Exzess von Gewalt, doch McKinty hat eine sichere Feder und liefert auch unter literarischen Gesichtspunkten eine hoch spannende Räuberpistole für erwachsene Fans von dicken Schmökern ab.

Ansgar Lange

***Adrian McKinty: „Der schnelle Tod“**, Suhrkamp Verlag, Berlin 2011, 427 Seiten. broschiert, 9,95 Euro*

Gegen Ellenbogengesellschaft

Ein Plädoyer für mehr Bürgerengagement und demokratische Reformen

Vor 35 Jahren erschien auf dem Markt ein Buch mit dem provokativen Titel „Die Kunst, ein Egoist zu sein“. Darin behauptete der Autor Josef Kirschner, wir alle seien Egoisten, aber nur wenige machten das Beste für sich daraus. Statt unseren Mitmenschen zu gefallen und sich dabei selbst zu vergessen, rät er zu mehr Rücksichtslosigkeit und Eigennutz nach der Devise „Wenn jeder an sich denkt, ist an alle gedacht“. Nun hat Erfolgsautor Richard David Precht ein Gegenplädoyer zu knallharten Selbstverwirklichungstrips und zur Ellenbogengesellschaft geschrieben. In „Die Kunst, kein Egoist zu sein“ zeigt der 47-jährige Publizist, dass der Mensch von Natur aus ein altruistisches Gemeinschaftswesen ist, das nach sozialer Anerkennung sucht. Trotz dieser guten Anlagen machte uns unsere hohe Anpassungsfähigkeit häufig einen Strich durch die Rechnung. Als Meister der Ausflüchte und des Verdrängens gaukelten wir uns oft nur vor, Gutes zu tun, um unser moralisches Selbstbild zu retten.

Zur Untermauerung seiner Thesen zieht Precht querbeet Erkenntnisse der Philosophie, der Gen-, Hirn- und Verhaltensforschung heran. Zu Wort kommen etwa die antiken Lehrmeister Platon und Aristoteles. Als Antwort auf die fortschreitende Individualisierung unserer Gesellschaft bieten sie ein Gemeinschaftsmodell an, in dem Moral und Wohlergehen, Ethik und Politik keinen Widerspruch bilden. Ganz oben in ihrem Tugendkatalog steht die Gerechtigkeit, die eine angemessene Güter- und Chancenverteilung garantiert.

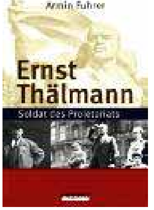
Doch materielle Gleichheit ist für Precht mehr als das Ideal utopischer Philosophen. Zur Illustration eines angeborenen Sinnes für gerechte Verteilung und Fairness entwickelten kalifornische Wissenschaftler ein Spiel, bei dem jeder Teilnehmer eine unterschiedlich hohe Summe Geld erhielt. Die Probanden konnten entweder nichts tun oder auf eigene Kosten die Beträge der anderen Mitspieler umverteilen. Rund drei Viertel der Testpersonen wurden aktiv. Sie bestraften die Top-Verdiener und griffen den ärmsten Mitspielern mit teils kräftigen Finanzspritzen unter die Arme. Frühere Untersuchungen belegten, dass solch ein „Robin-Hood-Impuls“ im realen Leben mit einem größeren politischen Engagement und Bürgersinn einhergeht. Auch die Orientierung des Steuersatzes am Einkommen und die sozialen Sicherungssysteme betrachtet Precht als Folge menschlicher Verteilungsgerechtigkeit.

Überall im Alltag entdeckt der Autor altruistisches Verhalten: Wir spenden Geld, pflegen Angehörige und helfen im Verein. Doch er traut den Bürgern noch mehr zu und will ihre Mitbestimmung institutionalisieren. Dazu bedürfe es einer Verfassungsreform, die dem gewandelten demokratischen Bewusstsein der Deutschen mehr als 60 Jahre nach dem Nationalsozialismus und dem Zweiten Weltkrieg gerecht werde. Precht ist entsetzt, wie Politik und Wirtschaftslobbyisten über die Köpfe der Bevölkerung hinweg in Sachen Stuttgart 21, Atomausstieg, Afghanistaneinsatz oder neue Rechtschreibung entscheiden. Deshalb fordert er mehr direktdemokratische Elemente nach schweizerischem Modell. Dringend notwendig sei zudem eine Föderalismusreform, die den Einfluss der Länder zurückdrängt und den Kommunen mehr Geld und Autonomie einräumt.

Zugleich ruft Precht zu mehr „sozialem Patriotismus“ auf, das heißt diejenigen, denen es in dieser Gesellschaft gut geht, sollten sozial Schwächeren helfen. Philosophisch stützt er sich auf den amerikanischen Kommunitarismus, der für einen höheren Gemeinsinn eintritt. Statt sich auf den Wohlfahrts- und Dienstleistungsstaat zu verlassen, sollten die Bürger selbst Verantwortung übernehmen.

Das Buch serviert dem Leser einen Cocktail aus Philosophie, Psychologie, Evolutionsbiologie, Kulturwissenschaft und Politik, ohne dass sich der Kopf dreht. Trotz eines leichten Hangs zur Sozialromantik regen Prechts Überlegungen zur Bürgergesellschaft und seine Kapitalismuskritik zum Nachdenken an. *Sophia E. Gerber*

***Richard David Precht: „Die Kunst, kein Egoist zu sein – Warum wir gerne gut sein wollen und was uns davon abhält“**, Goldmann, München 2010, geb., 544 Seiten, 19,99 Euro*



Stalin war's, nicht Hitler

Neue Biografie über Ernst Thälmann bringt nichts wirklich Neues

Der Klappentext verspricht eine fundierte Neubewertung des politischen Lebens von Ernst Thälmann. Wird das Buch dieser Ankündigung gerecht? Dass Thälmann in der Weimarer Zeit Stalins Marionette gewesen ist und ungewollt Hitlers Aufstieg begünstigt hat, ist seit Langem wohl allgemein bekannt. Dennoch dürften die meisten aufgeschlossenen Leser die gebotenen Informationen als Bereicherung empfinden, ist doch die Beschäftigung mit Thälmann eine permanente Herausforderung, solange er in den neuen Bundesländern geradezu allgegenwärtig ist. 613 Straßen und Plätze sind nach ihm benannt.

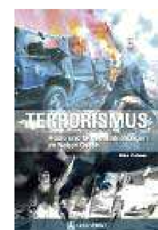
Die Verehrung Thälmanns basiert wie die von Marx weitgehend auf Mythen. So hieß es von Thälmann, er sei ein Sohn der Arbeiterklasse gewesen. In Wirklichkeit hatte es sein Vater vom Knecht zum mittelständischen Fuhrunternehmer gebracht, in dessen Dienste Ernst, der offenbar keine Berufsausbildung erfahren hatte, mehrmals getreten ist. Stalins Bedeutung im Leben Thälmanns ist ein weiterer kritischer Punkt. Er wurde in der DDR nach Chruschtschows Abrechnung mit dem Tyrannen umgeschrieben. Nun war Lenin das große Vorbild.

Ein „Bildersturm“ müsste einsetzen eingedenk der Tatsache, dass Thälmann die junge Demokratie bekämpft und seinem Konkurrenten Hitler den Weg geebnet hat. Schon 1921 lautete seine Devise: „Diesen Staat bekämpfen wir so lange, bis er nicht mehr als Staat existiert. Wir machen daraus absolut keinen Hehl. Wir haben keine Veranlassung, in dieser oder jener Beziehung gegen diese oder jene Person schonend vorzugehen.“ Stalins Terror fand er ganz in Ordnung. Schließlich wurde er selbst Opfer politischer Skrupellosigkeit wie zehn Jahre zuvor Ernst Röhm, der Chef der SA, den der gewaltsame Tod auch nicht verehrungswürdig macht. Doch zurück zu den wichtigsten Stationen in Thälmanns Lebens. 1886 geboren, tritt er 1903 in die SPD ein. In seiner Gewerkschaft fiel er durch seine Aktivitäten auf. Er wollte mehr Kampf und so begeisterte ihn die russische Oktoberrevolution 1917. In der Weimarer Zeit zählte er zu den verfassungsfeindlichen Scharfmachern der Linken, die auch ihren Genossen gegenüber keine Toleranz kannten. Der Kampf gegen die junge Demokratie im Lande kostete fast Jahr für Jahr zahlreiche Menschenleben, so auch im Oktober 1923. Wenige Wochen später wollten es die Nazis den roten Revoluzzern gleichtun und marschierten, um über Bayern nach Berlin zu gelangen, durch München – ein Ereignis, dessen Beurteilung durch die blutigen Tumulte von links in ein etwas anderes Licht rückt.

Nicht Hitler und seine Bewegung wurden von Thälmann dämonisiert, sondern primär die „Sozialfaschisten“, die Sozialdemokraten. Auf Stalins Geheiß blieb Thälmann der Absurdität treu, die er 1931 in die Worte gefasst hatte: „Der Faschismus beginnt nicht, wenn Hitler kommt, er hat längst begonnen.“ Hitlers Wahlerfolge wurden als Verschiebungen innerhalb des faschistischen Lagers verharmlost.

Den echten Faschismus bekam er, kurz nachdem Hitler Reichskanzler geworden war, zu spüren. Ende Februar 1933 verhaftet, wurde er selbst unter Folter nicht zum Verräter. Doch „Freund“ Stalin intervenierte nicht zu seinen Gunsten, auch nicht während der Geltung des Hitler-Stalin-Paktes. 1944 fand Thälmann unter nicht näher geklärten Umständen ein gewaltsames Ende. Von seinen politischen Freunden fielen mehr den Säuberungen in der UdSSR zum Opfer als der Gestapo. Diese Tatsache sollte stets erwähnt werden, wenn die Sprache auf die vielen westlichen Stalin-Adoranten kommt. Ein tabellarischer Lebenslauf hätte der Übersichtlichkeit gute Dienste getan. *Konrad Löw*

***Armin Fuhrer: „Ernst Thälmann – Soldat des Proletariats“**, Olzog Verlag, München 2011, 352 Seiten, gebunden, 26,90 Euro*



Zeichen und Zeiten ändern sich

Nahostexperte beschäftigt sich mit dem weltweiten Terrorismus

Soziologen sind sich einig: Es gibt keine allgemein akzeptierte Definition von „Terrorismus“, die Übergänge zwischen Terrorismus und gerechtfertigten Sicherheitsmaßnahmen sind fließend, nicht einmal die Legitimität von Zielen ist so eindeutig, dass man „erlaubte“ von „terroristischen“ Aktionen immer und überall unterscheiden könnte. Nahostexperte Niko Colmer, Jahrgang 1966, hat diese Deutungsprobleme in einer Kapitelüberschrift bündig artikuliert: „Terroristen? Guerillas? Partisanen? Kriminelle?“ Für sein jetziges Buch hat Colmer wohl ein Bukett seiner einschlägigen journalistischen Arbeiten zusammengestellt, in mitunter erschwerter Anordnung der Kapitel und Verwertung von Fakten.

Das heißt nicht, dass Colmers Buch nicht lesenswert wäre. Dieser Autor arbeitet bewusst mit einem weit gefassten Begriff von „Terrorismus“, um mit ihm eine Vielzahl von Kriegen, Rebellionen, Anschlägen etc. vom Ersten Weltkrieg bis zur Bluttat des 11. September 2001 zu erfassen. Anders geht es wohl nicht, wenn zum Beispiel die einen Al-Kaida als „Schreckgespenst des 21. Jahrhunderts“ ansehen, die anderen sie als „ferngesteuerten Terror zu Amerikas und Israels Gunsten“ hinstellen. Wie rasch sich Zeichen und Zeiten ändern, sieht man an Präsident Bush sen., der die Mudschahedin in Afghanistan gegen das sowjetische „Reich des Bösen“ aufrüstete, und an Präsident Bush jun., der gegen dieselben Mudschahedin seinen „Krieg gegen den Terror“ startete.

Colmer illustriert den Terrorismus am ausführlichsten an Israels Gefährdung. Alle bewaffneten Bewegungen in Nahost, so spinnefeind sie sich untereinander immer sein mögen, sehen Israel als „zionistisches Besatzerregime“ an, das vernichtet werden muss.

Einige Organisationen stellt der Autor detailliert vor, zum Beispiel die libanesische Hisbollah, bei der es sich „nicht um einen Haufen von Hobby-Terroristen handelte, sondern um hervorragend trainierte Guerillas mit professioneller Bewaffnung“. Oder die palästinensische Hamas, die libanesischen „Milizen“ und andere, „die dem weltweiten Terrornetzwerk der Al-Kaida nahestehen“. Deren Anschlag vom 11. September 2001 interessiert Colmers vor allem mit Blick auf erweiterte Kompetenzen deutscher Sicherheitsbehörden gegen Terrorismus – eine aufschlussreiche Auflistung.

Ans Buchende setzt der Autor sein Interview mit dem Sprecher der palästinensischen „Hizb ut-Tahir“ (die in Deutschland verboten ist) – ein seltenes Zeugnis der Fähigkeit islamischer Terroristen, ihre Gewaltbereitschaft, Aggressivität, Feindbilder und Militanz in deren Gegenteil umzulügen. Colmer empfindet sein Interview als Lehrstück für islamische „Taqiyya“, also die „Täuschung Ungläubiger“. *Wolf Oschlies*

***Niko Colmer: „Terrorismus – Reale und fiktive Bedrohungen im Nahen Osten“**, Ares Verlag, Graz 2010, gebunden, 184 Seiten, 19,90 Euro*

Ostpreußen-Provinz-Schirmmützen




Elchschaufel-Schirmmütze
Best.-Nr.: 6969

Mützen in verstellbarer Einheitsgröße mit gesticktem Wappen





Ostpreußen-Provinz-Schirmmütze
Best.-Nr.: 7105

Edle Ostpreußen-Accessoires – nur begrenzte Stückzahl



Preußen-Krawatte
schwarz-weiß gestreifte Krawatte mit dem eingewebten Preußenadler auf den weißen Streifen
Material: 100% Seide
Best.-Nr.: 7117



Ostpreußen-Seidenkrawatte
Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091



Damen-Ostpreußen-Seidentuch
Edles Seidentuch, Maße: 70x70 cm
Farben: Beige, schwarz, weiß, mit der Elchschaufel auf den weißen Streifen
Best.-Nr.: 7092



Ostpreußen-Seidenkrawatte, blau-weiß
Schwarze Seidenkrawatte mit blauen und weißen Streifen und der Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 7094

je € 29,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger



Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

Memelland-Schlüsselanhänger



Mit den Farben und dem Wappen der Stadt Memel
Best.-Nr.: 7111, € 5,95

Von Erika Steinbach signiert!*



Erika Steinbach
Die Macht der Erinnerung
Geb., 250 Seiten mit farbigen Karten
Best.-Nr.: 7045, € 22,00

*Angebot nur gültig solange der Vorrat reicht.

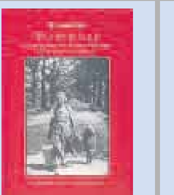
E. Windemuth
Ostpreußen – mein Schicksal
Ein Tragödie der Vertreibung

In diesem Buch werden die entsetzlichen Erlebnisse und Leiden der Vertreibung aus Ostpreußen 1944/45 von einem Opfer in Tagebuchform aufgezeichnet. So wie sie haben zahllose Deutsche durch diese Hölle gehen müssen. Viele hat die Wucht und diese grausame Scheußlichkeit des Erlebten den Mund verschlossen, viele Überlebende haben nicht davon sprechen können. So stehen diese Aufzeichnungen in Tagebuchform für das Schicksal von Zehn- ja hunderttausenden, die aus ihrer angestammten Heimat vertrieben und verschleppt wurden, die gequält, gefoltert und ermordet worden sind. Der fortlaufende Text des Tagebuches wurde von Prof. E. Windemuth ergänzt durch eine Anzahl wichtiger dokumentarischer Einblendungen und Zeugnisse.

Kart., 144 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 4494, € 16,00



Eva Pultke-Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968



Wolfgang Rothe/ Daniela Wiemer
Ortsatlas Trakehnen
Das Hauptgestüt, seine Vorwerke und das Dorf
Geb., 560 Seiten mit zahlreichen Abb., Großformat
Best.-Nr.: 7113, € 49,00



Luise Wolfram
Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen
Geb., 32 Seiten, mit zahlr. Farbfotos, Format: 16 x 15 cm
Best.-Nr.: 6626

sehensWERT!
Die DVD-Empfehlung des Preußischen Mediendienstes!

PMD Preußischer Mediendienst

Oliver Kierkmann empfiehlt...

DVD – Töten auf Tschechisch

David Vondracek
Töten auf Tschechisch
Deutsche Zivilisten von Tschechen grausam hingerichtet

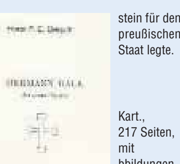
Drei Millionen Sudetendeutsche werden am Ende des Zweiten Weltkrieges aus ihrer Heimat vertrieben. Hass und Rachegefühle der Tschechen gegenüber den Deutschen entladen sich – egal, ob sie mit den Nazis kooperiert hatten oder nicht. 20.000 bis 30.000 Menschen werden bestialisch ermordet. Manche Historiker sprechen sogar von über 200.000.
Diese DVD mit Filmmaterial von damals zeigt die Massaker im Nachkriegs-Tschechien. Die Aufnahmen belegen erstmals, was Augenzeugen und Historiker seit Jahrzehnten behaupten und nie mit Bewegtbildern beweisen konnten: Tschechen erschossen damals, in den Tagen nach der Kapitulation, gezielt deutsche Zivilisten auf offener Straße, nachdem sie sie wie Vieh zusammengetrieben hatten. Jiri Chmelicek hat die Gräueltaten im Mai 1945 vor seiner Prager Haustür mit der Filmkamera festgehalten. Als die deutschen Zivilisten von tschechischen Revolutionsgardisten und Soldaten der Roten Armee mit Peitschen und Gewehrkolben durch den sechsten Prager Gemeindebezirk getrieben wurden, herrschte dort eine Stimmung wie auf einem Volksfest. Frauen und Kinder sahen zu, es wurde getrunken und gelacht. Unter der kommunistischen Herrschaft versteckte Chmelièek die Aufnahmen. Helena Dvoakova, die Tochter des Hobbyfilmers, hatte das Zelluloid schon vor zehn Jahren, lange nach dem Tod ihres Vaters, dem bekannten tschechischen Fernsehhistoriker Cáslavsky gegeben. Entgegen ihrer Bitte hielt dieser den sensationellen Fund jedoch unter Verschluss. Nun übergab sie ihn dem Regisseur David Vondraèek, der das brisante Material erstmals in dieser Dokumentation veröffentlicht. Eine gerichtliche Aufarbeitung der Massaker hat es bis heute nicht gegeben. Das verhindern die umstrittenen Dekrete des 1945 bis 1948 amtierenden tschechischen Präsidenten Edvard Beneš. Das Grauen der »wilden Vertreibungen« soll demnach straffrei bleiben.

DVD, Laufzeit ca. 58 Minuten
Best-Nr.: 7118

€ 19,95

Inge Mommert

Ostpreußische Erinnerungen
Lieder, Gedichte, Episoden aus Ostpreußen. Inge Mommert vermittelt in ihren Erinnerungen liebenswerte, zum Schmunzeln anregende Bilder des Lebens in den Orten ihrer Kindheit und Jugend.
Laufzeit: 59 min 08 sec
Best.-Nr.: 1181, € 14,95



Vom ostpreußischen Gemüt
Lieder und Gedichte in ostpreußischer Mundart. Inge Mommert liest eine Auswahl aus „Plachandern und Quiddern auf Deiwel komm raus“ sowie aus „Das Hausbuch des ostpreußischen Humors“.
Laufzeit: 59 min 36 sec
Best.-Nr.: 3675, € 14,95



Herman Glaser
Die 60er Jahre
Deutschland zwischen 1960 und 1970
Geb., 192 Seiten mit 193 Abbildungen, Großformat
Best.-Nr.: 7115
statt € 19,95 nur noch € 9,95

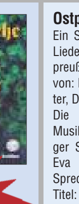


Wolfgang Budde
Die gescheiterten Kommandounternehmen
Deutsche Fallschirmpioniere
Kart., 191 Seiten
Best.-Nr.: 3800,
statt € 9,90 nur noch € 3,95



Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815
29 Titel
Gesamt-Spieldauer: 58:09
Mit ausführlichen Informationen und Liedertexten im beiliegenden Beiheft
Best.-Nr.: 6891, € 13,90

Horst F. E. Dequin
Hermann Balk, der erste Preuße
Der Weg eines bewaffneten Mönchs, der ein Land erobert und einen Territorialstaat gründet. Das vorliegende Buch ist weniger eine Biographie als die Würdigung des Lebenswerks des ersten Landmeisters von Preußen und Livland, HERMANN BALK. Es ist der Versuch, auf Grund der urkundlichen Überlieferung und der Tatsachen, die er in Ausübung seines Amtes geschaffen hat, ein Bildnis dieses grossen Mannes zu entwerfen, der als Ordensritter den Grundstein für den preußischen Staat legte.



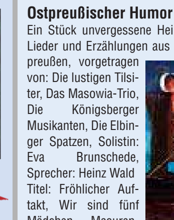
Kart., 217 Seiten, mit bbildungen
Best.-Nr.: 2354

statt € 20,00 nur noch € 9,95



Der fröhliche Ostpreuße
Lustige Geschichten und Lieder in ostpreußischem Dialekt
Laufzeit: 46 Minuten
Best.-Nr.: 1057

Ostpreußischer Humor
Ein Stück unvergessene Heimat: Lieder und Erzählungen aus Ostpreußen, vorgetragen von: Die lustigen Tilsiter, Das Masowia-Trio, Die Königsberger Musikanten, Die Elbinger Spatzen, Solistin: Eva Brunschede, Sprecher: Heinz Wald
Titel: Fröhlicher Auftakt, Wir sind fünf Mädchen, Masurenklänge, Fuhrmannstanz, Hab gedienet, Et weer mol e scheener Friejer, Auf dem Jahrmarkt, Tilsiter Käse, Wehlauer Pferdemarkt, Trakehner Luft, En Wunsch, Die Bärenfang-Polka, Abend am Pregel, Laßt uns all nach Hause gehen



Laufzeit: 35 Minuten
Best.-Nr.: 1709, € 9,95

Juni + Juli-Angebote*: Sparen Sie € 2,95 pro Artikel

Wir machen Musik!
Deutsche Tonfilmperlen der 20er bis 40er Jahre
Mit Hans Albers, Zarah Leander, Willy Fritsch, Margot Hielscher, Heinz Rühmann, Anny Ondra, Max Schmeling, Merlene Dietrich, Joseph Schmidt, Lilian Harvey, Gustav Gründgens, Ilse Werner, u.v.a
Inhalt: Ich bin nur ein armer Wandergesell, Der Vetter aus Dingsda, Ein Freund, ein guter Freund, Ich bin die fesche Lola, Was kann der Sigismund dafür, dass er so schön ist, Ich bin von Kopf bis Fuß auf Liebe eingestellt, Adieu, mein kleiner Gardeoffizier, Das gibt's nur einmal, Flieger, grüß mir die Sonne, Hoppla, jetzt komm ich, Es ist doch nicht zu fassen, Ein Lied geht um die Welt, Ob blond, ob braun, ich liebe alle Frau'n, Wenn die Sonne hinter den Dächern versinkt, Das Herz eines Boxers Schmeling, Ich wollt, ich wär ein Huhn, Sag beim Abschied leise Servus, Kann denn Liebe Sünde sein? Die Nacht ist nicht allein zum Schlafen da, Man müsste Klavier spielen können Heesters, Heimat, Deine Sterne, Wir machen Musik, u.v.a
36 Titel auf 2 CDs
Best.-Nr.: 7074

2 CDs

statt € 12,95 nur noch € 10,00

Ostpreußen-Reise 1937
Die klassische Rundreise durch Ostpreußen in historischen Filmaufnahmen.

Diese noch nie gezeigten Filmstreifen werden durch weiteres herrliches Filmmaterial aus verschiedensten Quellen aus der Zeit vor dem Krieg zu einer umfassenden Gesamtschau Ostpreußens ergänzt: Marienburg, Weichselland, Königsberg, Allenstein, Tannenberg-Fahrt, Oberland, Frisches Haff, Ermland, Masuren, Rominter Heide, Trakehnen, Tilsit, Elchniederung, Kurische Nehrung, Memel, Pillau, Zoppot und Danzig.



Laufzeit: 176 Minuten
Best.-Nr.: 2789

statt € 19,95 nur noch € 17,00



Märsche des Soldatenkönigs 1688-1740
Fahnentruppenmärsche, Grenadiermärsche, Musketiermärsche, Trupp-Märsche, Vergatterung u. Zapfenstreiche
Gesamtspielzeit: 44:33
Best.-Nr.: 7112, € 17,95



Die neue CD von BernStein zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen 2011 in Erfurt
Gesamtlaufzeit: 40 Minuten
Best.-Nr.: 7110
€ 14,95

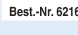


Der Mythos Ostpreußen
Auf den Spuren der Ordensritter
Ein Film von Wolfang Woiki, Laufzeit 60 Min.
Best.-Nr.: 7108, € 19,95

Rundstempel



Best.-Nr. 6216





Best.-Nr. 6472

statt € 12,95 pro Stück nur noch € 10,00



Best.-Nr. 5538

Best.-Nr. 5539



Heimatflaggen

Ostpreußen-Flagge – Provinz –
Best.-Nr.: 3990



Ostpreußen-Flagge – Landsmannschaft –
Best.-Nr.: 2093



Aus reißfesten Polyesterstoff.
An allen Kanten doppelt umsäumt.
Zum Hissen ist die Flagge mit 2 Metallösen versehen. Maße: 90x150 cm

statt € 12,95 pro Stück nur noch € 10,00

*nur gültig im Monat Juni 2011 und solange Vorrat reicht

PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 27/11
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.-Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Tatmotiv: Deutschenhass

Berlin – Deutschenhass war nach Polizeiangaben das Motiv für einen Überfall auf einen 30-Jährigen in der Berliner U-Bahn vergangenen Februar. Die vier Täter, die aus Bosnien, Kenia, dem Irak und dem Kosovo stammen, hatten ihr Opfer laut Zeugen als „Scheiß-Nazi“ und „Scheiß-Deutscher“ beschimpft, als sie „regelrecht Jagd“ auf den Mann machten und ihn schließlich derart brutal zusammenschlugen, dass er wochenlang im Koma lag. Die Täter waren zwischen 14 und 18 Jahre alt. *H.H.*

Italiener mögen Deutschland

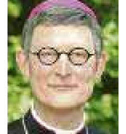
Rom – Die Italiener mögen ihren Staat nicht mehr. Laut einer Umfrage, welche die deutsche Botschaft in Rom in Auftrag gegeben hat, äußerten sich fast 70 Prozent der Befragten negativ über Italien: Rückständig, korrupt ineffizient, chaotisch, so die Einschätzung der Italiener. Weit besser kommt dagegen Deutschland bei den südlichen Nachbarn weg: Deutsche Werte wie Ordnung und Fleiß werden geschätzt. Allerdings sind die Italiener nach wie vor überzeugt, die sympathischeren Menschen zu sein. *H.H.*

ZUR PERSON

Im schwierigsten Bistum der Welt

Das Bistum, das Papst Johannes Paul II. einmal als das „schwierigste der Welt“ bezeichnete, bekommt einen neuen Erzbischof. Papst Benedikt XVI. wird bei seiner Pilgerreise im September in Berlin von **Rainer Maria Woelki** empfangen werden. Der mit seinen 54 Jahren vergleichsweise jugendlich wirkende Kölner Weihbischof soll am 27. August feierlich in sein Amt in der deutschen Hauptstadt eingeführt werden. Er folgt dem am 30. Juni nach langem Leiden verstorbenen Georg Kardinal Sterzinsky.

Seinen neuen Wirkungskreis kennt Woelki bisher nur als Tourist. In einem Radiointerview gab er an, als Theologiestudent an der Universität Bonn habe er bei Studienreisen versucht, für Priesteramtskandidaten in Ost-Berlin theologische und philosophische Literatur „herüber zu schmuggeln“. Mit der Berufung an die



Spree hat der 1985 in Köln zum Priester Geweihte nach eigenen Worten nicht gerechnet, und die Ernennung habe ihm „einige schlaflose Nächte“ bereitet. An geregelten Schlaf wird in Berlin ohnehin so bald nicht zu denken sein, zu groß ist der von seinem Vorgänger hinterlassene Schuldenberg, zu ausgehöhlt und glattgeschwurbelt das Profil der katholischen Kirche in Berlin.

Bei seiner Vorstellung am Dienstag schnupperte der in Moralfragen als konservativ geltende Neue schon mal Berliner Luft und suchte das Presse-Misstrauen gegenüber seiner Person mit Zugeständnissen zu zerstreuen. Nein, er sei nicht Mitglied im „Opus Dei“, von Zuordnungen wie konservativ oder liberal halte er wenig, und ein Bischof solle mit dem moralischen Zeigefinger vorsichtig umgehen. In Berlin müsse man „die Kirche nicht neu erfinden“. *CR*



Zeichnung: Mohr

Fünfzig Feinde

Wie die Dänen Europa zerstören, warum wir sie gerade deshalb benötigen, und wieso wir unsere Freiheit dringend loswerden wollen / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Für Politiker, die dringend von eigenen Fehlern ablenken müssen, für die gibt es eine probate Medizin: Such dir ein hübsches Feindbild, gegen das du ordentlich anstänkern kannst, und schon machst du den Eindruck eines kernigen Kämpfers, der genau weiß, wo's langgeht.

Bei der Auswahl des Feindbildes ist allerdings Behutsamkeit angeraten. Es ist davon auszugehen, dass der „Feind“ mitkriegt, dass man ihn zur Fratze macht, und zurückschlägt. Der gewiefte Schwächling suche sich daher einen, der garantiert kleiner ist als er und möglichst allein steht.

Hessens Europaminister Jörg-Uwe Hahn hat ein ideales Opfer gefunden, das allen Anforderungen gerecht wird: Dänemark ist klein, hat den Euro verschmäht und steht daher ohnehin ein wenig in der Ecke.

Das war die Gelegenheit für Herrn Hahn, gefahrlos zu pöbeln und sich in Heldenpose zu werfen. „Boykottiert Dänemark!“ fordert der Liberale. Richtig! Wann kam von da oben schon mal was Gutes: Erst die Wikinger, dann das Nein zum Euro und nun hat Kopenhagen auch noch seine Heerscharen in Marsch gesetzt, um die Idee des geeinten Europas in Fetzen zu hauen.

Konkret hat die Regierung des frechen Königreichs fünfzig Zollbeamte an seine Grenzen in Schleswig und am Öresund verlegt, um dort Reisenden in die Koffer zu gucken. Wenn das kein Kriegsgrund ist! Boykott ist das Kriegshandwerk der Pazifisten, ihr äußerstes Mittel, so eine Art passive Attacke. Es wird nur im schlimmsten Fall angewendet, etwa bei groben Verstößen gegen die Menschenrechte. Wenn aber die Menschen- und Gepäckrechte so eklatant mit Zöllnerhänden geschlagen werden, dann können sie nicht passiv bleiben. Daher boykottieren wir jetzt Dänemark.

Und warum boykottiert Herr Hahn nicht auch China? Blöde Frage: Was hat denn das damit zu tun? Erstens haben wir die Menschenrechte gerade erst wieder angesprochen, während der chinesische Gast (Zufall) gerade Schwierigkeiten mit seinem Kopfhörer hatte, zweitens ist China viel zu groß und stark und drittens können wir uns bei den Dänen ziemlich sicher sein, dass die sich nicht rächen werden, hingegen bei den Chinesen ... Kurz und schlecht: Dänemark bot sich an, da musste man zugreifen.

Aber ist es nicht kurzsichtig, so mir nichts dir nichts auf einen guten Nachbarn loszugehen? Gefährdet das nicht erst recht das europäische Projekt?

Pah! Von wegen kurzsichtig: Die Attacke dient – ganz im Gegenteil – sogar der politischen Daseinsvorsorge für Herrn Hahn und seine Freunde von der CSU bis zu den Grünen. Vor aller Augen zerplatzen die Illusionen und falschen Versprechungen einer märchenhaft erfolglosen Politiker-Elite. Es ist nicht mehr ausgeschlossen, dass das europäische Einigungswerk an der Inkompetenz dieser Leute komplett zugrunde geht. Die Arbeit von Generationen wäre dahin.

> Später muss ja einer an allem schuld sein: Da bieten sich die Nachbarn im Norden doch an!

Danach würde der ganze Kontinent umgegraben auf der Suche nach den Schuldigen. Herr Hahn und seine Freunde wünschen begreiflicherweise nicht, dass man dabei auf Herrn Hahn und seine Freunde stößt. Also legt sich der kluge Mann schon mal was ins Regal, um später tiefsinnig ausrufen zu können: „Der Zerfall Europas begann an den Grenzposten zwischen Flensburg und Malmö!“ Und nicht etwa an den Schaltstellen der europäischen Mächte, wo die EU per Euro-Hasard ins Desaster geritten wurde.

Glücklicherweise plant Kopenhagen, sein Grenzregime weiter schrittweise zu verschärfen, ab 2014 soll es sogar wieder regelmäßige Kontrollen geben. Das hilft, unser Feindbild frisch zu halten und immer noch etwas nachzuschieben. Wie wichtig das Nachschieben ist, hat auch die französische Journalistin erkannt, der dieser Tage siedend heiß einfiel, dass sich Ex-IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn vor mehr als acht Jahren sexuell an ihr vergangen hat. Das heißt, eigentlich wusste sie das schon länger, aber die Mutter, eine Parteifreundin des Politikers, habe ihr abgeraten, die Sache juristisch anzugehen. Nachdem die Anklage gegen „DSK“ in den USA nun aber kurz vor dem Zusammenbruch stand, legte sie doch los. Das Gute ist ja, dass der Mann in New York so freigesprochen werden kann wie man nur freigesprochen werden kann – über ihm schwebt weiter dieser klebrige Odem, durch den jeder Anfangsverdacht wie ein untrüglicher Beweis schmeckt. Also hieß es, jetzt loszuschlagen, bevor sich der üble Geruch zu sehr verzogen hat, sprich, solange noch genug Dreck am Erscheinungsbild des DSK klebt.

Das Erscheinungsbild ist entscheidend in der Mediendemokratie. Kein Wunder also, dass die FDP ihrem gewünschten Erscheinungsbild als „Steuersenkungspartei“ nun wenigstens einen Hauch von Begründung verleihen will. Einen Hauch, mehr nicht.

Uns verantwortungsbewusste Menschen versetzt indes schon dieses ferne Lüftchen in quälende Nervosität. Steuern zu senken bedeutet ja, den Menschen ein wenig Entscheidungsfreiheit über ihr Geld zurückzugeben. Dabei ist es doch eine längst gesicherte Erkenntnis, dass die Leute mit ihrem Geld nur Blödsinn anfangen. Daher streben fürsorgliche Politiker jeden Tag danach, mehr vom Geld der Bürger in staatliche Hände zu bekommen, damit es von dort sinnvoll eingesetzt und sozial gerecht verteilt werden kann.

Aber wenn sich die Freidemokraten nun durchsetzen, und die Steuern schon ab 2013 um ein Fitzelchen sinken sollten? Der Chefvolkswirt einer linken Wirtschaftszeitung hat sich für diesen schlimmsten aller Fälle etwas einfallen lassen: Man sollte den Leuten das Geld nicht einfach lassen, sondern ihnen stattdessen einen „Klimascheck“ geben, mit dem sie nur ökologisch sinnvolle Sachen kaufen könnten.

Diese Idee strahlt den Glanz jener Erziehungsdiktatur aus, die in den Köpfen vieler Linker an die Stelle des Paradieses getreten ist. Es ist eine Welt, in der niemand mehr auf sich gestellt bleibt, weil 24 Stunden am Tag eine staatliche Gouvernante darüber wacht, dass er alles nach Vorschrift macht: Dass er nicht raucht, nicht zu viel trinkt, dass er sich ökologisch und gesundheitsbewusst ernährt und keine rechtspopulistischen Meinungen vertritt, dass er als Vermieter und Arbeitgeber nur an jene vermietet und Arbeit vergibt, welche laut Gleichstellungsproporz vorzuziehen sind, dass er sein Familienleben nach einem zeitgemäßen Rollenverständnis ausrichtet und so weiter, und so weiter. In so einer Welt ist es nur konsequent, wenn der Staat gleich noch den Einkaufszettel schreibt, damit unbelehrbare Untertanen, Verzeihung, damit noch nicht hinreichend sensibilisierte Mitgliederinnen und Mitglieder der Zivilgesellschaft keinen Unfug treiben mit „ihrem“ Geld.

Die Untersensibilisierten sind glücklicherweise längst in der Minderheit. Alle Umfragen belegen seit Jahren, dass die Deutschen „Freiheit“ als das erkannt haben, was sie in den Augen der Sensibilisierten schon immer war: eine Mischung aus teuflischer Versuchung und tödlicher Bedrohung, vor der uns eine hohe Mauer aus Gleichheit und Sicherheit schützen soll.

Das war nicht immer so. Es gab Zeiten, da hielten die Bundesbürger verbissen an ihrer „Freiheit“ fest. Dass der Staat seine Bürger zu politisch korrekten Handlungen und Überzeugungen zu erziehen habe, roch damals nach DDR. Jenes Projekt war aber zu düster, staubig, brutal.

Daraus haben die Gouvernanten von heute gelernt. So kommt die nächste Erziehungsdiktatur ganz sanft und freundlich daher, die Handschellen sind gepolstert und bunt. Also sinken voller Wonne in die Eisen wie der gestrauchelte Sohn, der nach seinen „freiheitlichen“ Verirrungen zurückfällt in den tiefen Schoß von Mama. Und der sich fortan emsig darum kümmert, dass sich auch seine Mitgefangenen strikt an die Lebensregeln halten. 24 Stunden am Tag. Sonst gibt's was auf die Finger.

MEINUNGEN

Börsenexperte ***Friedhelm Busch prophezeite*** *in der „Telebörse“ auf ntv:*

„Ganz Europa und den USA wird das Wasser schneller bis zum Hals stehen als ihnen lieb ist. Irgendwann ist auch bei ihnen die Schuldenparty vorbei und sie müssen umschulden, so wie es jetzt den Griechen bevorsteht. Und das schreckliche Wort Währungsreform wird die Finanzmärkte umtreiben.“

Jörg Eigendorf *bezeichnet die* ***Bankenbeteiligung*** *bei der Griechenlandrettung in der „Welt“ als* ***„Augenwischerei“:***

„Die Politiker sind erpressbar geworden. Das Lösegeld holen sie sich dann vom Steuerzahler. Das ist es, was sich ändern muss.“

Ifo-Chef ***Hans-Werner Sinn*** *sieht die deutschen* ***Rentner*** *als erste* ***Opfer*** *der Rettungsschirme („Bild“-Zeitung vom 4. Juli):*

„Die Euro-Rettungsschirme gefährden die finanzielle Stabilität der Bundesrepublik Deutschland. Sie stehen am Beginn einer langen Kette von Rettungsschirmen und Hilfen, die Deutschland den Krisenländern wird geben müssen. Der Staat kann sein Geld nur einmal ausgeben. Was nach Griechenland und Portugal fließt ... geht zulasten des Lebensstandards der Deutschen. Die deutschen Rentner werden zu den ersten Opfern der Rettungspakete gehören.“

Ansprechereien

Menschenrechte anzusprechen
wird versprochen dann und wann,
und der Vorsatz mag bestechen,
nur wie spricht man die denn an?

Etwa mit Grüß Gott, ihr Lieben?
Ob man Freundschaft sagen soll?
Klingt Schalom zu übertrieben?
Wie verlangt's das Protokoll?

Nun, nicht Menschenrechte
kommen
auf Besuch, und das erklärt
das Dilemma aller
Frommen,
wenn ein Wen sie mal beehrt:

Will der nicht die Griechen retten,
und den Euro obendrein?
Will er nicht auch Wogen glätten
am Finanzmarkt allgemein?

Und zu keck was angesprochen,
wäre glatt – Weiwei geschrien –
wie ins Wespennest gestochen,
kurz wie Gift statt Medizin!

Ja, wer noch so tugendlüstern,
hat im Amt sogar die Pflicht,
manches höchstens anzuflüstern,
wenn's der Staatsraison entspricht.

Denn pastorenhafte Schwaden
schaden bloß dem eignen Land,
und das Volk hat's auszubaden!
Sagt allein schon Hausverstand.

Gegenüber Schwachen aber
oder Feinden allemal
zeugt das Menschenrechtsgelaber
dann erst recht von Scheinmoral:

Eigne Bürger zu verschaukeln
ist der wahre Zweck dabei!
Ihnen nämlich vorzugaukeln,
ach wie seien sie doch frei!

Sollen eben nicht
entdecken,
dass vor lauter Beistandszwang
längst in Schuldknechtschaft
sie stecken,
tief und wohl ihr Leben lang ...

Pannonicus